Quellensammlung
für den geschichtlichen Unterricht an höheren Schulen
hrsg. von Geh. Reg.-Rat G. Lambeck † u. Oberreg.-Rat Prof. Dr. P. Rühlmann

II: 150

Die Kriegsschuldfrage

Von

Dr. Otto Haintz
Studienrat in Berlin-Zehlendorf



B. G. Teubner  Leipzig · Berlin

5550

Inhaltsverzeichnis.

I. Die Anschuldigung Deutschlands durch den Versailler Vertrag.[1]

1. Aus der Mantelnote der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919.[2]

Herr Präsident!

Die alliierten und assoziierten Mächte haben den von der deutschen Delegation über die Friedensbedingungen vorgebrachten Bemerkungen die ernsthafteste Erwägung zuteil werden lassen. Die deutsche Antwort protestiert gegen den Frieden zunächst als in Widerspruch mit den Bedingungen stehend, welche dem Waffenstillstand vom 11. November zur Grundlage gedient haben, sodann, da es ein Gewalt- und nicht ein Rechtsfrieden sei. Der Protest der deutschen Delegation beweist, daß diese die Lage, in der sich Deutschland heute befindet, gänzlich verkennt.... Infolgedessen halten es die alliierten und assoziierten Mächte für erforderlich, ihre Antwort mit einer scharf umrissenen Darlegung ihres Urteils über den Krieg zu beginnen, ein Urteil, welches tatsächlich und letzten Endes dasjenige der Gesamtheit der zivilisierten Welt ist. Nach der Anschauung der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch gekommen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat. Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherr-

[1] Die wichtigsten Quellen zur Kriegsschuldfrage: Von deutscher Seite die Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes „Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914", welche das Fundament für die Beurteilung der deutschen Vorkriegspolitik bildet, „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" und die belgischen Aktenstücke; von österreichischer Seite „Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914" und „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges"; von russischer Seite die Veröffentlichungen des Krasni Archiv (Rotes Archiv), aus dem „Un libre noir" ein Auszug in französischer Sprache ist. Auch England geht jetzt an die Veröffentlichung seiner diplomatischen Akten durch unabhängige Gelehrte heran. Die wichtigsten deutschen Darstellungen der Kriegsschuldfrage: Graf M. Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage; Dr. W. Ziegler, Deutschland und die Schuldfrage; W. Schaer, Katechismus zur Kriegsschuldfrage; Fr. Stieve, Deutschland und Europa 1890—1914. Den Kampf für die Wahrheit haben sich in Deutschland zur Aufgabe gesetzt vor allem „Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände" und die „Zentralstelle zur Erforschung der Kriegsursachen".

[2] Auf die deutschen Gegenvorschläge als Umrahmung des Versailler Diktats dem Führer der deutschen Friedensdelegation, Grafen Brockdorff-Rantzau, überreicht. Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen, Teil IV, Charlottenburg 1919. Diese „Materialien" umfassen in 8 Teilen sämtliche Dokumente der Friedensverhandlungen.

schaft in Europa angestrebt. Sie haben sich nicht mit dem wachsenden Gedeihen und Einfluß begnügt, nach welchem zu streben Deutschland berechtigt war, und welchen alle übrigen Nationen bereit waren, ihm in der Gesellschaft der freien und gleichen Völker zuzugestehen. Sie haben danach getrachtet, sich dazu fähig zu machen, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten und tyrannisierten. Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie durch alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ihren Untertanen die Lehre eingeschärft, in internationalen Angelegenheiten sei Gewalt Recht. Niemals haben sie davon abgelassen, die Rüstungen Deutschlands zu Wasser und zu Lande auszudehnen und die lügnerische Behauptung zu verbreiten, eine solche Politik sei nötig, weil Deutschlands Nachbarn auf sein Gedeihen und seine Macht eifersüchtig seien. Sie sind bestrebt gewesen, zwischen den Nationen an Stelle der Freundschaft Feindschaft und Argwohn zu säen. Sie haben ein System der Spionage und der Intrigen entwickelt, welches ihnen gestattet hat, auf dem Gebiete ihrer Nachbarn Unruhen und innere Revolten zu erregen und sogar geheime Offensivvorbereitungen zu treffen, um sie im gegebenen Augenblick mit größerer Sicherheit und Leichtigkeit zerschmettern zu können. Sie haben durch Gewaltandrohungen Europa in einem Zustande der Gärung erhalten, und als sie festgestellt hatten, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Plänen Widerstand zu leisten, da haben sie beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen. . . . Indessen beschränkt sich die Verantwortlichkeit Deutschlands nicht auf die Tatsache, den Krieg gewollt und entfesselt zu haben. Deutschland ist in gleicher Weise für die rohe und unmenschliche Art, auf die er geführt worden ist, verantwortlich. ... Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die schreckliche Verantwortung, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassend zum Ausdruck bringen, daß wenigstens 7 Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als 20 Millionen Lebender durch ihre Wunden und Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei hat befriedigen wollen.

2. Aus dem Ultimatum der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919, ihrer Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge.[1] Die deutsche Delegation hat ein langes Memorandum hinsichtlich der Verantwortlichkeit Deutschlands für die Entstehung des Krieges vorgelegt. Das Hauptargument dieses Dokumentes geht dahin, daß in der allerletzten Minute der Krisis sich die deutsche Regierung bemüht hat, einen Bundesgenossen zur Mäßigung zu veranlassen, dem sie vorher volle Aktionsfreiheit gegeben hatte, und daß es die Mobilisierung der russi-

[1] Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen, Teil IV, Charlottenburg 1919.

schen Armee gewesen sei, die den Ausbruch des allgemeinen Krieges schließlich unvermeidlich gemacht hätte.

... Nichts in dem deutschen Memorandum erschüttert ihre Überzeugung, daß die unmittelbare Ursache für den Krieg der Entschluß gewesen ist, den die für die deutsche Politik in Berlin verantwortlichen Personen und ihre Bundesgenossen in Wien und Budapest vorsätzlich trafen, die Lösung einer europäischen Frage den Nationen Europas durch die Drohung eines Krieges aufzuzwingen und für den Fall, daß die übrigen Mitglieder des europäischen Konzerts sich weigerten, sie durch eine sofortige Kriegserklärung zu zwingen. Das deutsche Memorandum gibt tatsächlich die Richtigkeit dieser Anschauungen vorbehaltlos zu. Die serbische Frage war nicht und hätte niemals eine rein österreichisch-ungarische Frage sein können. Sie berührte Deutschland, sie berührte alle Großmächte. Sie war ihrem Wesen nach eine europäische Frage, da sie die Kontrolle des Balkans aufs Spiel setzte, und daher nicht nur den Frieden auf dem Balkan, sondern den ganz Europas betraf. Es war unmöglich, sie zu isolieren, und die Verfasser des Ultimatums vom 23. Juli wußten, daß sie nicht isoliert werden konnte. Wenn demnach die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung eine friedliche Lösung gewünscht hätten, so hätten sie sich mit den anderen Mächten beraten, deren Lebensinteressen auf dem Spiele standen, und sie hätten nur gehandelt, nachdem sie alles versucht hätten, zu einer gütlichen Lösung zu gelangen. Jedoch das Memorandum der deutschen Delegation gibt ausdrücklich an, daß die deutsche Regierung ihren Bundesgenossen ermächtigt hat, eine Lösung der österreichisch-serbischen Frage auf seine eigene Initiative und durch Krieg zu versuchen. ... Die deutsche Regierung hielt sich für verpflichtet, die Gefahr einer russischen Intervention und des casus foederis, der daraus entstehen konnte, zu laufen. Sie ließ ihrem Bundesgenossen Österreich vollkommen freie Hand, die Art seiner Forderungen gegenüber Serbien zu bestimmen. Als auf das Ultimatum eine Antwort erfolgte, die selbst Deutschland ausreichend erschien, um die Aufgabe der Expedition zu rechtfertigen, teilte es diese seine Ansicht Wien mit. Die spätere Haltung der deutschen Regierung steht vollkommen im Einklang mit ihrer anfänglichen Politik. Sie unterstützte ohne Prüfung die Ablehnung der außerordentlichen Zugeständnisse, die Serbien als Antwort auf die unverschämten und unerträglichen Forderungen der österreichischen Regierung gemacht hatte. Sie unterstützte die Mobilisation der österreichisch-ungarischen Armee, billigte den Beginn der Feindseligkeiten und wies entschlossen alle Vorschläge einer Konferenz, der Verständigung oder Vermittlung zurück, obwohl sie wußte, daß, wenn einmal die Mobilisation und militärische Handlungen von irgendeiner der Großmächte unternommen wären, sie unvermeidlich gleiche Maßnahmen bei allen anderen hervorrufen mußten und auf diese Weise die Möglichkeit einer friedlichen Lösung von Stunde zu Stunde vermindert würde. Erst im letzten Augenblick, als jede Möglichkeit, den Krieg

zu vermeiden, tatsächlich geschwunden war, riet die deutsche Regierung ihrem Bundesgenossen zur Mäßigung. . . .

Die deutsche Regierung versucht jetzt, die Schuld am Scheitern der Bestrebungen, den Frieden aufrechtzuerhalten, der Mobilmachung des russischen Heeres zuzuschieben. Sie tut so, als ob sie nicht wüßte, daß diese Mobilmachung die unmittelbar notwendige Folge der Mobilisierung der österreichisch-ungarischen Armee und der Kriegserklärung an Serbien war, beides Maßnahmen, die von Deutschland gestattet wurden. Das war der schicksalsschwere Akt, durch den die Entscheidung aus den Händen der Staatsmänner genommen und die Befehlsgewalt den Militärs übertragen wurde. Die Verantwortlichkeit trifft auch die deutschen Staatsmänner dafür, daß sie Rußland in Hast den Krieg erklärten, während Österreich selbst zu zögern schien, und daß sie Frankreich den Krieg erklärten.... Nach Kenntnisnahme der von der deutschen Delegation zu ihrer Selbstverteidigung vorgebrachten Gründe haben die alliierten und assoziierten Mächte die Überzeugung, daß die Reihe der Ereignisse, die den Ausbruch des Krieges verursacht hat, vorsätzlich von jenen ersonnen und ausgeführt worden ist, die die höchste Macht in Wien, Budapest und Berlin besaßen.

Die Geschichte der kritischen Lage des Juli 1914 ist jedoch in den Augen der alliierten und assoziierten Mächte nicht die einzige Grundlage, aus der die Schuld Deutschlands an der Entstehung des Krieges herzuleiten ist. Der Ausbruch des Krieges ist nicht auf einen plötzlichen Entschluß, der in einer schweren Krisis gefaßt ist, zurückzuführen. Es war das logische Ergebnis einer Politik, die seit Jahrzehnten von Deutschland unter dem Einfluß des preußischen Systems verfolgt wurde.

Die Richtigkeit der so erhobenen Anklage hat das deutsche Volk durch seine eigene Revolution anerkannt. . . .

3. Artikel 231 des Versailler Friedensdiktates vom 28. Juni 1919.[1]

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.

(Die deutsche Regierung hat nach den Londoner Verhandlungen über die Inkraftsetzung des Dawesplans 1924 und ferner vor der Konferenz von Locarno 1925 unter Hinweis auf die Ergebnisse der Kriegsschuldforschung den Versuch gemacht, durch Noten an die Vertragsmächte von Versailles das erpreßte deutsche Kriegsschuldbekenntnis zu widerrufen. Darauf ist von seiten der ehemals feindlichen Mächte die Erklärung erfolgt, die Kriegsschuldfrage sei durch den Versailler Vertrag eine res iudicata, und die deutsche Verantwortlichkeit für den Weltkrieg sei durch Deutschlands eigene Unterschrift anerkannt.)

[1] Erster Paragraph des Teils VIII über die Wiedergutmachungen. Reichsgesetzblatt 1919, Nr. 140.

II. Die bei Kriegsausbruch verantwortlichen Staatsmänner über die Kriegsschuldfrage.

1. Bethmann Hollweg.[1]

Die Erfindung von dem Deutschland, das aus allgemeinen Weltherrschaftsgelüsten den Krieg entfesselt haben soll, ist so blöde, daß geschichtliche Betrachtung sie als Wirklichkeit nur behandeln könnte, wenn andere Erklärungsgründe schlechthin fehlten. Daß die deutsche Politik mehrfache Gelegenheiten, mit relativ günstigen Aussichten Krieg zu machen, nicht benutzt, sondern allemal die friedliche Lösung gesucht und gefördert hat, ist geschichtliche Tatsache. Die Annahme aber, daß wir uns eine möglichst ungünstige Konstellation ausgesucht haben sollen, um, in krassem Widerspruch zu unserem durch das herrschende Koalitionssystem eingezwängten politischen und militärischen Vermögen, deutsche Weltherrschaft aufzurichten, setzt eine Vernunftwidrigkeit voraus, deren Annahme vor historischem Urteil vergeht. Im Gegensatz hierzu sind Rußlands Drang nach Beherrschung der Zugänge zum Mittelmeer, sein Trieb nach dominierender Führung der Slawenwelt geschichtliche Momente von unbestreitbarer Realität, durchzieht die panslawistische Tendenz in wechselnder Stärke, aber nie erlöschend, die gesamtrussische Politik, und ist der Wille, sich der Meerengen auf Kosten eines europäischen Krieges zu bemächtigen, dokumentarisch belegt. Wenn da Rußland den in der Serajewoer Bluttat akut gewordenen panslawistischen Konflikt vom lokalen auf das internationale, danach durch Aufruf seiner ganzen Heeresmacht vom diplomatischen auf das militärische Gebiet hinüberspielt, dann ist die russische Aktion nicht nur ein in sich folgerichtiger Ausdruck eines von der russischen Politik als ihrer Mission empfundenen geschichtlichen Entwicklungsganges, sondern auch nach ihrem momentanen Sinn eindeutig.

Für das europäische Machtsystem war die mit der Verfolgung der russischen Pläne verbundene Auflösung des österreichisch-ungarischen Staatsverbandes von fundamentaler Bedeutung. Deutschlands Zukunft war durch das Schicksal der Donaumonarchie mitbestimmt, und damit war der gesamte status quo Europas auf dem Spiele. Zum Ferment der Weltrevolution ist der europäische Streit aber erst durch Englands Parteinahme für Rußland geworden.... Auf Englands Betreiben ist der Krieg zum Vernichtungskampf fast der ganzen Welt gegen Deutschland geworden.... Die englische Politik, die den Ausbruch des Krieges erst ermöglichte, indem sie den kriegerischen Tendenzen des Zweibundes durch Zusicherung britischer Hilfe freie Bahn schaffte, und die Dirigierung des Krieges selbst durch England sind die Grundlagen der Weltumwälzung, die sich vollzieht. So steht in letzter Linie der deutsch-englische Gegensatz hinter dem Weltkrieg.... Über das Ziel schießt, nach meinem persön-

[1] Th. v. Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, Teil I. Berlin 1919.

lichen Urteil, die Ansicht, daß England die kriegerische Auseinandersetzung mit dem deutschen Nebenbuhler geflissentlich gesucht habe, ebenso wie umgekehrte englische Vorstellungen haltlos sind.... Trotz ihrer Millionenheere hielten sich Dreibund und Zweibund die Wage, ohne daß es zum Bruch kam, solange England entschlußfrei im Hintergrund stand. Denn der Dreibund war rein defensiv, und Offensivgedanken des Zweibundes trauten sich ohne die Sicherheit englischer Unterstützung nicht zur Tat. ... Als sich dann England dem Koalitionssystem so fest einfügte, daß die Leistung von Kriegshilfe an die russisch-französischen Freunde sogar britische Ehrensache wurde, trat die Kriegspolitik des Zweibundes aus dem latenten Stadium in das Gebiet praktischer Betätigung über....

... In der großen Tragödie von 1914 war Frankreichs Rolle durch das Bündnis mit Rußland und den unter dem Regime des Herrn Poincaré neubeflügelten Revanchegedanken bestimmt....

Der Kaiser hat so wenig wie irgendeiner seiner politischen Ratgeber einen Präventivkrieg jemals in den Kreis auch nur fernster Überlegungen gezogen....

2. Kaiser Wilhelm II.[1]

Die Geschichte kennt kein Beispiel, das man mit dem Weltkriege 1914/18 vergleichen könnte. Sie kennt aber auch kein Beispiel für die Verwirrung, die über die Ursachen entstanden ist, die zum Weltkriege führten. Das ist um so erstaunlicher, weil der große Krieg eine hochkultivierte, aufgeklärte, politisch geschulte Menschheit vorfand, und weil die Ursachen zum Weltkriege klar und offen liegen. Auch die scheinbare Kompliziertheit in der Julikrise 1914 kann darüber nicht hinwegtäuschen.... Die allgemeine Lage des Deutschen Reiches hatte sich in der Vorkriegszeit immer glänzender und infolgedessen außenpolitisch immer schwieriger gestaltet. Ein niemals dagewesener Aufschwung in Industrie, Handel und Weltverkehr hatte Deutschland wohlhabend gemacht. Die Kurve unserer Entwicklung blieb nach oben gerichtet.... So ergab es sich, daß England, Frankreich und Rußland, allerdings aus verschiedenen Gründen, ein gemeinsames Ziel hatten, nämlich: Deutschland niederzuzwingen. England aus handelspolitischen, Frankreich aus revanchepolitischen, Rußland als Trabant Frankreichs sowie aus innerpolitischen Gründen und um an das südliche Meer zu gelangen. So mußten sich diese drei Großstaaten finden. Den Zusammenschluß dieser Bestrebungen zu gemeinsamem, planmäßigem Handeln nennen wir die Einkreisungspolitik.... So entstand der Gegensatz: die Ziele der Entente konnten nur durch einen Krieg, die Ziele Deutschlands nur ohne Krieg erreicht werden. An diesem Grundgedanken muß festgehalten werden, er ist entscheidender als alles Beiwerk.... Unsere Lage ist von uns richtig erkannt worden. Wir haben entsprechend gehandelt....

[1] Kaiser Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878—1918. Leipzig und Berlin 1922.

Der Kanzler v. Bethmann Hollweg, der von mir die strikte Order hatte, den Frieden, wenn irgend möglich, zu erhalten, hat 1914 Fehler gemacht, er war staatsmännisch der Weltkrise in keiner Weise gewachsen. Man kann aber nicht, weil die Gegner unsere Fehler ausnutzten, uns die Schuld am Kriege zuschieben. Den Krieg wollte Bethmann verhindern, wie wir alle. Das geht schon daraus hervor, daß er in seinem politischen Beharrungsvermögen bis zum 4. August mit England in dem Irrglauben weiter verhandelte, er könne England aus der Entente heraushalten. . . . Ein Herrscher, der Krieg will und ihn vorbereitet, um seine Nachbarn zu überfallen, wozu es langer heimlicher Mobilmachungsvorbereitungen und Konzentrationen bedarf, der befindet sich nicht monatelang außer Landes (auf Korfu und in Norwegen) und läßt nicht seinen Generalstabschef auf Sommerurlaub nach Karlsbad gehen. Die Feinde haben unterdessen planmäßig Vorbereitungen zum Überfall getroffen. Die ganze diplomatische Maschine bei uns hat versagt. Man sah den heraufziehenden Krieg nicht, weil das Auswärtige Amt mit seinem Standpunkt des „surtout pas d'histoires!" von dem Gedanken des Friedens à tout prix dergestalt hypnotisiert war, daß es den Krieg als mögliches Mittel der Ententestaatskunst aus seinen Berechnungen gänzlich ausgeschaltet hatte und deshalb die Kriegsanzeichen in ihrer Bedeutung nicht richtig einschätzte. Auch hierin liegt übrigens ein Beweis für die Friedfertigkeit Deutschlands. . . . In Potsdam eingetroffen (nach der Nordlandfahrt), fand ich den Kanzler und das Auswärtige Amt im Konflikt mit dem Chef des Generalstabes, weil General v. Moltke die Ansicht vertrat, der Krieg werde unbedingt ausbrechen, während die beiden ersteren fest auf ihrer Auffassung bestanden, es werde nicht dazu kommen, der Krieg würde sich vermeiden lassen, wenn ich nur nicht mobil machen ließe. Dieser Streit dauerte die ganze Zeit über an. Erst als General v. Moltke meldete, daß die Russen bereits ihre Grenzkordonhäuser angesteckt, die Grenzbahngeleise aufgerissen und rote Mobilmachungszettel angeschlagen hätten, ging auch den Diplomaten in der Wilhelmstraße ein Licht auf. Ihre Widerstandskraft und sie selbst brachen zusammen. Sie hatten an den Krieg nicht glauben *wollen*.

3. Aus einer Denkschrift des deutschen Generalstabschefs Generalobersten v. Moltke an den deutschen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg vom 29. Juli.[1]

. . . Man kann nicht leugnen, daß die Sache von seiten Rußlands geschickt inszeniert ist. Unter fortwährenden Versicherungen, daß es noch nicht „mobil" mache, sondern nur „für alle Fälle" Vorbereitungen treffe, daß es „bisher" keine Reservisten einberufen habe, macht es sich so weit kriegsbereit, daß es, wenn es die Mobilmachung wirklich ausspricht, in

[1] Das Reichsarchiv, der Weltkrieg 1914—18. Bd. I die Grenzschlachten im Westen. Berlin 1925.

wenigen Tagen zum Vormarsch fertig sein kann. Damit bringt es Österreich in eine verzweifelte Lage und schiebt ihm die Verantwortung zu, indem es doch Österreich zwingt, sich gegen eine russische Überraschung zu sichern. Es wird sagen: Du Österreich machst gegen uns mobil, du willst also den Krieg mit uns. Gegen Deutschland versichert Rußland, nichts unternehmen zu wollen; es weiß aber ganz genau, daß Deutschland einem kriegerischen Zusammenstoß zwischen seinem Bundesgenossen und Rußland nicht untätig zusehen kann. Auch Deutschland wird gezwungen, mobil zu machen, und wiederum wird Rußland der Welt gegenüber sagen können: „Ich habe den Krieg nicht gewollt, aber Deutschland hat ihn herbeigeführt.“ So werden und müssen sich die Dinge entwickeln, wenn nicht, fast möchte man sagen, ein Wunder geschieht, um noch in letzter Stunde einen Krieg zu verhindern, der die Kultur fast des gesamten Europa auf Jahrzehnte hinaus vernichten wird.

Deutschland will diesen schrecklichen Krieg nicht herbeiführen. Die deutsche Regierung weiß aber, daß sie die tief gewurzelten Gefühle der Bundestreue, einen der schönsten Züge deutschen Gemütslebens, in verhängnisvoller Weise verletzen und sich in Widerspruch mit allen Empfindungen ihres Volkes setzen würde, wenn sie ihrem Bundesgenossen in einem Augenblick nicht zu Hilfe kommen wollte, der über dessen Existenz entscheiden muß.

Nach den vorliegenden Berichten scheint auch Frankreich vorbereitende Maßnahmen für eine eventuelle spätere Mobilmachung zu treffen. Es ist augenscheinlich, daß Rußland und Frankreich in ihren Maßnahmen Hand in Hand gehen.

Deutschland wird also, wenn der Zusammenstoß zwischen Österreich und Rußland unvermeidlich ist, mobil machen und bereit sein, den Kampf nach zwei Fronten aufzunehmen.

Für die eintretendenfalls von uns beabsichtigten militärischen Maßnahmen ist es von größter Wichtigkeit, möglichst bald Klarheit darüber zu erhalten, ob Rußland und Frankreich gewillt sind, es auf einen Krieg mit Deutschland ankommen zu lassen. Je weiter die Vorbereitungen unserer Nachbarn fortschreiten, um so schneller werden sie ihre Mobilmachung beendigen können. Die militärische Lage wird dadurch für uns von Tag zu Tag ungünstiger und kann, wenn unsere voraussichtlichen Gegner sich weiter in aller Ruhe vorbereiten, zu verhängnisvollen Folgen für uns führen.

4. Conrad v. Hötzendorf.[1]

... Rumänien zum Feind des Dreibundes umzustimmen, Rußlands Hilfe sich zu sichern, unbekümmert darum, daß dies den Weltkrieg zur Folge haben müsse, die Entente für sich zu gewinnen, dabei auf Italiens Abfall vom Dreibund rechnend, Österreich-Ungarn aber mit einer skrupel-

[1] Feldmarschall Conrad v. Hötzendorf (österreichisch-ungarischer Generalstabschef), Aus meiner Dienstzeit 1906—1918, Wien 1922, Bd. III.

losen Propaganda zu unterwühlen, — waren die Leitlinien der serbischen Politik. Ganz wesentlich gefördert wurden diese Tendenzen durch den Offiziersbund crna ruka[1] und von der vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Vereinigung narodna odbrana. Wenn die serbische Regierung auch nach außen hin bemüht war, ihr Zusammengehen mit diesen Verbindungen in Abrede zu stellen, so mag das glauben, wer da will. Tatsache aber ist, daß ihr dieses Wirken nicht verborgen war, und damit fällt die Verantwortung auf sie. Über das Doppelspiel der „offiziellen" und „nichtoffiziellen" Politik ließ sich wohl kein Kind mehr täuschen, es hätte große Einfältigkeit dazu gehört. Vor allem zielte Serbien auf die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina ab. . . . Der schwerste Druck, der andauernd auf mir und meiner engeren in die militärische Lage Europas eingeweihten Umgebung lastete, war die Erkenntnis, daß Rußland, nachdem die Zeiten seiner Schwächen ungenutzt geblieben waren, nicht nur zusehends erstarkte, sondern auch in hastiger Eile Vorbereitungen betrieb, die auf die Absicht eines baldigen Krieges schließen ließen. Damit wurde es fraglich, ob Österreich-Ungarn die so sehr erwünschte Friedenszeit gegönnt sein würde, seine Heeresentwicklung, insbesondere die angebahnte Schaffung der Reservearmee vollends durchzuführen. . . . Serbien, Montenegro und Rumänien sollten für die Sache Rußlands gewonnen und in Bulgarien wenigstens ein russophiles Ministerium ans Ruder gebracht werden. Die am 26. Jänner 1914 in Frankreich abgeschlossene Anleihe von $2^1/_2$ Milliarden Franken bot Rußland reiche Mittel, und es war bekannt, daß der französische Generalstab es durchgesetzt hatte, daß diese Summen für Kriegsvorkehrungen im Westen, vornehmlich auch den Bau strategischer Bahnen, verwendet wurden. Was diese Sorge erhöhte, war die Unklarheit über die Vorgänge in Rußland. Die minimalen Geldmittel und diplomatische Rücksichten beschränkten den Kundschaftsdienst. Man stand vor einer hohen, undurchdringlichen Mauer und wußte nur, daß sich dahinter etwas vorbereite. . . . Unter dem Namen von „Probemobilisierungen" begann Rußland bereits im Februar mit der Einberufung seiner Nichtaktiven, die es aber, wie sich später herausstellte, nicht mehr entließ. Auch hatte es, wie allmählich durchsickerte und wie es sich in der Folge gleich bei Kriegsbeginn bestätigte, schon im Frühjahr mit dem Herantransport seiner asiatischen Truppen begonnen.

5. Poincaré.[2]

. . . Bis 1873 hört Fürst Bismarck nicht auf, uns zu bedrohen und übel zu behandeln. Im Jahre 1875 ist er drauf und dran, den Krieg von neuem entbrennen zu lassen und wird nur von England und Rußland

[1] crna ruka = schwarze Hand.

[2] Raymond Poincaré, Les origines de la guerre, Vorlesungen, gehalten in der „Gesellschaft für volkstümliches Vortragswesen", Paris 1921.

zurückgehalten.... Bismarck dachte[1], als er uns nicht liebenswürdig und gelehrig genug fand, an einen jener Präventivkriege, deren moralische Notwendigkeit Bernhardi[2] zu beweisen versucht hat und deren unheilvolle Theorie Deutschland zu dem Verbrechen von 1914 veranlaßt hat....

Es gibt aber auch noch andere Völker, die leben wollen und die verdienen zu leben. Zu diesen gehört Frankreich; Frankreich, das 1871 grausam verstümmelt worden ist, das sich trotzdem wieder erhoben und in der Welt eine seiner Vergangenheit würdige Stellung zurückgewonnen hat, und das, ohne irgend jemand beherrschen zu wollen, auch von niemand erstickt werden will. Und dieses friedliche, arbeitsame und geduldige Frankreich ist durch eine alte Bosheit der Geschichte und der Geographie der unmittelbare Nachbar Deutschlands, und wenn es jenseits des Rheines den Kehrreim des Liedes „Deutschland über alles" singen hört, versteht es nur zu gut, daß es zuallererst bedroht wird. Während 44 Jahren ist es ihm trotzdem gelungen, das schwankende Gleichgewicht des europäischen Friedens aufrechtzuerhalten....

In dem Augenblick, in dem ich den Danksagungsbesuch des Grafen Szecsen[3] empfing, fanden in Potsdam im kaiserlichen Palaste lange und geheimnisvolle Zusammenkünfte statt....

Man wußte sehr gut, daß die Zerschmetterung Serbiens nicht nur ein Gewaltstreich gegen das Völkerrecht sein würde, sondern daß ein solches Unternehmen auch die öffentliche Meinung Rußlands nicht gleichgültig lassen konnte, und daß man die ganze orientalische Frage aufrollen würde....

(Während unseres Aufenthaltes am Zarenhofe vom 20. bis 24. Juli 1914) hatten wir, Herr Viviani[4] und ich, nur den einen Gedanken, mit allen unseren Kräften an der Aufrechterhaltung des Friedens zu arbeiten und, um den Frieden besser zu gewährleisten, uns davon zu versichern, daß, wenn eine neue Krise sich zeigte, Rußland treu bleiben würde, nicht nur dem Bündnis mit Frankreich, sondern auch der Entente mit England....

Am 28. Juli 1914 erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Am 1. August 1914 um 5 Uhr nachmittags nach mitteleuropäischer Zeit erklärte Deutschland Rußland den Krieg. Am 3. August 1914 um 6^{15} Uhr abends fand sich der deutsche Gesandte in Paris, Baron von Schön, im Kabinett des Herrn René Viviani ein.... Er sagte Herrn Viviani, daß er während der Fahrt von der Gesandtschaft zum Ministerium von zwei Damen erkannt worden war, und daß diese auf das Trittbrett seines

---

[1] 1887. [2] General Friedrich v. Bernhardi, einer der Führer der alldeutschen Bewegung. Von großer Wirkung waren seine Bücher „Deutschland und der nächste Krieg" und „Unsere Zukunft".

[3] Des österreichisch-ungarischen Botschafters, der den Dank des Kaisers Franz Joseph für das aus Anlaß der Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares ausgesprochene Beileid des französischen Präsidenten überbracht hatte.

[4] Französischer Ministerpräsident und Außenminister.

Wagens gesprungen seien, um ihn zu beleidigen. In der Tat ging er seit 48 Stunden trotz der Kriegserklärung Deutschlands an Rußland beständig in Paris spazieren, mit einer bei ihm sonst unbekannten Absichtlichkeit. Er ging ins Restaurant frühstücken und mittagessen, und er schien einen Zwischenfall zu suchen, der seinem Lande eine glaubhafte Beschwerde gegen Frankreich liefern könnte. Dank der Besonnenheit der Pariser hatte sich dieser Zwischenfall nicht gefunden, und demzufolge hatte sich der Baron v. Schön bei der Regierung der Republik zur Unterstützung der Kriegserklärung, die er zu übergeben beauftragt war, auf lächerliche Vorwände berufen müssen. . . .

Es fand sich inzwischen ein Deutscher, der hinausschrie, was die andern verschweigen wollten. Das ist Maximilian Harden[1], der seit Beginn des Krieges erklärte: „Wir haben den Krieg gewollt. Warum wollen wir uns das verhehlen? Wir haben ihn gewollt, um uns für immer das Gedeihen Deutschlands und seine Herrschaft über alle anderen Mächte zu sichern." Aber trotz seines Talentes ist Maximilian Harden allein geblieben. Wir stellen das auch heute noch fest, wo er bisweilen in der Durchführung des Friedensvertrages die gerechte Grundlage unserer Rückforderungen erkennt. Außer ihm und einigen Männern wie Kautsky[2], Mühlon oder Richard Grelling, dem Verfasser des Buches „J'accuse"[3], schwört ganz Deutschland, daß es unschuldig ist. . . .

Angesichts des verabscheuenswürdigen Angriffs, dessen Ziel Frankreich war, hatte es sich unverzüglich zu allen Anstrengungen, allen Tugenden und allen Opfern bereit gefunden. Es wußte, daß seine Regierung seit langen Jahren das Menschenmögliche getan hatte, um die Überschwemmung zu beschwören, die sich über Europa stürzen wollte. Es war sich bewußt, selbst immer die Gefühle der Trauer und des Leids im Zaume gehalten zu haben, die die Niederlage von 1870 und der Verlust seiner Provinzen in seinem Herzen zurückgelassen hatten. Er fühlte sich unschuldig an dem Verbrechen, welches soeben gegen die Menschheit verübt worden war. Es konnte mit frei erhobener Stirn auf die Schlachtfelder gehen, wo sich das Schicksal der Welt entscheiden sollte. Gegenüber dem österreichisch-deutschen Imperialismus wurde es in den Augen der Völker das lebende Abbild des Rechtes und der Freiheit.

---

[1] Schriftstellername für Isidor Witkowski, Herausgeber der „Zukunft", bis 1916 schärfster Annexionspolitiker, nach dem deutschen Zusammenbruch Anhänger Eisners, des Fälschers des sogenannten „Lerchenfeldschen Berichtes".

[2] Karl Kautsky, sozialistischer Theoretiker, der 1919 in der Schrift „Wie der Weltkrieg entstand" Deutschland voreilig beschuldigte, diese Beschuldigungen aber 1920 wieder öffentlich zurücknahm, nachdem er als Mitherausgeber der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" die Unrichtigkeit der Beschuldigungen hatte erkennen müssen.

[3] Deutsche im Dienste der Entente, die während des Krieges dieser Propagandamaterial gegen ihr Vaterland lieferten.

6. Asquith.[1]

Die Entente[2] wurde niemals zu einem Bündnis. Während wir mit Frankreich und Rußland freundschaftlich zusammenarbeiteten, um das internationale Gleichgewicht zu sichern, behielten wir uns die Entscheidung vor, ob wir, wenn die Gelegenheit sich ergab, in den Krieg eintreten sollten oder nicht.... Nachdem die Entente einmal Gestalt angenommen hatte, erlaubten die daran beteiligten Regierungen nicht nur, sondern ermutigten es sogar, daß ihre Sachverständigen militärische und maritime Noten austauschten und im vorhinein die Möglichkeiten erwogen, die sich im Falle eines Friedensbruches ergeben konnten.

Die notwendige Folge der raschen und drohenden Ausbreitung der deutschen Flotte war die Konzentration der Hauptkräfte der britischen Flotte in der Nordsee und die Zurückziehung unserer Flotte aus dem Mittelmeer, wohin die Franzosen ihre schweren Schiffe versetzten.... Das Ergebnis der neuen Flottendispositionen der beiden Länder vom Jahre 1912 war, die Häfen Frankreichs am Kanal und am Atlantischen Ozean ohne den Schutz einer annähernd ausreichenden französischen Flottenmacht zu belassen. Zwischen Frankreich und Großbritannien bestand keine formelle Abmachung, daß wir bei einem unprovozierten Angriff die nötige Flottenmacht zu ihrer Verteidigung beisteuern sollten; noch weniger selbstverständlich war, daß wir einen solchen Angriff als einen casus belli für uns selbst ansehen müßten. Es bestanden, wie ich vorher sagte, weder Flotten- noch Militär„pakte". Aber Frankreich fühlte zweifellos, daß es damit rechnen könnte, daß wir jedem Angriff auf seine Nord- und Westküsten, die durch die Konzentration im Mittelmeer in Wahrheit jedes Flottenschutzes entblößt waren, entgegentreten würden. Und so kam es auch. In einer kritischen Phase der Verhandlungen im August 1914 ließen wir die französische Regierung wissen, ohne uns dabei in irgendeiner Weise zu binden, mit Frankreich in den Krieg zu gehen, wir würden es nicht zulassen, daß die deutsche Flotte den Kanal herabkomme, um ihre Nordküste anzugreifen.... Es ist vollkommen klar, daß weder die Nichtentlassung unserer Flotte Ende Juli 1914 noch unser Versprechen Frankreich gegenüber, die deutsche Flotte dem Kanal fernzuhalten, in Berlin als Akte von Feindseligkeit betrachtet wurden. Man hoffte und glaubte immer noch, England würde neutral bleiben....

In den sechs Jahren marokkanischer „Politik" des Kaisers wechselten Prahlerei und Ungeschick miteinander ab. Sie verwirrten Europa, schufen international unermeßlich viel böses Blut, brachten zweimal die Mächte an den Rand eines allgemeinen Krieges und blieben am Ende ohne Gewinn für Deutschland. Die Methoden Bülows und Bethmanns,

[1] H. H. Asquith (1914 englischer Ministerpräsident), Der Ursprung des Krieges. Deutsche Ausgabe, München 1924.

[2] Entstanden 1904 durch den französisch-englischen Nordafrikavertrag und 1907 durch den russisch-englischen Persienvertrag.

die nacheinander bei diesem traurigen Geschäft eine weithin sichtbare Rolle spielten und beide in Bismarckscher Schule graduiert waren, hätten ihrem großen Lehrmeister die Schamröte in die Wangen getrieben....

Im Anfang des Jahres 1912 zeigte sich die stärkste Neigung im britischen Kabinett, die bestehenden Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern zu ordnen. Sie wurde, wie ich glaube, aufrichtig von Herrn v. Bethmann erwidert. Das hauptsächlichste Hindernis auf diesem Wege war Deutschlands stete und immer beschleunigtere Verfolgung seiner Politik der maritimen Ausbreitung. Wir wußten, daß es dabei war, ein neues Flottengesetz einzubringen.... Dessen Wirkung mußte im großen so sein, daß vier Fünftel der gesamten deutschen Flotte ständig und sofort für den Krieg bereit gehalten würden.... Das war ein ganz phantastisches, bodenloses Programm.... Die „Mission" von Lord Haldane in Berlin im Februar 1912 sollte ein ehrlicher Versuch zwar nicht zu einer endgültigen Übereinkunft, sondern zur Sondierung des Bodens sein, ob es einen Weg gäbe, der zu solchem Übereinkommen führte. Lord Haldanes Aufgabe war nicht die eines Bevollmächtigten, nicht einmal die eines Unterhändlers im vollen Sinne, eher die eines Erforschers.... Die[1] Besprechungen zwischen Sir E. Grey und Graf Metternich[2] ließen keinen Zweifel übrig, daß die deutsche Regierung nicht geneigt sei, in irgendwelcher Hinsicht den Plan zu mildern. Die Vorlage wurde in der Tat auch, wie sie war, Ende März im Reichstag eingebracht....

Der Krieg zwischen den Großmächten hätte, wie behauptet worden ist, vermieden werden können, wenn Sir Edward Grey von Anfang an unsere Haltung klar umrissen hätte, wenn er hätte erkennen lassen, daß wir uns an die Seite Frankreichs und Rußlands stellen wollten.... Kein Zeugnis konnte oder kann erbracht werden, um zu beweisen, daß wir durch eine drohende oder sogar nur unverbindliche Haltung Deutschland und Österreich von dem bereits betretenen Pfad abgewandt hätten.

Von allen deutschen Angeboten, die Neutralität erpressen oder erkaufen wollten, war sein Angebot an Belgien am unerhörtesten und anmaßendsten....

Es ist nutzlos, darüber nachzugrübeln, wie es gekommen wäre, wenn Deutschland den verhängnisvollen Fehler der Verletzung Belgiens vermieden hätte, aber bestimmt hätte dann die britische Nation nicht mit geeinter Front in den Krieg eintreten können....

7. Boghitschewitsch.[3]

Der Revanchegedanke Frankreichs, der englisch-deutsche und der russisch-österreichische Gegensatz bezüglich der Balkanfrage, das waren die drei politischen Probleme, welche seit Jahren den europäischen Frieden

[1] Daran angeknüpften. [2] Deutscher Botschafter in London.

[3] Dr. M. Boghitschewitsch (bis zum 27. Juli 1914 serbischer Gesandter in Berlin), Kriegsursachen. Zürich 1919.

bedrohten. Der russisch-österreichische Gegensatz hat zum europäischen Kriege geführt. . . .

Als die bosnische Krise durch das Eingreifen Deutschlands eine wenn auch nur provisorische Lösung fand[1], da mußte Rußland die Ausführung seiner gegen Österreich gerichteten Pläne noch hinausschieben, da es noch nicht genügend vorbereitet war. . . . Was Rußland und Serbien betrifft, war der Krieg gegen Österreich schon damals eine beschlossene Sache. . . .

Drei volle Wochen[2] hat die serbische Regierung in täglicher Erwartung der Sühneforderungen Österreichs auch nicht das Geringste unternommen, durch versöhnliche Vorschläge und Maßregeln der österreichischen Regierung zuvorzukommen und den aufrichtigen Willen zu zeigen, ihr so weit als möglich entgegenzukommen. . . . Am 28. Juli mittags kam ich[3] in Warschau an. Bis zur deutschen Grenze waren nicht die geringsten militärischen Maßnahmen zu bemerken. Sofort nach Überschreitung der deutschen Grenze beobachteten wir Mobilisationsmaßnahmen großen Stils: Ansammlung von Güterwagen in den einzelnen Stationen, militärische Besetzung der Bahnhöfe, Truppenansammlungen in den einzelnen Städten, Truppentransporte bei Nacht, Mobilisationsleuchtfeuer. Als wir in Brest eintrafen, war schon der Belagerungszustand verkündet.[4] Am 29. Juli war bereits die allgemeine Mobilmachungsorder in Kischinew öffentlich angeschlagen. Alles machte den Eindruck einer großen Offensivvorbereitung der russischen Armee. . . . Was das österreichische Ultimatum anbetrifft, so ist die Form gewiß eine ungewöhnlich scharfe und eine solche gewesen, wie sie einem selbständigen Staate gegenüber bisher noch nie angewandt worden ist. Das ganze Verhalten Serbiens Österreich gegenüber vor dem Kriege, die unmittelbare Veranlassung zum Kriege selbst, entschuldigen leider bis zu einem gewissen Grade seine Form. Was aber den Inhalt selbst und die Schuldfrage betrifft, so erachte ich es für meine Pflicht, wie schwer es mir auch fällt, und wie sehr ich bedaure, daß es so gewesen ist, im Interesse der historischen Wahrheit zu erklären, daß die Anschuldigungen der österreichisch-ungarischen Note, von geringen Ausnahmen abgesehen, auf Richtigkeit beruht haben. Das hat man in Petersburg gewußt, das hat man auch in London und Paris wissen müssen, und trotzdem hat man den Krieg nicht zu verhindern vermocht. . . . Was für ein Interesse hatte das national geeinigte Deutschland, mit seiner ungünstigen geographischen Lage und der Notwendigkeit der Führung eines Zweifrontenkrieges, es gerade 1914 auf den europäischen Krieg ankommen zu lassen? . . . Man rechnete mit der Friedensliebe Kaiser Wilhelms II. wie mit einem Axiom, das man mit absoluter Sicherheit in die politischen Kalküls einstellte. Das Deutsche Reich zog aus der Friedensperiode Europas nur Vorteile. . . .

---

[1] 1909. [2] Nach dem Mord von Serajewo. [3] Auf der Rückreise von dem Berliner Botschafterposten nach Serbien. [4] 28. Juli.

III. Nichtdeutsche Geschichtsforscher über die Kriegsschuldfrage.

1. E. D. Morel.[1]

Die britische Nation wähnte vor dem Kriege, sie sei in der Lage, ein unabhängiges Urteil über ihre auswärtigen Angelegenheiten zu fällen, und sie glaubte, die Herrin ihres eigenen Geschicks zu sein.... In Wahrheit befand sich die Nation vom Anfang bis zum Ende — von 1904 an — so machtlos im Netz der Geheimdiplomatie wie eine Fliege im Spinnengewebe. Die öffentliche Meinung wurde im Marokkostreit, sowohl 1905 wie 1911, durch die Tatsache aufs gröbste irregeführt, daß man ihr die Geheimklauseln des anglo-französischen Abkommens verheimlichte. Der Marokkostreit war der Ausgangspunkt der Unterordnung der britischen Politik unter die französischen imperialistischen Interessen durch geheime, hinter dem Rücken des Volks geschlossene Abmachungen. Er war auch die Inauguration der ersten jener Reihe von Verletzungen internationaler Vertragsverpflichtungen, die England schließlich auf das Schlachtfeld führten. Verwirrt und entrüstet sah sich Großbritannien sodann im Jahre 1907 die Freiheit Persiens in Gemeinschaft mit dem kaiserlichen Rußland unterdrücken und die lasterhafteste und verbrecherischste Regierung der Welt mit den Mitteln versorgen, die politische Emanzipationsbewegung ihrer verfolgten Untertanen zu erdrosseln. Von da an wurden die Maschen immer stärker und dichter. Während der acht Jahre, die Zeugen der geheimen Zusammenarbeit unserer Streitkräfte mit denen Frankreichs waren — der acht Jahre vor dem Kriege —, war diese geheime Zusammenarbeit, die auf ein Bündnis (ohne die einem Bündnis eigenen Sicherungen der Öffentlichkeit, Begrenzung und Bestimmtheit) hinauslief, der richtung- und maßgebende Einfluß in der auswärtigen Politik Großbritanniens. Aber das Volk wußte nichts davon....

So erforderten die Vorkriegstäuschungen, als der Krieg ausbrach und während seines ganzen Verlaufes, die Häufung von Betrug auf Betrug. Der Krieg mußte als Deutschlands Krieg geschildert werden, für den Deutschland allein und ausschließlich verantwortlich war — indem es in seiner Boshaftigkeit ein friedfertiges und arbeitsames Europa zur Befriedigung seiner Wollust in die Barbarei zurückschleuderte. Frankreich

[1] Ein gerechter Engländer über die Schuld am Kriege. Genehmigte Übersetzung der Schuldkapitel aus E. D. Morel "Truth and the war", herausgegeben von Hermann Lutz. Morel war ein Gelehrter und Publizist von internationalem Ruf. Er war Vorkämpfer im Kampfe gegen die belgische Kriegsgreuel und wurde ein spezieller Kenner afrikanischer Fragen, so besonders der Marokkofrage, in der er die Haltung der englischen Regierung bekämpfte. Von Beginn des Weltkrieges an vertrat er den Standpunkt, daß er ein Krieg der geteilten Verantwortung sei.

mußte als „böswillig angegriffen“ beschrieben werden. Die vom zaristischen Rußland in der Schürung und Herausforderung des Krieges und in Sir E. Greys Vorkriegsdiplomatie gespielte Rolle mußte eifrig und achtsam unterdrückt werden. All dem verliehen die Deutschen kräftigen Beistand durch die Dummheit ihrer Vorkriegspolitik, durch ihre konsequent Mißgriffe begehende Diplomatie, durch ihre erstaunliche Unempfindlichkeit gegen psychologische Faktoren, durch ihren sträflichen Einfall in Belgien und dessen Behandlung und durch ihre militärische und diplomatische Führung des Krieges. Ich habe immer dafür gekämpft, daß die Beschuldigung, Deutschland sei allein verantwortlich für den Krieg, unwahr und in der Tat widersinnig ist. Der Verbreitung dieser Unwahrheit haben wir es zu verdanken, daß die moralische Sanktion der öffentlichen Meinung erlangt wurde, dem deutschen Volke, nachdem es sich seiner autokratischen Herrscher entledigt, einen in der Weltgeschichte beispiellosen punischen Frieden aufzuzwingen. Dieser sogenannte Friede muß revidiert werden, oder seine Wirkungen werden von Generation zu Generation ein Fluch sein für die kommenden Geschlechter. . . .

Die kritischen Tage stürmten herauf. Der Parteikampf im Kabinett wurde scharf. Endlich siegte die Partei, die beschloß, daß wir — durch unsere Ehre an Frankreich und Rußland gebunden — in den unvermeidlich gewordenen Krieg eingreifen müßten. Ihr standen die Führer der offiziellen Opposition tatkräftig zur Seite. Diese drückten dem Premierminister am 2. August in einem Briefe — der keine auch noch so entfernte Anspielung auf Belgien enthält — ihre Meinung dahin aus, „daß es für die Ehre und die Sicherheit des vereinigten Königreichs verhängnisvoll wäre, im gegenwärtigen kritischen Augenblick in der Unterstützung Frankreichs und Rußlands zu zögern“. Worauf eine Anzahl Mitglieder des Kabinetts zurücktrat. Alle mit Ausnahme Burns und Lord Morleys, widerriefen ihren Entschluß, als Deutschland in Belgien einfiel. . . . Unfraglich war der Einfall in Belgien der Hauptfaktor, der die Masse unseres Volkes zur größten freiwilligen Waffenanstrengung begeisterte, die je in der Weltgeschichte von einem Volke gemacht wurde; ebenso ist unfraglich, daß der Einfall in Belgien dem Kriege seine volkstümliche Rückenstärkung gab, wie es auch wahr ist, daß er die Dominions entflammte. Aber daß der Einfall in Belgien unseren amtlichen Eintritt in den Krieg veranlaßte, ist einfach nicht wahr. Diese Unwahrheit ist folgerichtig nachweisbar. . . .

2. Matthias Morhardt.[1]

Durch die Lüge hat man den Haß zwischen den Völkern geschürt, und durch die Lüge hat man sie 1914 dahin gebracht, gegenseitig mit Waffen übereinander herzufallen. Der Friede kann nur durch die Wahr-

[1] Morhardt ist 1863 in Genf geboren und lebt seit 1883 als Schriftsteller und Dichter in Paris. Dreizehn Jahre, bis 1912, lang war er Generalsekretär der „Liga der Menschenrechte“. 1916 gründete er gemeinsam mit Gleichgesinnten

heit wiederhergestellt werden.... Übrigens zögern wir nicht, schon an der Schwelle dieses Buches auszusprechen: das Problem der Kriegsursachen ist heute in den Hauptlinien gelöst. Die Untersuchungen, die die Historiker eines Tages in den jetzt noch verschlossenen diplomatischen Archiven vornehmen werden, dürften in Zukunft kaum mehr als Einzelheiten von anekdotischem Interesse zutage fördern. Der Krieg ist entstanden aus der allgemeinen russischen Mobilmachung. Gegen diese offenbare und unbestrittene Tatsache kann man noch so viele Einwände vorbringen: sie stützen sich auf das Nichts....

Dank der packenden Schilderung Paléologues[1] wissen wir mit voller Bestimmtheit, daß Poincaré im Laufe des Juli 1914 in Petersburg mitten in der Krise in verwegenster und aggressivster Weise die Initiative ergriffen hat. War diese Initiative das Resultat einer Laune oder eines unüberlegten Affekts? Poincaré hat keine Launen. Er ist kein unbesonnener Mensch. Seit mehr als zwölf Jahren, seitdem er in die Regierung eintrat, im Januar 1912, hat sich seine Politik nicht um Haaresbreite geändert.... Poincaré hat, wie er selbst feierlich ausgesprochen hat, nie einen andern Gedanken als die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens gehabt. Seine Politik war immer gegen Deutschland gerichtet. Es ist eine engherzige Politik voller Leidenschaft und Haß.... Wir haben gesehen, wie er lange Zeit vor dem Drama von Serajewo zusammen mit Iswolski[2] es sich hat angelegen sein lassen, mit unheimlicher Kaltblütigkeit die Bedingungen festzustellen, unter denen die allgemeine Konflagration mit Sicherheit ausbrechen muß.... Der Scharfblick, mit der er die drohende Gefahr erkennt, ist furchterregend. Man denkt, daß er warnen wird. Man erwartet angstvoll, daß er, durch die Tatsachen belehrt, sich von der Katastrophe abwenden wird. Keineswegs. Wie fasziniert von der phantastischen Hoffnung, eines Tages derjenige zu sein, der das Unrecht der Geschichte[3] wieder gutmachen wird, geht er mit doppelt sicherem und ruhigem Schritt dem Abgrund zu....

Plötzlich kommt das Drama von Serajewo. Wenn man die diplomatischen Aktenstücke über die ersten Wochen nach dem 28. Juni nachliest, so sieht man nichts als Unschlüssigkeit und Ungewißheit.. Kein Kabinett ist sich klar darüber, welchen Entschluß es fassen soll. Die Verwirrung ist allgemein. Man bedarf der Führung. Man braucht einen Führer. Dieser Führer wird Raymond Poincaré. Mitten in der europäischen Krise reist er entschlossen nach Petersburg. Die Tatsache allein, eine solche Reise in einem solchen Augenblick zu unternehmen, kommt einem Kriegsplan gleich. Wie hat man darüber einen Zweifel haben können?

---

die Société d'études documentaires et critiques sur la guerre und ist seitdem einer der besten Kenner der Vorkriegspolitik geworden. Matthias Morhardt, Die wahren Schuldigen. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von Prof. E. Brandenburg. Leipzig 1925.

[1] 1914 französischer Botschafter in Petersburg.

[2] Russischer Botschafter in Paris. [3] 1870/71.

Wenn Poincaré den Frieden will, so genügt eine Depesche. . . . Er geht hin, um den Panslawismus zu stärken, um die chauvinistischen und imperialistischen Leidenschaften in Rußland aufzureizen, und um das unentschlossene und ängstliche Geschöpf, das Nikolaus II. ist, zu den äußersten Entschlüssen zu treiben. . . . So verwegen und kriegerisch ist die Haltung, die Poincaré in diesen feierlichen Augenblicken einnimmt. . . . Er hat den gigantischen Plan ersonnen. Er hat ihn der schwankenden und „gefügigen" Seele Nikolaus' II. aufgezwungen. . . . Es ist offenbar, daß, wenn man ihn z. B. mit Napoleon I. vergleicht, der große korsische Abenteurer nach fünfzehn Jahren der unumschränkten Macht nicht dahin gelangt ist, ein Werk auszuführen, das auch nur von weitem an das reichte, was Poincaré sich rühmen kann, ausgeführt zu haben. Keiner vor ihm hat die Welt mit kaltblütigerer Energie umgestürzt.

3. M. Pokrowski.[1]

Daß der Krieg von 1914 für das kaiserliche und bürgerliche Rußland objektiv ein Krieg um Konstantinopel, ein Krieg um das „türkische Erbe" war, mußte für auch nur einigermaßen hellsehende Leute von vornherein klar sein. Anders konnte es gar nicht sein; denn die ganze Politik des russischen Imperialismus seit Nikolaus I., wenn nicht schon seit Katharina II. ging dahin. . . . Die Arbeiten der bei der Sozialistischen Akademie in Moskau eingesetzten Kommission zum Studium des Krieges 1914—18 haben die Möglichkeit gegeben, die Schleier zu lüften. Wir wissen, wie die russischen Diplomaten den vierten Ostkrieg vorbereitet haben. . . . Wir sehen, wie der unablässige Gedanke allmählich alles und jedes aus dem Wege räumt, was seine Verwirklichung hinderte. Der Gedanke, um Konstantinopel zu kämpfen, d. h. den Weltkrieg hervorzurufen (das war allen von Anfang an klar), nach den Niederlagen von Mukden und Tsuschima, nach der Revolution von 1905, schreckte im ersten Augenblick. Aber es verging ein Jahr nach dem andern, die „Konjunktur" wurde immer günstiger, die Aussichten immer verlockender. Man gewöhnte sich an den im ersten Augenblick schrecklich erscheinenden Gedanken; das Wahnsinnige fing an, natürlich und dann unvermeidlich zu scheinen. Das Protokoll der letzten (dritten) Konferenz[2] im Februar 1914 weiß nichts mehr von den prinzipiellen Schwankungen der ersten Konferenz im Dezember 1908. Es werden nur noch sachliche Einzelheiten besprochen, nur noch praktische Schwierigkeiten erwogen. Aber auch sie lassen sich überwinden. Es ist nur eine Frage der Zeit; denn schon ist das verhängnisvolle Wort gefallen, daß Rußland zum „Zweikampf mit Deutschland völlig bereit" sei, und daß man im Bunde mit England und Frankreich die ganze übrige Welt zum

[1] Vorsteher des Archivs der russischen Sowjetregierung. Prof. M. Pokrowski, Drei Konferenzen (zur Vorgeschichte des Krieges), Russische Korrespondenz 1920.
[2] Der russischen Minister über die Aussichten eines Kampfes um Konstantinopel.

Kampfe herausfordern könne. Ist der Absolutismus imstande, eine zweite Revolution im Falle eines unglücklichen Ausganges des Krieges auszuhalten? Diese Frage wird 1914 überhaupt nicht erwogen, während sie 1908 den Hintergrund bildete, auf dem sich die ganzen Debatten abspielten. Je mehr die ernüchternden Erinnerungen an den Oktoberstreik und die Dezemberbarrikaden[1] durch den Nebel der fernen Vergangenheit verhüllt wurden, desto trunkener wurde der Zarismus. . . .

4. Steward E. Bruce.[2]

Von Anfang des Krieges an bin ich der Überzeugung gewesen, daß Rußland, Großbritannien und Frankreich letzten Endes am Weltkriege ebenso schuldig waren wie Deutschland. Wenn diese Schuld der Ententeverbündeten allgemein in der Welt anerkannt worden wäre, so wäre es vielleicht weder klug noch nützlich gewesen, ein Buch wie das vorliegende zu schreiben, besonders wenn die Sieger ihren Anteil an der Schuld durch eine gewisse Mäßigung beim Abschluß des Friedens wieder wettgemacht hätten. Aber wenn man sich vor Augen hält, wie furchtbar der Friede von Versailles tatsächlich ausgefallen ist, so würde man sich gegen sein eigenes Gewissen versündigen und seine Pflicht gegen die Menschheit vernachlässigen, wenn man nicht versuchte, das ganze Schuldproblem noch einmal aufzurollen, nachdem wir ja jetzt wieder Freiheit der Rede und Freiheit der Presse unser eigen nennen dürfen. . . . In diesem Buche will ich als Beitrag zur Wahrheit und zum Weltfrieden zu beweisen versuchen: 1. wie Rußland, Frankreich und England alle zur Entstehung des Weltkrieges beigetragen haben; 2. welches selbstsüchtige Sonderziel und Verlangen jedes Land durch den Krieg zu erreichen gedachte; 3. welche heldenhafte und törichte Rolle Amerika in der großen Kriegstragödie gespielt hat; 4. welche Mittel das Volk anwenden muß, um die Wiederholung einer solchen Katastrophe zu verhindern. Bei dieser Erforschung der Wahrheit beabsichtige ich nicht, Zeit und Raum auf den Beweis von Deutschlands Schuld zu verschwenden. Diese Aufgabe ist bis in jede Einzelheit und von jedem nur möglichen Gesichtspunkt aus durch Tausende interessierter oder nichtinteressierter Leute erfüllt worden. Die Beiträge zu dieser Frage sind vielleicht umfangreicher als über irgendeinen Gegenstand der ganzen Geschichte. Manche dieser Feststellungen sind unparteiisch und aufklärend, aber ihr größerer Teil kann nur gesäubert werden, indem man ihn den Flammen übergibt, falls nicht diese Generation in der Geschichte als das Opfer der gemeinsten Propaganda und der unanständigsten, wenn nicht verbrecherischen Entstellung der Wahrheit gelten will, die jemals die Menschheit erlebte. Ein fernstehender

---

[1] 1905.

[2] Steward E. Bruce (bekannter amerikanischer Gelehrter und Schriftsteller) Kriegsschuld und Friedensverbrechen der Entente, Berlin 1921.

Beobachter dürfte bei Durchsicht der Dokumente aus den letzten fünf Jahren zu entschuldigen sein, falls er ernsthaft die Frage stellte, ob da in irgend etwas, bei irgendwem oder irgendwo Wahrheit zu finden sei. Alle Dinge erscheinen gefärbt oder verdreht. Jedes Gefühl für Schicklichkeit, Anstand und Gerechtigkeit scheint entschwunden. Die Vernunft scheint entthront zu sein, und die Menschen werden zumeist von ihren urzeitlichen niederen Instinkten regiert. Der Höhlenmensch grinst heute durch die dünne Verkleidung unserer sogenannten Zivilisation hindurch. . . . Wenn es sich um die Frage einfacher Gerechtigkeit handelt, wird ein ehrlicher Mann auf keine Angehörigen, keine Stadt, keinen Staat, kein Volk Rücksicht nehmen, denn das Recht hat keine Grenzen, es ist allgemein und ewig. . . .

IV. Das Wettrüsten und die Haager Friedenskonferenzen.

1. Vergleichsziffern.[1]

Vergleich der Friedensstärken der Landheere in den Jahren 1905, 1907 und 1914.

	1905	1907	1914	Steigerung von 1905—07	Steigerung von 1907—14
Deutschland	622 000	629 000	761 000	7 000	132 000
Österreich-Ungarn	382 000	382 000	478 000	—	96 000
Zentralmächte . . .	1 004 000	1 011 000	1 239 000	7 000	228 000
Rußland[2]	1 215 000	1 254 000	Sommer: 1 445 000 Winter: 1 845 000	39 000	Sommer: 191 000 Winter: 591 000
Frankreich	559 000	579 000 (Jahr 1908)	794 000	20 000 (1905-08)	215 000
Zweibund	1 774 000	1 833 000	Sommer: 2 339 000 Winter: 2 639 000	59 000	Sommer: 406 000 Winter: 806 000

[1] Parlamentarischer Untersuchungsausschuß, 1. Unterausschuß, Heft 1. Über die Entwicklung der deutschen Wehrmacht vgl. Quellensammlung Heft I 18—20, S. 13f.

[2] In Rußland wurde nach 1907 während des Winters der älteste Jahrgang bis zur vollendeten Ausbildung der Rekruten unter Waffen gehalten. Somit dauerte die Dienstzeit für die Infanterie 3½, für die übrigen Waffen 4½ Jahre.

Friedensstärken der Landheere im Jahre 1914.

	Infanterie- usw. Bataillone	Eskadronen	Feld-Batterien	Schwere Batterien	Kopfstärke (einschl. Offiziere)
I.					
Deutschland . . .	669	547	663	210	761 000
Österreich-Ungarn	684	353	413	28	478 000
	1353	900	1046	238	1 239 000
II.					Winter 1913/14:
Rußland	1344	724	622	24	1 845 000
					Sommer 1914: 1 445 000
Frankreich	673	378	705	58	794 000[1]
	2017	1102	1327	82	Winter 1913/14: 2 639 000 Sommer 1914: 2 239 000
III.					
England	157	93	172	107[2]	248 000
Serbien	100	16	45	16	51 600
Belgien	63	44	80	—	48 000
	320	153	297	123	347 000

Kriegsstärken der Landheere im Jahre 1914.[3]

	Infanteriedivisionen	Kavalleriedivisionen	Leichte Geschütze	Schwere Geschütze	Kopfstärke (einschl. Offiziere)
I.					
Deutschland . . .	85 $^1/_2$	11	4 998	564	2 020 000
Österreich-Ungarn	50	11	2 370	168	1 338 000
	135 $^1/_2$	22	7 368	732	3 358 000
II.					
Rußland	117 $^1/_2$	34	6 516	360	3 420 000
Frankreich	69	10	4 108	232	1 650 000
	186 $^1/_2$	44	10 624	592	5 070 000
III.					
England[4]	6	1 $^1/_3$	462	24	132 000
Serbien	15	1	380	40	285 000
Belgien	6	1	468	—	117 000
	27	3 $^1/_3$	1310	64	534 000

[1] Ohne 86000 Mann eingeborene Truppen in Nordafrika und die Fremdenlegion.
[2] 81 Batterien der Küstenartillerie eingerechnet.
[3] Bei den Kriegsstärken sind nur die alsbald verfügbaren Truppen 1. und 2. Linie in Anrechnung gebracht. [4] Nur die Truppen des Expeditionskorps.

Die Flottenstärken im Jahre 1914.[1]

	a) Linienschiffe	b) Panzerkreuzer	c) Geschützte Kreuzer	Torpedoboote d) große	Torpedoboote e) kleine	f) Unterseeboote	Gesamttonnengehalt	Unter a) u. b) Großkampfschiffe
I.								
Deutschland[2] . .	35 (2)[3]	13	41 (2) und 8 Küstenpanzerschiffe	149 (11)	70 (70)	28	1 019 417	17
Österreich-Ungarn	15	3 (1)	9 (11)	33 (7)	53 (17)	6	247 860	3
I. Zentralmächte .	50 (2)	16 (1)	58 (13)	182 (18)	123 (87)	34	1 267 277	20
II.								
Großbritannien .	60 (1)	43	73 (15)	256 (71)	33 (33)	77 (8)	2 172 190	29
Frankreich . . .	24 (3)	22 (3)	12 (4)	84 (30)	150 (150)	55 (6)	702 240	10
Rußland (nur balt. u. Schwarzemeerflotte)	12 (4)	6	8	103 (21)	22 (22)	28 (11)	320 110	—
II. Tripleentente .	96 (8)	71 (3)	93 (19)	443 (122)	205 (205)	160 (25)	3 194 540	39

Aushebungsziffern 1914, in Prozenten ausgedrückt.[4]

	Bevölkerung	% Zahl der Aushebung
Deutschland	65 000 000	1,17
Österreich-Ungarn .	51 000 000	0,94
Frankreich[5]	39 600 000	2
Rußland	170 000 000	Sommer: 0,85 Winter: 1,09

[1] Parlamentarischer Untersuchungsausschuß, 1. Unterausschuß, 1. Heft.

[2] Deutschland baute seine Flotte nach dem Bauprogramm von 1907, nach dem bis 1917 34 moderne Linienschiffe im Dienst sein sollten. Die Novelle von 1912 vermehrte die Schiffszahl nur unwesentlich, machte aber ein Reservegeschwader aktiv, so daß statt wie bisher zwei, von nun an drei Geschwader im Dienst standen. 1912 hatte der englische Marineminister Churchill 16 englische gegen 10 deutsche Großkampfschiffe als ein für England ausreichendes Verhältnis erklärt. Großadmiral Tirpitz hatte Anfang 1913 erklärt, daß Deutschland dies Verhältnis nicht überschreiten würde. Zu Anfang des Krieges standen 17 englische gegen 10 deutsche Großkampfschiffe. Über die deutsche Risikoflotte vgl. Heft I 18—20, S. 17f.

[3] Die in Klammern beigesetzten Zahlen der veralteten Schiffe sind in den Gesamtzahlen mit enthalten.

[4] Parlamentarischer Untersuchungsausschuß, 1. Unterausschuß, Heft 1.

[5] Die hohe Prozentziffer Frankreichs erklärt sich durch die Einführung der dreijährigen Dienstzeit.

Anzahl der für den Heeresdienst 1914 verfügbaren Mannschaften.[1]

1. Militärisch ausgebildete Wehrpflichtige:

Deutschland	4 870 000	7 860 000
Österreich-Ungarn	2 990 000[2]	
Frankreich	4 980 000[3]	10 680 000
Rußland (ohne Kosacken)	5 700 000	

2. Alle Jahresklassen, auch Unausgebildete, vom 17. Lebensjahre an[4]:

Deutschland	9 750 000	15 870 000
Österreich-Ungarn	6 120 000	
Frankreich[6]	5 940 000	22 940 000
Rußland	17 000 000	

2. Lloyd George über Deutschlands Rüstungen.[5]

In einer Rede in Queens Hall in London am 28. August 1908.... Betrachten Sie Deutschlands Lage! Für Deutschland ist sein Heer, was für uns die Flotte ist, seine einzige Verteidigung gegen eine Invasion. Deutschland hat keinen „Zweimächtestandard" geschaffen. Deutschland mag ein stärkeres Heer haben als Frankreich, als Rußland[6], als Italien, als Österreich; aber es steht zwischen zwei Großmächten, die zusammen eine weit größere Truppenzahl aufstellen können, als Deutschland besitzt. Vergessen Sie das nicht, wenn Sie sich wundern, warum Deutschland Allianzen und Ententen fürchtet und gewisse geheime Machenschaften, die in der Presse durchscheinen.... Denken Sie sich, wir ständen vor einer Kombination, die uns der Invasion preisgäbe; denken Sie sich, Deutschland und Frankreich oder Deutschland und Rußland oder Deutschland und Österreich hätten Flotten, die vereint stärker wären als die unsrige, wären wir nicht von Furcht ergriffen? Würden wir nicht rüsten? — Selbstverständlich würden wir rüsten!

In der englischen Zeitung „Daily Chronicle" am 1. Januar 1914. ...Die deutsche Armee ist lebenswichtig, nicht nur für die Existenz des

[1] Eingerechnet 1 000 000 Ersatzreservisten mit nur 8—10 wöchiger Ausbildung.

[2] Daß Frankreich trotz seiner geringeren Bevölkerungsziffer mehr militärisch Ausgebildete hatte als Deutschland, erklärt sich vor allem daraus, daß Frankreich bis 82% und Deutschland nur bis 55% Wehrpflichtige ins Heer einstellte, und daß die Bevölkerungsziffern aus den 90er Jahren für die Berechnung der Wehrpflichtigen von 1914 zugrunde gelegt werden müssen.

[3] Bei Deutschland und Frankreich ist hierbei eine Heranziehung der Bevölkerung zum Heeresdienst in Höhe von 15%, bei Österreich-Ungarn eine von 12%, bei Rußland von 10% als möglich angenommen worden.

[4] Ohne die schwarzen Franzosen.

[5] Parlamentarischer Untersuchungsausschuß, 1. Unterausschuß.

[6] Irrtum, da das russische Heer weit stärker war als das deutsche. Vgl. oben.

Deutschen Reiches, sondern auch für das nackte Leben und die Unabhängigkeit des deutschen Volkes selbst, da Deutschland nun einmal umgeben ist von anderen Nationen, deren jede ein Heer besitzt ungefähr ebenso stark wie das deutsche selbst. Wir vergessen, daß, während wir für den Schutz unserer eigenen Küsten auf einer 60prozentigen Überlegenheit unserer Seestreitkräfte gegenüber Deutschland bestehen, Deutschland nichts, was solcher Überlegenheit nahekommt, Frankreich gegenüber besitzt und außerdem an seiner Ostgrenze mit Rußland zu rechnen hat. Deutschland hat nichts, was einem „Zweimächtestandard" ähnlich sieht. Deutschland ist deshalb durch gewisse neuere Ereignisse beunruhigt worden und daher im Begriff, hohe Summen für die Verstärkung seiner militärischen Machtmittel aufzuwenden.

General Buat, im Kriege Chef der 2. Abteilung des französischen Generalstabs und 1922 Sachverständiger auf der Konferenz in Washington, über die deutschen und die französischen Rüstungen.[1] Es ist nicht nur unrichtig zu sagen, daß Deutschland 1914 die größtmögliche Gesamtanstrengung gemacht hat, deren es fähig war, sondern es ist überhaupt falsch, zu behaupten, daß Deutschland in Ausnutzung der Reserven so weit gegangen sei wie Frankreich. . . . An Zahl der großen Einheiten (ist) Frankreich für sich allein auch ohne die englische und belgische Hilfe seinem furchtbaren Gegner zum mindesten gleich, wenn nicht überlegen gewesen. . . . Der deutsche Generalstab hat es nicht verstanden, die beträchtliche Überlegenheit auszunützen, die durch die Höhe der jährlichen Kontingente von Wehrpflichtigen gegeben war. Wenn er mehr Voraussicht besessen hätte, würde er 600 000 Mann mehr in Divisionen haben formieren können als in Wirklichkeit. Mit einem solchen Zuwachs an großen Einheiten wäre er in der Lage gewesen, ohne Schwierigkeit die Umfassung des französisch-englischen Flügels bis zu den Küsten der Nordsee und des Kanals auszudehnen. Damit wären die England zunächst liegenden Flottenstützpunkte besetzt und Großbritannien selbst direkt bedroht worden. Obendrein wäre eine Schlacht an der Marne niemals möglich gewesen.

3. Zur ersten Haager Friedenskonferenz von 1899.

Der französische Außenminister Delcassé zu dem deutschen Botschafter in Paris, Grafen Münster, am 21. August 1899.[2] Wir haben auf dieser Konferenz ganz dasselbe Interesse wie Sie. Sie wollen Ihre Wehrkraft in diesem Augenblick nicht einschränken, wollen auf Abrüstungsvorschläge nicht eingehen; wir sind ganz in derselben Lage. Wir können uns auf

---

[1] General Buat, L'armée allemande pendant la guerre de 1914–1918.

[2] Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914. Bd. XV. Auf der Konferenz gingen der deutsche und der französische Vertreter weithin gemeinsam vor.

nichts einlassen, was unsere beiderseitige Wehrkraft schwächen könnte.... Konzessionen hinsichtlich Arbitrage[1] dürfen keinesfalls die völlige Unabhängigkeit der großen Staaten beschränken.

Der russische Minister Graf Witte über die wahren Beweggründe der Friedensbotschaft des Zaren.[2] Auf jeden Fall zeigten wir selbst, daß unser Gerede über Abrüstung und Frieden nur hohle Phrase war.

Der deutsche Reichskanzler Fürst Hohenlohe in einer allgemeinen Instruktion über Deutschlands Haltung auf der Konferenz.[3] Ich glaube übrigens, daß sowohl der Gedanke eines internationalen Schiedsgerichts als auch andere Anregungen, die auf der Konferenz zur Sprache kommen werden, außer uns eine genügende Anzahl Gegner finden werden, um uns zu erlauben, die Bekämpfung dieses oder jenes Vorschlags andern zu überlassen. Ich brauche kaum zu betonen, daß, wo eine solche Bekämpfung von anderer Seite wirksam genug erscheint, es für uns erwünscht sein kann, gelegentliche Zurückhaltung zu üben und dadurch den Schein einer prinzipiellen Gegnerschaft, insbesondere gegenüber den von Rußland ausgehenden Anregungen zu vermeiden.[4]

Der Geschichtschreiber Heinrich Friedjung über den Geist der ersten Haager Friedenskonferenz.[5] Auf der Haager Konferenz hüllten sich die erobernden Weltmächte in das Gewand der Friedfertigkeit. Gerede und Getue auf dieser Versammlung bildete den Schleier, hinter welchem die Vorstöße Rußlands gegen die Mandschurei, Korea und Tibet in die Wege geleitet wurden, Amerika sich in den Besitz Kubas und der Philippinen setzte, England den Angriff auf die Buren vorbereitete.

4. Zur zweiten Haager Friedenskonferenz von 1907.

Der englische Ministerpräsident Campbell-Bannermann über Englands Haltung gegenüber der Abrüstung zur See.[6] Die Seemacht Englands enthält keine Drohung gegen einen anderen Staat oder eine andere Staatengruppe. Ich bin überzeugt, daß in der ganzen Welt unsere Seemacht als „nicht aggressiv" anerkannt wird und als frei von Absichten gegen die Unabhängigkeit, wirtschaftliche Freiheit und berechtigte Entwicklung anderer Staaten, und daß es daher ein Irrtum ist zu glauben, die

---

[1] Schiedsgericht.

[2] Nach den Memoiren des Grafen Witte beabsichtigte Rußland durch den Friedenskonferenzvorschlag die starke Vermehrung der österreichischen Artillerie, die damals vorbereitet wurde, zu verhindern, weil Rußland damals zu einre ähnlichen Maßnahme vorläufig die Mittel fehlten.

[3] Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914. Bd. XV.

[4] In der Tat stimmten außer Rußland alle übrigen Mächte gegen die Rüstungsbeschränkung, um so mehr als Rußland unter Kolonialtruppen, die nach seinen Anträgen von den Rüstungsbeschränkungen ausgenommen sein sollten, auch seine asiatischen Truppen verstand. Doch kam durch das einstimmige Votum aller Mächte einschließlich Deutschlands der ständige Schiedsgerichtshof im Haag zustande.

[5] H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914, Bd. I.

[6] In der englischen Zeitschrift "Nation" vom 1. März 1907.

anderen Seemächte könnten geneigt sein, unsere Stellung als ein Hindernis gegen einen Vorschlag anzusehen, den Rüstungen Einhalt zu tun oder einen zeitweiligen Waffenstillstand einzugehen. Die Wahrheit scheint mir in der entgegengesetzten Richtung zu liegen. Unser bekanntes Festhalten an den beiden Grundprinzipien der Unabhängigkeit der Nationen und der Freiheit des Handels berechtigt uns zu erklären, daß, wenn auch unsere Flotten unverwundbar sind, sie keine Drohung über die Weltmeere tragen, sondern die Botschaft des herzlichsten guten Willens, der sich gründet auf den Glauben an die Interessengemeinschaft zwischen den Nationen.[1]

Die französische offiziöse Zeitung „Temps" über Frankreichs Stellung gegenüber der Abrüstungsfrage.[2] Diejenigen, die bedauern, daß die Konferenz diese Frage[3] nicht gründlich erörtern wird, mögen sich daran erinnern, daß 1899 die russischen Vorschläge gleicher Art so viel Einwänden begegneten, daß nach wenigen Tagen nichts von ihnen übriggeblieben war. Wenn die Konferenz den Gegenstand wieder aufgegriffen hätte, so würde es ihr ebensowenig wie vor acht Jahren gelungen sein, das System der nationalen Verteidigung zu regeln, das in jedem Lande nach verschiedenen Gesichtspunkten organisiert ist.[4]

Der deutsche Delegierte auf der Friedenskonferenz, Freiherr Marschall v. Bieberstein, in einer Rede vor der Konferenz über die Frage des Schiedsgerichtsverfahrens.[5] ... Deutschland hat auf der Basis des Einzelsystems obligatorische Schiedsgerichtsverträge allgemeinen und besonderen Charakters geschlossen, und es wird auf dieser Basis fortfahren. Die heutige Abstimmung handelt also nicht um die Einführung überhaupt, sondern sie hat den Sinn: Soll man sich an das Einzelsystem halten, das schon Probe abgelegt hat, oder soll man das Weltsystem einführen, dessen Lebensfähigkeit noch nicht erprobt ist? Ich werde gegen das letztere stimmen aus den Gründen, die ich oben dargelegt habe, und noch aus einer anderen Erwägung. Die großen Ideen, die bestimmt sind, die Welt zu beherrschen, bahnen sich ihren Weg durch ihre eigene Kraft: sie gedeihen in der Sonne der individuellen Freiheit und ertragen kaum den Schatten der allgemeinen Prinzipien, der Listen und der Schemen. Dieser Gedanke ist, wie es scheint, in unserer Zeit altmodisch und überlebt. Aber die Erfahrung spricht zu seinen Gunsten.[6]

---

[1] Immerhin eine sonderbare Feststellung, daß die englische Flottenherrschaft den Frieden gewährleistet, während die Flotten der übrigen Nationen Kriegsinstrumente sein sollen. An dem „Zweimächtestandard" hielt England unbedingt fest.

[2] Temps vom 21. Juli 1907. [3] Die Rüstungsfrage.

[4] In der Tat wurde die Abrüstungsfrage durch eine ganz nichtssagende Resolution erledigt, ohne daß Deutschland irgendwie besonders hervorgetreten wäre.

[5] A. H. Fried, Die zweite Haager Konferenz, ihre Arbeiten, ihre Ergebnisse und ihre Bedeutung. Leipzig 1908.

[6] 32 Staaten stimmten für den obligatorischen Charakter eines zu schaffenden Weltschiedsgerichtshofes, dessen Kompetenzen übrigens sehr beschränkt sein sollten,

V. Die Politik der europäischen Großmächte vor dem Weltkriege.

1. Deutschlands Verständigunspolitik.

Aus einem Immedialbericht des Fürsten Bismarck an Kaiser Friedrich vom 3. April 1888 über Deutschlands Beziehungen zu Rußland und Frankreich.[1] ... Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches ist seit dem Frieden mit Frankreich vorwiegend auf die Erhaltung des Friedens und auf die Verhütung antideutscher Koalitionen gerichtet gewesen. Der Brennpunkt dieser Politik liegt in Rußland und in der Aufgabe, dem Kaiser Alexander persönlich das Vertrauen zur deutschen Politik zu gewähren und zu erhalten, dessen Seine Russische Majestät bedarf, um den kriegerischen Velleitäten seiner Untertanen dauernden Widerstand zu leisten. Nachdem wir Österreich und Frankreich bekämpft hatten, lag in den Händen des Kaisers von Rußland, der willkürlich darüber bestimmt, ob eine Macht von 100 Millionen Menschen Deutschlands Freund oder Feind ist, die Möglichkeit, sich mit den beiden von uns geschlagenen Gegnern zu verbinden. Diese Möglichkeit ist durch den Bündnisvertrag mit Österreich eingeschränkt. Immer aber ist ein Krieg, den wir mit Rußland und Frankreich gleichzeitig zu führen hätten, auch wenn er siegreich bliebe, eine der größten Kalamitäten, welche über das deutsche Volk hereinbrechen können. Der Beistand Österreichs, auf welchen wir dabei rechnen, ist nicht so stark, wie er sein könnte, und kann unter Umständen, wenn in Italien Wechsel der Majoritäten und Regierungen stattfinden, durch einen Umschwung der italienischen Politik noch sehr vermindert werden, so daß wir gegen einen Anfall beider Nachbarn in der Hauptsache auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein würden. Ob wir Gefahr laufen, mit beiden gleichzeitig in Krieg zu geraten, darüber liegt wieder die Entscheidung ausschließlich beim Kaiser Alexander. Wir können mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß Frankreich, solange ihm Rußland nicht beisteht, uns in Ruhe läßt oder von uns wiederum geschlagen wird. *Kann aber Frankreich auf russischen Beistand rechnen, so haben wir den Krieg mit beiden Mächten gleichzeitig in ganz sicherer Aussicht. Die Politik des hochseligen Kaisers Wilhelm hat es daher als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, den Frieden mit Rußland zu sichern....*[2] Durch jeden Wechsel in unserer Politik kann

3 Staaten (Italien, Japan, Luxemburg) enthielten sich der Stimme, 8 Staaten (Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Bulgarien, Griechenland, Montenegro, Rumänien, Schweiz, Türkei) stimmten dagegen. Infolge des Einspruches dieser 8 Mächte blieb die zweite Haager Friedenskonferenz auch in der Schiedsgerichtsfrage ohne jedes Ergebnis.

[1] Die große Politik VI Nr. 1331.

[2] Über Bismarcks Bündnispolitik vgl. bes. D. O. Becker, Bismarck und die Einkreisung Deutschlands, Bd. I—III.

eine Wendung nach der Seite des Krieges hin in der politischen Lage herbeigeführt werden, deren weitere Entwicklung durch diplomatische Mittel nicht immer mit Sicherheit gehemmt werden kann. Es wäre ein großes Unglück für Deutschland nicht nur, sondern für alle friedliebenden Nationen in Europa, wenn lediglich durch einen Mißgriff in der diplomatischen Behandlung unserer Beziehungen zum Kaiser Alexander[1] eine so verhängnisvolle Wendung, eine Zerstörung aller bisher erreichten diplomatischen Erfolge herbeigeführt werden sollte.... Das friedliche Beieinanderwohnen der großen europäischen Mächte ist überhaupt nur dadurch möglich, daß ihre Regierungen und ihre Dynastien auf die Bedürfnisse nicht nur, sondern auf die Neigungen und Wünsche der Nachbarvölker und der Souveräne derselben sorgfältig Rücksicht nehmen und Motiven zu Verstimmungen rechtzeitig vorbeugen, solange es noch mit Ehren möglich ist.... Ich glaube danach, Euerer Majestät ehrfurchtsvoll empfehlen zu dürfen, aus Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche die Pflege des Friedens ohnehin bietet, aus Rücksicht auf die Ausdehnung des Krieges, im Falle die Erhaltung des Friedens mißlingt, und auf den gänzlichen Mangel an politischem und nationalem Interesse Deutschlands an einem Kriege mit Rußland und Frankreich den Anstoß, welche jede irgendwie geartete Annäherung an den früheren Fürsten von Bulgarien zu einer kriegerischen Entwicklung geben könnte, mit landesväterlicher Sorgsamkeit zu vermeiden.

Der belgische Gesandte in London, Baron Solvyns, an den belgischen Außenminister am 1. August 1891 und am 3. Dezember 1893 über Dreibund und französisch-russisches Bündnis.[2] ... Der Dreibund ist von Natur eine untätige Vereinigung in dem Sinne, daß er sich auf die Defensive beschränkt und sich sorgsam vor gewagten Unternehmungen hütet. Das französisch-russische Bündnis hat einen ganz anderen Charakter, es wird sich nicht darauf beschränken, ein Gegengewicht gegen das andere zu bilden; denn wenn es die Hoffnungen nicht enttäuschen will, die es hat entstehen lassen, muß es aggressiv sein....

... Der Dreibund, der zu einem defensiven Zweck und zur Aufrechterhaltung des Friedens geschlossen wurde, ist daran, sich aufzulösen. Der franko-russische Zweibund dagegen mit seinen freimütig aggressiven Tendenzen dagegen kräftigt sich von Tag zu Tag und wird immer bedrohlicher....

---

[1] Der Bericht Bismarcks war dadurch veranlaßt worden, daß bei Hofe ein Heiratsprojekt des Prinzen Alexander v. Battenberg, des Exfürsten von Bulgarien, der eine stark russenfeindliche Politik betrieben hatte, mit der Prinzessin Viktoria v. Preußen begünstigt wurde. Für den Fall, daß dieses Projekt zustande käme, stellte Bismarck seine Demission in Aussicht. Jedoch folgte Kaiser Friedrich Bismarcks Rat.

[2] B. Schwertfeger, Zur europäischen Politik (Sammlung der belgischen diplomatischen Zirkularnoten), Bd. V. Über den Dreibund und das französisch-russische Bündnis vgl. Heft I 16/17.

Der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, an den belgischen Außenminister am 23. September 1905 über Dreibund und Tripleentente.[1] ... Der von Deutschland geleitete Dreibund hat uns dreißig Friedensjahre in Europa geschenkt. Jetzt ist er durch den Zustand der Auflösung geschwächt, in dem sich Österreich-Ungarn befindet. Die neue französisch-englisch-russische Tripleentente würde kein Ersatz sein, sondern im Gegenteil eine Ursache dauernder Beunruhigung. Dieses Gefühl ist hier so stark ausgeprägt, daß der Kaiser einen Angriff des mit England verbündeten Frankreich für nahe bevorstehend hielt, als man im Anfang vorigen Jahres erfuhr, zwischen Paris und London werde eifrig verhandelt, ohne daß aber der Gegenstand der Verhandlungen näher bekannt war.[2] Trotz der sehr großen Schwierigkeiten ist die Möglichkeit einer Annäherung zwischen London und Petersburg nicht mehr ausgeschlossen. Die Entente zwischen Frankreich und England war noch unwahrscheinlicher, und trotzdem ist sie zustande gekommen. Sie ist von beiden Völkern sanktioniert worden, da in ihr der gemeinsame Haß gegen Deutschland zum Ausdruck kommt. Ebenso haßt der Russe den Deutschen, weil Deutschland das Nachbarland ist, das zum Vergleich reizt und dessen überlegene Zivilisation seinen Barbarenstolz demütigt....

Der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, an den belgischen Außenminister am 30. Mai 1908 über die Revaler Zusammenkunft zwischen dem Zaren und dem König von England.[3] Die herkömmlichen friedlichen Versicherungen, die zweifellos auch in Reval wiederholt werden dürften, bedeuten recht wenig im Munde dreier Mächte, die eben erst, wie Rußland und England, wenn auch mit verschiedenem Erfolg, nur in dem Bestreben, sich zu vergrößern, ja ohne plausiblen Vorwand die Eroberungskriege in der Mandschurei und in Transvaal geführt haben, oder die, wie Frankreich, gerade jetzt zur Eroberung Marokkos schreiten unter Nichtachtung feierlicher Versprechungen und ohne anderen Rechtstitel als die Übertragung der Rechte Englands, die dieses selbst nicht besaß. Es sind dieselben Mächte, die im Verein mit den Vereinigten Staaten, die kaum ihren Raubkrieg gegen Spanien hinter sich hatten, im Haag (1907) als Ultrapazifisten aufgetreten sind. Der Dreibund hat während 30 Jahren den Weltfrieden gesichert, weil er unter der Führung Deutschlands stand, das mit der politischen Gliederung Europas zufrieden war. Die neue Gruppierung bedroht ihn, weil sie aus Mächten besteht, die eine Revision des status quo anstreben, und zwar in so hohem Grade, daß sie Gefühle jahrhundertelangen Hasses

---

[1] Belgische Aktenstücke 1905—1914.

[2] Damals wurde über den französisch-englischen Afrikavertrag verhandelt, der am 8. April 1904 die französisch-englische Entente begründete. Vgl. Heft I 16/17.

[3] Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 56. Die Revaler Zusammenkunft vom 10. Juni 1908 bedeutete die Bekräftigung des am 31. August 1907 zwischen England und Rußland abgeschlossenen Asienvertrages. Vgl. Heft I 16/17.

zum Schweigen gebracht haben, um diesen Wunsch verwirklichen zu können.

Der belgische Gesandte in Berlin, Baron Beyens, an den belgischen Außenminister am 30. November 1912 über Deutschlands Rolle während der Balkankrisis 1912/13.[1] ... Der Erzherzog[2] hat in Berlin erklärt, daß die österreichisch-ungarische Monarchie an der Grenze der Zugeständnisse angelangt sei, die sie ihrem Nachbarn[3] machen könne. Der Kaiser und seine Ratgeber haben es trotzdem an Ratschlägen zur Mäßigung nicht fehlen lassen, die Wilhelm II., als er seinen Gast zur Bahn brachte, in der ihm eigentümlichen familiären Ausdrucksweise in folgende ausdrucksvolle Worte zusammenfaßt: „Vor allem keine Dummheiten!"... Wenige Tage nach der Abreise von Franz Ferdinand erschien in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" das Ihnen bekannte offiziöse Kommuniqué, das in der Wilhelmstraße abgefaßt und dazu bestimmt war, die Gemüter zu beruhigen, die durch die Nachricht von den militärischen Vorbereitungen Österreichs in Aufregung versetzt worden waren. Es besteht kein Zweifel, daß der Kaiser, der Kanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen[4] leidenschaftliche Anhänger des Friedens sind. Der Artikel der „Norddeutschen" hat am Wiener Hof eine gewisse Mißstimmung hervorgerufen. Der Erzherzog-Thronfolger erwartete am Tage nach seiner Abreise keine so bestimmte Erklärung von seiten Deutschlands und hat sich hierüber beschwert. Welches auch die Pläne sein mögen, die Herr v. Kiderlen-Wächter, der sich mit großen Gedanken trägt, im Sinne hat, um seinem Lande die Sympathien der jungen Balkanmächte zu gewinnen, eines ist ganz sicher, nämlich, daß er fest entschlossen ist, einen europäischen Brand zu vermeiden.... Österreich dazu zu bringen, sich versöhnlicher zu zeigen, was, wie man hier glaubt, der Kaiserlichen Regierung gelungen ist, würde allein nicht genügen, um den Konflikt zu verhindern. Es muß auch noch der hartnäckige Widerstand gebrochen werden, den Serbien der Verminderung seiner Ansprüche entgegensetzt. Ende der vorigen Woche lief in den Kanzleien Europas das Gerücht um, daß Herr Sasonow[5] den Kampf gegen die Hofpartei aufgegeben hat, die Rußland in einen Krieg treiben will, wiewohl der Boden des russischen Reiches durch die Revolution unterminiert und seine militärischen Vorbereitungen noch ungenügend sind. Aber seit zwei Tagen, namentlich seitdem der Zar den österreichisch-ungarischen Botschafter in besonderer Audienz empfangen hat, ist auf die Beunruhigung der letzten Woche ein Gefühl des Vertrauens gefolgt.[6] ...

---

[1] Belgische Aktenstücke 1905—1914. Über die Balkankriege von 1912/13 vgl. Heft I 16/17. [2] Franz Ferdinand, österreichischer Thronfolger. [3] Rußland. [4] v. Kiderlen-Wächter. [5] Russischer Außenminister.

[6] Bald darauf trat die Londoner Botschafterkonferenz zusammen, die den Frieden zwischen dem Balkanbund und der Türkei vom 30. Mai 1913 vermittelte, der aber sofort wieder durch den gemeinsamen Angriff aller Balkanstaaten auf Bulgarien gebrochen wurde.

Der belgische Gesandte in Paris, Guillaume, an den belgischen Außenminister im Juni 1914 über die Kriegsgefahr in Europa.[1] Frankreich und Rußland spielen in diesem Augenblick ein wahrhaft gefährliches Spiel. Sie spornen sich gegenseitig auf dem Wege höchstgesteigerter Rüstungen an und geben sich — vor allem Rußland — einem Bluff hin, der die verhängnisvollsten Folgen haben könnte. Poincaré hat als Ministerpräsident eine Reise nach Petersburg unternommen[2] und zweifellos Anstrengungen gemacht, um Rußland auf diesem Wege höchstgesteigerter Rüstungen[3] vorzutreiben. Er entsandte dorthin Delcassé[4] zu demselben Zwecke und wird selbst in einigen Wochen sich erneut dahin begeben.[5] Niemand zweifelt heute noch an der Friedensliebe Kaiser Wilhelms. Wie lange wird man noch auf diese Geistesverfassung bauen können angesichts der drohenden Haltung Frankreichs und Rußlands und deren Rückwirkung auf die chauvinistischen und militärischen Geister des Deutschen Reiches?

2. Österreichs südslawische Politik.

Aus einem Gespräch vom 5. Dezember 1908 zwischen dem österreichischen Generalstabschef Conrad v. Hötzendorf mit dem russischen Militärattaché Oberst Martschenko aus Anlaß der bosnischen Annexionskrise.[6] Baron Conrad: Die Wurzel der Annexion liegt in der überraschenden jungtürkischen Umwälzung; wir waren gerade so überrascht wie die übrige Diplomatie. Bei der Gelegenheit ist auch zum Ausdruck gekommen, daß, vom Auslande unterstützt, in Bosnien-Herzegowina eine Bewegung im Zuge war, die auf Losreißung dieser Provinzen abgezielt hat. Dadurch war die Monarchie in die Zwangslage versetzt, als Akt der Notwehr sofort die Annexion auszusprechen. Die Monarchie hat in diesem Akt nichts Besonderes gesehen, sondern nur eine Formalität, weil uns ja dieser Besitz im Berliner Vertrag[7] zugesprochen war und wir ihn tatsächlich ausgeübt haben, daher nur behalten, was wir ohnehin gehabt. Überdies ist ein Zeichen unserer gar nicht aggressiven Tendenzen die Zurückziehung der Besatzungen aus dem Sandschak.[8] Wir waren im höchsten Grade erstaunt, daß uns diese einfache Sache die Feindschaft sämtlicher Großmächte eingetragen hat, daß sogar Serbien und Monte-

---

[1] B. Schwertfeger, Zur europäischen Politik, Bd. III/IV. [2] August 1912.
[3] Kurz vorher hatte Frankreich das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit durchgeführt.
[4] Der eben zum Präsidenten Frankreichs gewählte Poincaré schickte an Stelle des Friedensfreundes Georges Louis am 20. Febr. 1913 den als Revanchepolitiker bekannten Théophile Delcassé als französischen Botschafter nach Petersburg.
[5] Der Besuch des Präsidenten Poincaré in Petersburg erfolgte am 20. bis 24. Juli 1914.
[6] Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit 1906—18, Wien 1921, Bd. I. Über die bosnische Krise vgl. Heft I 16/17, S. 39f.
[7] Von 1878. [8] Novibasar.

negro geradezu unterstützt wurden in ihren Feindseligkeiten gegen die Monarchie. Ob Krieg wird oder Frieden bleibt, weiß ich nicht. Ich kann nur sagen, daß dies in den Händen der Mächte liegt und nicht in unsern. . . .

Aus einer Denkschrift des österreichischen Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf an Kaiser Franz Joseph vom 20. Januar 1913.[1] . . . Die Entwicklung eines selbständigen großserbischen Staates ist eine eminente Gefahr für die Monarchie; sie liegt darin, daß 1. die Slawen der Monarchie, insbesondere die Südslawen, ihren Hort in diesem neuen von Rußland unterstützten Staatswesen suchen, daß vor allem die Serben der Monarchie ihre Angliederung an dasselbe erstreben werden; damit droht der Monarchie der Verlust der wichtigsten Gebiete für ihre Großmachtstellung und ihr wirtschaftliches Gedeihen, darunter besonders der Verlust des Küstenbesitzes und damit jener ihrer maritimen Geltung; daß 2. das selbständige Serbien im Verein mit Montenegro eine nennenswerte Militärmacht repräsentiert, welche sich bei jeder Komplikation der Monarchie in den Dienst der Feinde der letzteren stellen und entweder namhafte militärische Kräfte binden oder große Mißerfolge in den südslawischen Gebieten nach sich ziehen wird; daß 3. das aufgeflackerte Prestige des Serbentums der Monarchie einen empfindlichen moralischen Schlag versetzt hat, welcher den Bündniswert der Monarchie, dann ihre politische und wirtschaftliche Bewertung stark herabgedrückt hat . . .; daß 4. dieser Prestigeverlust von nachteiligster Wirkung auf alle Patrioten, insbesondere auf den Geist der Armee und deren pflichttreues, arbeitsfreudiges Offizierkorps ist. . . . Eingekeilt zwischen Rußland, dann einem mächtig gewordenen Serbien und Montenegro und einem auf die Dauer kaum verläßlichen Italien, wird die Monarchie zur politischen Ohnmacht und damit zum sicheren Niedergang verurteilt sein. Dies zu vermeiden, muß also der Kern des Übels erfaßt werden, d. h. die Monarchie muß durch eine militärische Kraftäußerung ihr Prestige, besser gesagt ihre politische Geltung wiederherstellen. Am wirksamsten wäre dies der Fall, wenn es gelänge, in einem Krieg gegen Rußland Sieger zu sein. Mit dieser rationellsten Lösung wären auch alle anderen Fragen, darunter speziell auch die serbische gelöst. Wenn Deutschland nur etwas in die Zukunft blicken wollte, so müßte es zu analogen Schlüssen kommen; denn sein Fiasko in der Orientpolitik kann ihm kaum entgehen, ebensowenig wie die Umklammerung, welche ihm in der Zukunft droht, wenn nach Niedergang der Türkei die durch die Balkanstaaten verstärkte Tripleentente sich gegen den Dreibund wendet. Es ist also für Deutschland nur von Vorteil, wenn die Kraftprobe zwischen Dreibund und Tripleentente möglichst bald zum Austrag kommt. Scheut es aber den ersten Schritt hierzu, will es diesen Krieg möglichst vermeiden, muß also die Monarchie zunächst mit einer anderen Lösung rechnen, so kann

---

[1] Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit 1906—18, Bd. III.

diese nur der Krieg gegen Serbien sein, um diese Macht zu zertrümmern.... Die Chancen für diesen Krieg nehmen mit jedem längeren Hinausschieben ab — er wäre daher im heurigen Frühjahr auszutragen und müßte die Politik schon jetzt auf dieses Ziel gerichtet sein, ohne sich von dem scheinheiligen Nachgeben Serbiens beeinflussen zu lassen....

Das vorgeschlagene Vorgehen fand aber nicht die Billigung des Kaisers Franz Joseph und der österreichischen Politik.

Aus einer für Kaiser Wilhelm II. bestimmten Denkschrift des österreichisch-ungarischen Außenministers Grafen Berchthold von Ende Juni 1914.[1] ... Der militärische Wert des Bündnisses mit Rumänien bestand für die Monarchie darin, daß sie im Konfliktsfalle mit Rußland gegen dieses von der rumänischen Seite her militärisch freie Hand gehabt hätte, während ein ansehnlicher Teil der russischen Heeresmacht durch den Angriff der flankierenden rumänischen Armee gebunden worden wäre. Das heutige Verhältnis Rumäniens zur Monarchie hätte jedoch, würde jetzt zwischen ihr und Rußland ein bewaffneter Konflikt ausbrechen, so ziemlich das Gegenteil zur Folge. Rußland hätte nun auf keinen Fall einen Angriff Rumäniens zu befürchten und würde gegen Rumänien kaum einen Mann aufstellen müssen, während Österreich-Ungarn der rumänischen Neutralität nicht ganz sicher und deshalb gezwungen wäre, ein entsprechendes Aufgebot an Truppen gegen das jetzt an seiner Flanke befindliche Rumänien zurückzubehalten.... Weiteres Zuwarten und namentlich das Unterbleiben einer Gegenaktion in Sofia würde den intensiven und planmäßigen Bestrebungen Rußlands und Frankreichs vollkommen freies Spiel lassen. Die Haltung Rumäniens drängt die Monarchie geradezu mit Notwendigkeit dahin, Bulgarien jene Anlehnung, die es seit langem sucht, zu gewähren, um den sonst kaum abzuwendenden Erfolg der russischen Einkreisungspolitik zu vereiteln. Dies muß aber eben geschehen, solange der Weg nach Sofia und auch nach Konstantinopel noch offen steht. Der Vertrag mit Bulgarien wird im allgemeinen natürlich so abzufassen sein, daß er die Monarchie nicht in Widerstreit mit ihren vertragsmäßigen Verpflichtungen Rumänien gegenüber zu bringen vermag....

3. Die Ziele der russischen Außenpolitik.

a) Die Eroberung Konstantinopels und der Meerengen.

Aus dem Protokoll der russischen Ministerkonferenz vom 21. Januar 1908 über die Verhältnisse in der kleinasiatischen Türkei und auf der Balkanhalbinsel.[2] ... Im nahen Osten können sich jederzeit solche Ereignisse zutragen, die abzuwenden nicht in unserer Macht steht. Die historische Aufgabe Rußlands im türkischen Osten und die Traditionen

---

[1] Bei Dr. Roderich Gooß, Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges, Wien 1919.

[2] M. Pokrowski, Drei Konferenzen, zur Vorgeschichte des Krieges, 1920.

unserer Vergangenheit würden Rußland im Falle solcher Komplikationen in eine besonders schwierige Lage versetzen. Wollte Rußland sich ihnen gegenüber indifferent verhalten, so riskiert es, auf einmal die Früchte jahrhundertelanger Bemühungen zu verlieren, die Rolle einer Großmacht ausgespielt zu haben und die Stellung eines Staates von sekundärer Bedeutung einnehmen zu müssen, auf den niemand hört.... Der Vorgänger des Hofmeisters Iswolski, Graf Lamsdorf[1], trieb gegenüber den Balkanangelegenheiten eine defensive Politik; er war bemüht, Bulgarien zurückzuhalten und trat gleichzeitig für eine Verständigung mit Österreich ein. Eine solche Politik trägt einen rein negativen Charakter. Sie ist nicht imstande, zu einer vom Standpunkt der russischen historischen Interessen günstigen Lösung der Balkanfragen zu führen. Jedenfalls ist das nicht die Politik ernstlicher Erfolge auf dem Wege zu den von uns verfolgten Zielen. In der letzten Zeit hat diese Politik eine ernste Erschütterung erfahren.... Deutschland hat stets die Pforte zum Widerstand gereizt. Österreich-Ungarn, das eben erst zur Verfechtung seiner eigensüchtigen Interessen hervortritt, kann im letzten Augenblick sich mit der Türkei solidarisch erklären. Auf Frankreich und Italien ist schwer zu rechnen.... Aus dieser schwierigen Situation einen Ausweg zu finden, ist nicht leicht. Man könnte ihn unter gewissen Umständen in einer engen Annäherung an England finden. Der englische Gesandte in Petersburg hat bereits in seinen Gesprächen mit dem Hofmeister Iswolski Andeutungen gemacht auf eine solche politische Kombination unter Hinweis auf die Gemeinsamkeit der Interessen beider Staaten im Nahen Osten. In der Tat ließen sich leicht gemeinsame militärische Maßnahmen der beiden Länder in der Türkei kombinieren. Der Außenminister muß zugeben, daß eine solche Politik eine äußerst verlockende Aussicht bietet, und er würde sie unter günstigen Verhältnissen empfehlen, da sie zu glänzenden Ergebnissen führen und die Verwirklichung der historischen Aufgaben Rußlands im Nahen Osten fördern könnte. Eine solche Politik könnte eine erneute Aufrollung der ganzen türkischen Frage zur Folge haben....

Der russisch-englische Asienvertrag vom 31. August 1907 hatte bereits die Reibungsflächen beider Großmächte in Asien beseitigt. Im Juni 1908 wurde die russisch-englische Entente durch die Zusammenkunft des englischen Königs mit dem Zaren in Reval bekräftigt.

Aus einer Denkschrift des russischen Außenministers Sasonow an den Zaren vom 8. Dezember 1913.[2] ... Nach den beim Außenministerium eingelaufenen Nachrichten müssen wir zu dem Schluß kommen, daß in den Jahren 1914—1916 die türkische Kriegsflotte im Schwarzen Meer der unsrigen an Güte der Schiffe und Stärke ihrer Artillerie überlegen sein wird.... Es ist nicht nötig, besonders zu betonen, daß eine solche

[1] Als russischer Außenminister, bis Mai 1906.

[2] Fr. Stieve, Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, Berlin 1924, Bd. III.

Lage nicht als erträglich angesehen werden kann.... Ich wiederhole meinen weiter oben ausgesprochenen Wunsch, daß der status quo möglichst lange unverändert bleibe. Ferner muß ich wiederholen, daß die Meerengenfrage schwerlich anders als auf dem Wege über europäische Verwicklungen einen Schritt vorwärtskommen kann. Diese Verwicklungen würden uns, nach den gegenwärtigen Verhältnissen zu urteilen, im Bunde mit Frankreich und möglicherweise, aber nicht ganz sicher, auch mit England finden oder mindestens gegenüber einer wohlwollenden Neutralität des letzteren. Im Falle von europäischen Verwicklungen würden wir auf dem Balkan auf Serbien und vielleicht auch auf Rumänien zählen können....

Aus dem Journal der Sonderkonferenz des russischen Ministerrats vom 8. Februar 1914.[1] ... Außenminister Sasonow spricht die feste Überzeugung aus, daß, sollten infolge der Ereignisse die Meerengen der Macht der Türkei entgleiten, Rußland es nicht zulassen könne, daß sich an deren Ufern irgendeine andere Macht festsetzt. Rußland könne daher gezwungen sein, von ihnen Besitz zu ergreifen, um dann in dieser oder jener Form eine seinen Interessen entsprechende Ordnung der Dinge am Bosporus und an den Dardanellen zu schaffen. Der Minister bemerkt, daß der Erfolg dieser Operation in hohem Maße von der Schnelligkeit ihrer Ausführung abhängt und verweist auf die Notwendigkeit, für die Lösung dieser Aufgabe neben der Tätigkeit der Seestreitkräfte auch noch eine Operation von Landungstruppen vorzusehen.... Auf die Frage, ob wir in einem solchen Falle auf eine Unterstützung Serbiens rechnen können, antwortet Sasonow, daß man nicht annehmen könnte, daß unsere Operationen gegen die Meerengen ohne einen allgemeinen europäischen Krieg erfolgen würden, und daß anzunehmen wäre, daß unter solchen Umständen Serbien alle seine Kräfte gegen Österreich-Ungarn richten würde.... Auf die Frage unserer etwaigen Gegner an den Meerengen zurückkommend, weist Sasonow darauf hin, daß Deutschland und Österreich im Falle unseres Zusammenstoßes mit dem Dreibunde keinerlei Truppen in der Richtung nach den Meerengen entsenden würden.... Unter Berufung auf die Äußerungen des Außenministers über die allgemeine Situation, in der eine Entscheidung der Meerengenfrage erwartet werden könnte, gibt der Chef des Generalstabes der Überzeugung Ausdruck, daß der Kampf um Konstantinopel kaum ohne einen allgemeinen europäischen Krieg möglich wäre. Er hält es daher für seine Pflicht zu betonen, daß die Entsendung von Truppen für eine Expedition gegen die Meerengen und selbst die Möglichkeit einer solchen Operation von der allgemeinen Konjunktur zu Anfang des Krieges abhängen würde.... Nach Abschluß der Übersicht über die wichtigsten Fragen, die durch die Notwendigkeit einer planmäßigen Vorbereitung für

[1] Bei M. Pokrowski, Drei Konferenzen, S. 46f., und Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, Berlin 1924.

eine möglicherweise in Kürze erforderliche Besitzergreifung der Meerengen durchaus akut geworden ist, spricht die Konferenz auf Antrag des Außenministers den allgemeinen Wunsch aus, die Regierung möchte durch sämtliche zuständigen Behörden alle Maßnahmen ergreifen lassen, die für die technische Ausführung dieser Aufgabe erforderlich sind. . . .

Auf dem Original[1] haben S. M. der Zar geruht, eigenhändig die Worte zu setzen: Ich billige durchaus die Beschlüsse der Konferenz.

b) Das Protektorat über die Südslawen.

Aus einem Bericht des serbischen Gesandten in Petersburg vom 17. Februar 1912.[2] . . . Wie beabsichtigt war, wurden dem König Nikita[3] hier energische Ratschläge erteilt, sich ruhig zu verhalten und sich nicht in irgendwelche Abenteuer einzulassen. Der König versprach, den Rat zu befolgen und gab die Versicherung, nichts gegen die Interessen Rußlands zu tun. Er sagte Herrn Sasonow,[4] er stehe Rußland wie der Soldat seinem Vorgesetzten gegenüber und wiederholte einige Male auf russisch das Wort „Verstanden". Ich bin, sagte er, in Montenegro König, aber Rußland gegenüber der Vollstrecker von dessen Anordnungen.

Aus der Geheimanlage zum Bulgarisch-Serbischen Vertrage vom 29. Februar 1912.[5] Wenn in der Türkei innere Unruhen ausbrechen sollten, welche die staatlichen und nationalen Interessen beider vertragschließenden Parteien oder einer von ihnen bedrohen, und in dem Falle, daß infolge des Eintretens von inneren oder äußeren Schwierigkeiten in der Türkei der status quo auf der Balkanhalbinsel erschüttert sein sollte, wendet sich die vertragschließende Partei, die als erste von der Notwendigkeit des bewaffneten Eingreifens überzeugt ist, in einem motivierten Vorschlag an die andere Partei, die ihrerseits verpflichtet ist, sofort in Meinungsaustausch zu treten und im Falle der Uneinigkeit mit der anderen verbündeten Partei letzterer ausführliche Antwort zu geben. Wenn eine Einigung über ein bewaffnetes Vorgehen zustande kommen sollte, so ist Rußland davon zu benachrichtigen, und wenn letzteres keine Hindernisse in den Weg legt, so schreiten die Verbündeten zu den verabredeten kriegerischen Operationen, wobei sie sich in allem vom Gefühl der Solidarität leiten lassen und die beiderseitigen Interessen wahren. Im entgegengesetzten Falle, d. h. wenn eine Einigung nicht zustande kommen sollte, wird die Frage Rußland zur Begutachtung vorgelegt. Die Entscheidung Rußlands ist für beide vertragschließenden Parteien verbindlich. . . .

Aus einem Briefe des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten v. Hartwig in Belgrad vom 6. Mai 1913.[6] . . . Ich

---

[1] Des Aktenstückes. [2] Bei M. Boghitschewitsch, Kriegsursachen, Zürich 1919.
[3] Von Montenegro. [4] Russischer Außenminister.
[5] Bei M. Boghitschewitsch, Kriegsursachen, Zürich 1919; auch im deutschen Weißbuch von 1919. [6] Im deutschen Weißbuch von 1919.

kann Ihnen nicht sagen, wie sehr mich die Frage der serbisch-bulgarischen Beziehungen beunruhigt. . . . Ich fürchte sehr das Umsichgreifen der Enttäuschung bei den Serben über das Ergebnis ihrer jüngsten heroischen Anstrengungen. Bei diesem uns von allen Slawenvölkern sympathischsten Volke bildet sich anscheinend die Meinung heraus, daß es vom Schicksal verfolgt sei, daß sich Rußland ihm gegenüber teilnahmslos verhalte usw. Eine solche Stimmung ist äußerst gefährlich, und ich bitte Sie, Ihren ganzen Einfluß auf die serbische Regierung und die öffentliche Meinung anzuwenden, um sie zu zerstreuen. Zwischen Serbien und Bulgarien im Zusammenhang mit der neuen Lage auf dem Balkan volles Einvernehmen herzustellen, ist unmöglich, und es ist nicht möglich, daß die Serben dies nicht einsehen. Bulgarien hat durch seine Siege seine nationalen Ideale zur Genüge verwirklicht. Weitergehen kann es nicht, ohne in Konflikt mit viel mächtigeren Nachbarn zu geraten. Serbien aber hat erst das erste Stadium seines historischen Weges durchlaufen, und zur Erreichung seines Endzieles muß es noch einen furchtbaren Kampf aushalten, bei dem seine ganze Existenz in Frage gestellt werden kann. Serbiens verheißenes Land liegt im Gebiete des heutigen Österreich-Ungarn und nicht dort, wohin es jetzt strebt, und wo auf seinem Wege die Bulgaren stehen. Unter diesen Umständen ist ein Lebensinteresse Serbiens, einerseits die Bundesgenossenschaft mit Bulgarien zu erhalten, und andererseits sich in zäher und geduldiger Arbeit in den erforderlichen Grad der Bereitschaft für den in der Zukunft unausweichlichen Kampf zu versetzen. Die Zeit arbeitet für Serbien und zum Verderben seiner Feinde, die schon deutliche Zeichen der Zersetzung aufweisen. Erklären Sie all dies den Serben. . . . Sagen Sie Ihnen bei diesem Anlasse, daß wir ihre Interessen nicht aus dem Auge verlieren und sie in Bulgarien energisch unterstützen. Ein Bruch zwischen Bulgarien und Serbien aber wäre ein Triumph Österreichs. Seine Agonie würde dadurch um viele Jahre hinausgeschoben werden.

Trotz dieser russischen Bemühungen kam es zum Kriege aller Balkanstaaten gegen Bulgarien und dann zur Abwendung Bulgariens von Rußland.

4. Frankreichs Deutschlandpolitik.

Poincaré über Frankreichs Politik gegenüber Deutschland.[1] . . . Ich kenne nicht einen einzigen französischen Minister, ich kenne nicht einen einzigen Präsidenten der Republik, der jemals das Wort „Revanche" ausgesprochen hätte; ich kenne keinen, der öffentlich oder insgeheim den Gedanken an einen Zusammenstoß mit den Waffen genährt hätte. Alle unsere Regierungen in ihrer Aufeinanderfolge, die konservativen wie die gemäßigt oder radikal republikanischen, haben mit Deutschland nicht nur korrekte, nicht nur glatte, sondern sogar, wenn möglich, gute Beziehungen zu pflegen gesucht; sie haben versucht, sich mit Deutschland

[1] R. Poincaré, Les origines de la guerre, Paris 1921.

über wirtschaftliche und koloniale Fragen zu verständigen; sie haben sich ihm auf Ausstellungen, auf Kongressen, in internationalen Vereinigungen genähert; sie haben seinen Gelehrten, seinen Schriftstellern, seinen Künstlern eine freudige, oft sogar allzu bewundernde Aufnahme bereitet; sie haben ihm gegenüber die Zeichen der Achtung und des Wohlwollens gehäuft. Einzig und allein den Verzicht auf die beiden französischen Provinzen und die Feigheit eines Verrats haben alle aufeinanderfolgenden französischen Regierungen seit 1871 gleichmäßig verweigert....

Aus einer Ausarbeitung des Fürsten Bismarck vom 10. November 1887 für eine Unterredung mit dem Zaren Alexander III.[1] ... Wenn man den Krieg vermeiden will, muß man den Nationen die Gewißheit der friedlichen Absichten ihrer Regierungen geben. Niemand in Europa glaubt, daß es Deutschland, Österreich, Italien oder England sein könnten, die geneigt wären, die Geißel des Krieges zu entfesseln. Nur von Frankreich erwartet man einen kriegerischen Ausbruch früh oder spät, und nur Rußland scheint zu wünschen, daß dieser Ausbruch erfolgen möge; denn Rußland ist es, das die kriegerische Partei in Frankreich ermutigt, indem es ihr die russische Allianz zeigt. Fährt man fort, Frankreich zu ermutigen und die Geister in Rußland zu erregen, so wird der Krieg kommen, ob der[2] Kaiser nun will oder nicht....

Baron Greindl am 27. Januar 1908 an den belgischen Außenminister über Frankreichs Marokkopolitik.[3] ... Wo hat Herr Delcassé je gesehen, daß Deutschland den anderen europäischen Völkern seine Vorherrschaft aufzwingen wollte? Wir sind seine nächsten Nachbarn, und seit 20 Jahren habe ich bei der Kaiserlichen Regierung nicht die geringste Neigung entdecken können, ihre Stärke und unsere Schwäche zu mißbrauchen. Ich wünschte nur, daß alle anderen Großmächte sich der gleichen Rücksicht gegen uns befleißigt hätten. Herr Delcassé[4] sagt[5], daß Deutschland niemals die Absicht gehabt habe, wegen Marokko Krieg zu führen. Das ist allerdings wahr; aber anstatt diese Mäßigung der friedlichen Gesinnung des Kaisers zuzuschreiben, sieht er den Grund darin, daß Frankreich die Mehrzahl der Großmächte, die öffentliche Meinung der ganzen Welt, mächtige Freundschaften, einen treuen Verbündeten und vor allem sein Vertrauen zu sich selbst für sich hatte. Mit anderen Worten, Herr Delcassé rühmt sich, den Weltfrieden erhalten zu haben dank seiner im Verein mit dem König von England gegen Deutschland geführten Einkreisungspolitik. Herr Delcassé sagt, man dürfe eine auswärtige Politik, nämlich die seine, die schon zweimal Europa den Frieden bewahrt habe, nicht entstellen lassen. Unter welchen Umständen

---

[1] B. Schwertfeger, Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 bis 1914, Berlin 1923. [2] Russische. [3] Belgische Aktenstücke 1905—1914.

[4] Delcassé, französischer Außenminister, hatte 1905 wegen seiner kriegstreiberischen Marokkopolitik sein Amt niederlegen müssen.

[5] In einer Rede in der französischen Deputiertenkammer.

denn? Wann ist denn die Ruhe Europas bedroht gewesen, außer durch den französischen Revanchegedanken? ... Die Rede Delcassés ist nichts anderes als eine Aufforderung, seine Politik wieder aufzunehmen, von der die Politik seines Nachfolgers sich ohnehin nur unmerklich in der Form unterscheidet, und ihm die Leitung dieser Politik aufs neue zu übertragen. Die Abgeordneten, die ihm jetzt Beifall gespendet haben, sind dieselben, die ihn vor drei Jahren fallen ließen, weil sie ihn für unbesonnen hielten. ... Die Politik, die König Eduard VII. unter dem Vorwand führt, Europa vor einer imaginären deutschen Gefahr zu retten, hat eine nur allzu wirkliche französische Gefahr heraufbeschworen, die für uns in erster Linie bedrohlich ist.

Der russische Botschafter in Paris, Iswolski, an den russischen Außenminister Sasonow am 5. Dezember 1912 über Frankreichs Auftreten gegen eine deutsch-englische Verständigung zur Bewahrung des Weltfriedens.[1] ... In meinen Unterredungen mit Poincaré[2] und Paléologue[3] konnte ich streng vertraulich erfahren, daß gelegentlich der bekannten Reise Lord Haldanes[4] nach Berlin im Februar dieses Jahres Deutschland England einen ganz bestimmten Vorschlag gemacht hat, der darauf hinauslief, das Londoner Kabinett solle schriftlich die Verpflichtung eingehen, die Neutralität zu bewahren, wenn Deutschland in einen Krieg hineingezogen würde, der von seiner Seite nicht provoziert worden ist. Das Londoner Kabinett hat Herrn Poincaré hiervon benachrichtigt und anscheinend gezögert, diesen Vorschlag anzunehmen oder abzulehnen. Herr Poincaré sprach sich aufs nachdrücklichste gegen eine solche Verpflichtung aus. Er hat der englischen Regierung gegenüber darauf hingewiesen, daß die Unterzeichnung eines solchen Vertrages mit Deutschland durch England den gegenwärtigen französisch-englischen Beziehungen mit einem Schlage ein Ende machen würde, da zwischen Frankreich und England keine schriftliche Vereinbarung allgemein politischen Charakters existiere. Dieser Einwurf hatte den entsprechenden Erfolg: das Londoner Kabinett lehnte den Vorschlag Deutschlands ab, was in Berlin eine lebhafte Unzufriedenheit hervorrief.

Seit Beginn der augenblicklichen Krise hat Herr Poincaré es niemals unterlassen, das Londoner Kabinett zu vertraulichen Besprechungen anzuregen, um über die Stellung, die England im Fall eines allgemeinen europäischen Konflikts einzunehmen gedenkt, Klarheit zu bekommen. Englischerseits hat man bisher in dieser Angelegenheit keinerlei Verpflichtung eingegangen. Das Kabinett von London antwortet immer wieder, daß dies von den Umständen abhängen werde, und daß die Frage über Krieg und Frieden von der öffentlichen Meinung entschieden werden würde. Andererseits ist die Prüfung aller denkbaren Möglichkeiten durch den französischen und den englischen Generalstab nicht

[1] Un livre noir, Bd. I; Fr. Stieve, Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, Bd. II. [2] Damals französischer Ministerpräsident. [3] Französischer Botschafter in Petersburg. [4] Englischer Kriegsminister.

nur nicht unterbrochen worden, sondern die bestehenden Abmachungen zu Lande und zu Wasser haben in allerletzter Zeit eine noch größere Erweiterung erfahren, so daß augenblicklich die englisch-französische Militärkonvention ebenso in allen Einzelheiten durchgearbeitet und erschöpfend ist wie die französisch-russische. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die erstere nur die Unterschrift der Chefs der beiden Generalstäbe trägt und daher gewissermaßen für die Regierung nicht bindend ist....

Baron Guillaume, belgischer Gesandter in Paris, an den belgischen Außenminister über die gefährliche Entwicklung des französischen Chauvinismus am 12. Juni 1913 und 8. Mai 1914.[1]... Es steht also nunmehr fest, daß in die französische Gesetzgebung Bestimmungen aufgenommen werden sollen, die das Land wahrscheinlich nicht lange ertragen kann. Die Lasten des neuen Gesetzes[2] werden für die Bevölkerung so schwer, die Ausgaben, die es mit sich bringt, werden so ungeheuer sein, daß das Land bald protestieren wird, und Frankreich wird sich dann vor die Frage gestellt sehen: entweder dem zu entsagen, was es nicht wird ertragen können, oder in kürzester Frist Krieg zu führen. Für die, die das Volk in diese Lage gebracht haben, wird es eine schwere Verantwortung sein. Man folgt ihnen in einer Art von Kopflosigkeit, von interessantem, aber beklagenswertem Wahnsinn. Auf die Gefahr hin, als Hochverräter zu gelten, ist es heute verboten, an der Notwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit auch nur zu zweifeln. Jedermann ist sich darüber klar, daß die Nation als solche weit davon entfernt ist, der Reform, die man vorbereitet, günstig gegenüberzustehen, und versteht die Gefahr, die der Zukunft droht; aber man verschließt seine Augen und fährt fort. Die Propaganda zugunsten des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit, durch die ein Wiedererstehen des Chauvinismus herbeigeführt werden soll, war ausgezeichnet vorbereitet und durchgeführt; sie fing damit an, die Wahl des Herrn Poincaré zum Präsidenten der Republik zu fördern; sie setzt heute ihr Werk fort, ohne sich um die Gefahren zu bekümmern, die sie hervorruft; das Unbehagen im Lande ist groß.

... Eines der gefährlichsten Momente in der augenblicklichen Lage ist die Rückkehr Frankreichs zum Gesetz der dreijährigen Dienstzeit. Sie wurde von der Militärpartei leichtfertig durchgesetzt, aber das Land kann sie nicht ertragen. Innerhalb von zwei Jahren wird man auf sie verzichten oder Krieg führen müssen.

5. Englands Deutschlandpolitik.

Der belgische Geschäftsträger in London, Graf Lalaing, an den belgischen Außenminister am 14. Januar 1906 über Englands Haltung wäh-

[1] Belgische Aktenstücke 1905—1914. [2] Über die dreijährige Dienstzeit.

rend der ersten Konferenz von Algeciras vom Januar bis April 1906.[1]... Was England betrifft, so steht es ganz auf Seite Frankreichs.... In letzter Zeit sagte der Minister des Äußeren zu wiederholten Malen den verschiedenen in London beglaubigten Botschaftern, daß Großbritannien Frankreich gegenüber bezüglich Marokkos Verpflichtungen eingegangen sei, denen es bis zum Äußersten nachkommen werde, selbst im Falle eines deutsch-französischen Krieges und auf alle Gefahr hin.[2] Die Presse und die öffentliche Meinung bekunden die gleichen Empfindungen....

Der belgische Geschäftsträger in London an den belgischen Außenminister am 28. März 1907 über die englische Politik während der Verhandlungen über einen englisch-russischen Interessenausgleich.[3] Seitdem die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands Herrn Iswolski anvertraut worden ist[4], hat sich eine merkliche Annäherung zwischen den Kabinetten von St. James und St. Petersburg vollzogen, und ein Einvernehmen hinsichtlich vieler Fragen, das noch vor zwei Jahren unmöglich schien, scheint heute unmittelbar vor seiner Verwirklichung zu stehen. Der Doggerbankzwischenfall[5], die englischen Sympathien für Japan zur Zeit des Krieges von 1904, die erbitterte Nebenbuhlerschaft in Persien, alles das gehört der Vergangenheit an, und wenn man gewissen Anzeichen trauen darf, so scheint uns die englische Diplomatie, deren ganze Kraft auf die Isolierung Deutschlands gerichtet ist, für eine nahe Zukunft das Schauspiel einer englisch-russischen Entente vorbehalten zu wollen.[6] Ebenso wie im Jahre 1905 der Empfang der französischen Flotte in England das Vorzeichen des Abschlusses der Entente cordiale war, kann man in gleicher Weise heute den Empfang, der gegenwärtig einem russischen Geschwader in Portsmouth zuteil wird, als Vorläufer herzlicher Beziehungen zu Rußland ansehen.... Die „Times" [7] hebt hervor, daß übrigens die Entente cordiale notwendigerweise eine Annäherung zwischen England und Rußland nach sich ziehen und in einer ferneren Zukunft ein engeres Verhältnis zwischen diesen beiden Ländern sowie Frankreich und Japan zur Folge haben müsse....

Der belgische Gesandte in London, Graf Lalaing, an den belgischen Außenminister am 18. November 1911 über englische Rüstungen während der zweiten Marokkokrise.[8] Als ich im September auf meinen Posten

---

[1] Belgische Aktenstücke 1905—1914. Über den der antideutschen Haltung Englands zugrundeliegenden französisch-englischen Nordafrikavertrag vom 8. April 1904 vgl. Heft I 16/17.

[2] Nach der Enthüllung des französischen Außenministers Delcassé, der dann daraufhin seinen Abschied nehmen mußte, war England damals bereit, im Kriegsfalle 100 000 Mann in Holstein zu landen.

[3] Belgische Aktenstücke 1905—1914. [4] Seit Mai 1906. [5] Während des russisch-japanischen Krieges 1904/05. [6] In der Tat wurde am 31. August 1907 durch den englisch-russischen Asienvertrag die Entente zwischen England und Rußland abgeschlossen. Vgl. Heft I 16/17. [7] Deutschfeindliche englische Zeitung.

[8] Belgische Aktenstücke 1905—1914. Am 4. Nov. war gleichzeitig ein Abkommen über Marokko und eins über Äquatorialafrika von Deutschland und Frankreich unterzeichnet und dadurch die Krise beigelegt worden. Vgl. Heft I 16/17.

zurückkehrte, erfuhr ich von verschiedenen Seiten, daß die allgemeine politische Situation vor einigen Wochen ernst genug angesehen wurde, um die englische Regierung zu außergewöhnlichen Vorsichtsmaßregeln zu veranlassen. Es wurde mir aus durchaus zuverlässigen Quellen mitgeteilt, daß die Offiziere des aktiven Heeres damals plötzlich von ihrem Urlaub zurückberufen wurden, daß Ankäufe von Pferden für die Kavallerie stattfanden, und daß das Nordseegeschwader zeitweise in Kriegsbereitschaft gesetzt wurde. . . . Mehrere Abgeordnete haben in der Kammer darauf bestanden, daß die Regierung die Nation darüber aufkläre, was diesen Sommer zwischen den Kabinetten von London, Berlin und Paris vor sich gegangen sei; denn nach der letzten Veröffentlichung der berühmten Rede des Schatzkanzlers, Herrn Lloyd George[1], habe das Parlament keinerlei Information mehr erhalten.

Der belgische Gesandte in London, Graf Lalaing, an den belgischen Außenminister am 16. Februar 1912 über die Mission des englischen Kriegsministers Haldane in Berlin.[2] Bei der Debatte über die Antwort auf die Thronrede hatte der Ministerpräsident Gelegenheit, einige Aufklärungen über den Zweck des jüngsten Besuches des Kriegsministers in Berlin[3] zu geben. In meinem Bericht vom 9. schrieb ich Ihnen, daß von allen Vermutungen, die man ausgesprochen hat, diejenige die wahrscheinlichste sei, daß es sich um einen freundschaftlichen Gedankenaustausch handelt, um eine Basis der Verständigung zu suchen und die bestehende Spannung zu vermindern. Die Rede des Herrn Asquith bestätigt diesen Eindruck. . . . Der Premierminister war darauf bedacht hinzuzufügen, daß, wenn auch die beiden Völker den Wunsch hätten, herzlichere Beziehungen untereinander entstehen zu sehen, es sich doch keineswegs darum handele, das besondere Verhältnis Deutschlands und Großbritanniens gegenüber anderen Mächten zu ändern. . . . Herr Asquith hat die Flottenfrage nicht berührt, aber Sie werden bemerkt haben, daß während des Aufenthalts des Kriegsministers in Berlin Herr Winston Churchill[4] in Glasgow wiederum den Entschluß Englands betont hat, seine Seeherrschaft um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Er hat dabei sogar eine recht unglückliche Wendung gebraucht, die in Deutschland schlechten Eindruck gemacht hat, indem er sagte, daß eine starke Marine für England eine Notwendigkeit und für das Deutsche Reich nur ein Luxus sei. Wo wäre die Basis für eine Verständigung? . . .

Aus dem Briefwechsel Grey[5] — Cambon[6] vom 22. bzw. 23. November 1912 über gemeinsames politisches und militärisches Auftreten

[1] Die berüchtigte Drohrede vom 21. Juli 1911. Vgl. Heft I 16/17.

[2] Belgische Aktenstücke 1905—1914.

[3] Haldane hatte, wie Asquith und Grey in ihren Erinnerungen aussagen, keinerlei Vollmachten. Trotz des marinetechnisch ausreichenden Entgegenkommens Deutschlands kam weder ein Flottenabkommen noch eine Entspannung des deutsch-englischen Verhältnisses zustande. Vgl. Heft I 16/17.

[4] Englischer Marineminister. [5] Englischer Staatssekretär des Auswärtigen.

[6] Französischer Botschafter in London.

Englands und Frankreichs.[1] Verehrter Herr Botschafter! Im Laufe der letzten Jahre haben die französischen und englischen militärischen Sachverständigen von Zeit zu Zeit miteinander Beratungen gepflegt. Diese Beratungen sollten, wie es sich dabei stets von selbst verstand, keine der beiden Regierungen in ihrer Entschlußfreiheit, in Zukunft einem anderen Lande bewaffnete Hilfe zu erweisen, beschränken.... Sie[2] haben indes darauf hingewiesen, daß, falls beide Regierungen triftige Gründe haben, einen durch nichts veranlaßten Angriff seitens einer dritten Macht zu erwarten, es notwendig sein werde, zu wissen, ob in diesem Falle die eine Regierung auf die bewaffnete Hilfe der anderen rechnen könne oder nicht. Ich bin damit einverstanden, daß, falls eine der Regierungen triftige Gründe haben sollte, einem durch nichts veranlaßten Angriff seitens einer dritten Macht oder irgendein den allgemeinen Frieden bedrohendes Ereignis zu erwarten, diese Regierung unverzüglich gemeinsam mit der anderen zu prüfen hätte, ob beide Regierungen zwecks Verhütung des Angriffs oder zur Aufrechterhaltung des Friedens gemeinsam zu handeln hätten und welche Maßnahmen sie in diesem Falle gemeinsam zu ergreifen beabsichtigten. Falls diese Maßnahmen aktive Handlungen zur Folge haben sollten, würden beide Regierungen unverzüglich zur Prüfung der Pläne ihrer Generalstäbe schreiten und darüber befinden, was mit diesen Plänen zu geschehen habe.[3]

Der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, an den russischen Außenminister Sasonow am 23. Mai 1914 über die Einbeziehung Rußlands in das politische und militärische Zusammenwirken zwischen England und Frankreich.[4] Sir Edward Grey berief gestern Cambon und mich zu sich.... Sir Edward Grey hob hervor, der Wortlaut dieser Schriftstücke[5] zeige, daß zwischen den beiden Mächten kein Bündnis geschlossen sei. Sie bezweckten vielmehr vor allem, den Inhalt der militärischen Abmachungen in das rechte Licht zu setzen, die zwischen den Armee- und Marinebehörden für den Fall vereinbart worden seien, daß die Notwendigkeit eines aktiven Zusammenwirkens der englischen und französischen See- und Landstreitkräfte entstehe. Sir Edward betonte, daß ohne solche vorherige Abmachungen ein sofortiges Zusammenwirken, selbst beim besten Willen und trotz der engen politischen Entente zwischen beiden Regierungen, ernsten technischen Schwierigkeiten begegnen würde. Er fügte hinzu, England habe keine Einwendungen dagegen, daß ein Abkommen in demselben Geiste, wie es in dem Schriftwechsel zwischen

---

[1] Fr. Stieve, Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, Bd. IV.
[2] Cambon.
[3] Der Botschafter Paul Cambon bestätigte Sir Edward Grey am 23. Nov. das Einverständnis der französischen Regierung mit den festgelegten Abmachungen. Auf diese Weise war unter Umgehung der parlamentarischen Instanzen Englands eine geheime politische und militärische Bindung zwischen beiden Ländern erreicht worden.
[4] Fr. Stieve, Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, Bd. IV.
[5] Briefwechsel Grey—Cambon, vgl. oben.

Cambon und ihm zum Ausdruck komme, zwischen dem russischen und englischen Admiralstabe vereinbart und abgeschlossen werde. - Er erblicke in einem derartigen Abkommen dieselben praktischen Vorteile, die sich aus den Abmachungen mit Frankreich ergeben. Er teilte uns mit, daß er an ein Marineabkommen denke, weil dieses nach Lage der Verhältnisse das Gegebene sei, und weil er zu wissen glaube, daß dieses auch den Wünschen der Kaiserlichen Regierung entspreche. Darauf übergab mir Sir Edward eine Abschrift seines Schreibens vom 22. November 1912 an den französischen Botschafter und Cambon übergab mir seinerseits mit Ermächtigung seiner Regierung eine Abschrift seiner Antwort vom 23. November 1912 an Sir Edward Grey. Auf meine Frage erklärte Sir Edward, das zweckmäßigste wäre, unsern Marineattaché in London zu ermächtigen, sich mit dem englischen Admiralstabe in Verbindung zu setzen. Der erste Lord der Admiralität sei ebenso wie die englischen Minister von unserm Plane unterrichtet. Der englische Admiralstab besitze die die Marine betreffenden Abkommen, die von Frankreich und England gemeinsam ausgearbeitet seien. Was die übrigen Abmachungen betreffe, so könne das uns verbündete Frankreich den ihm nötig scheinenden Gebrauch von ihnen machen. . .[1]

VI. Die Entfesselung des Weltkrieges.

1. Die Verantwortung der serbischen Regierung für das Attentat zu Serajewo.

Aus den auf dem Bericht eines Mitverschworenen beruhenden Enthüllungen des serbischen Professors St. Stanolewitsch über die Vorgeschichte des Attentats zu Serajewo am 28. Juni 1914.[2] Als beschlossen wurde, die Manöver der österreichisch-ungarischen Armee in Bosnien abzuhalten, und als man erfuhr, daß der Erzherzog Franz Ferdinand sich nach Serajewo begeben würde, war der Oberst D. Dimitriewitsch[3] überzeugt, daß Österreich-Ungarn einen Angriff auf Serbien vorbereiten wolle. Nach reiflicher Überlegung kam er — nach dem Bericht, den er selbst 1915 gab — zu dem Schluß, daß man den Angriff auf Serbien und den Krieg nur vermeiden könne durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand, der von der öffentlichen Meinung in Serbien als der größte Feind der Serben und der Hauptanstifter aller gegen sie gerichteten Handlungen betrachtet wurde. In diesem Augenblicke

[1] Die verabredete Marinekonvention kam dann vor Ausbruch des Weltkrieges nicht mehr zum Abschluß. Jedoch bedeutete die Haltung Englands für Rußland eine offene Ermutigung, seine kriegstreiberische Politik fortzusetzen, und trug dazu bei, den Ausbruch des Weltkrieges heraufzubeschwören.

[2] Veröffentlicht in der russischen Zeitung „Rul“ vom 6. Juli 1923; bei M. Morhardt, Les preuves, deutsche Ausgabe. Vgl. dazu Heft I 16/17, S. 48 f.

[3] Chef der Nachrichtenabteilung im serbischen Generalstab.

berichtete ein gewisser Tankosic[1] dem Oberst Dimitriewitsch, daß ihn zwei junge Leute aus Serajewo besucht und ihm erklärt hätten, daß sie von einer Gruppe, die sich „Omladischtsche“[2] nenne, beauftragt worden wären, den Erzherzog Franz Ferdinand während seines Aufenthalts in Serajewo zu ermorden. Der Oberst Dimitriewitsch nutzte dieses Anerbieten sofort aus. Er lobte den Entschluß der beiden jungen Leute und beauftragte Tankosic, sie im Gebrauch der Waffen zu unterweisen. Diese Unterweisung dauerte zehn Tage. Danach reisten die jungen Leute nach Serajewo ab[3], wo der Erzherzog nach dem Plan ermordet wurde, den Danielo Ilitsch, Lehrer in Serajewo, ausgearbeitet hatte.[4] Weder der Oberst Dimitriewitsch noch Tankosic hatten indessen irgend jemandem etwas von ihrem Plane gesagt, da sie nicht wußten, an wen sie sich wenden, noch was sie sagen dürften. Erst am 15. Juni 1914 versammelte der Oberst Dimitriewitsch den Zentralausschuß des Vereins „Einheit oder Tod“, um ihm mitzuteilen, daß Tankosic und er Männer nach Bosnien geschickt hätten, die den Erzherzog-Thronfolger von Österreich ermorden sollten. Er legte den Mitgliedern des Vereins die Gründe dar, die seinen Entschluß rechtfertigten. ... Diese Erklärung rief lange und leidenschaftliche Debatten hervor. Beinahe alle Ausschußmitglieder von „Einheit oder Tod“ sprachen dem Oberst Dimitriewitsch ihre Mißbilligung aus. Unter dem Druck seiner Genossen verzichtete dieser schließlich auf seinen Plan. Er versprach, alles Nötige zu tun, daß das Attentat nicht ausgeführt würde. Es wird versichert, daß er sich anschickte, einen Versuch in diesem Sinne zu machen. Aber der Versuch mißglückte. Vielleicht war es zu spät. Vielleicht gehorchten ihm seine Agenten nicht. In Serajewo ist der Schuß gefallen.

Dr. M. Boghitschewitsch, ehemals serbischer Gesandter in Berlin, in einer Mitteilung an G. Dupin, den Herausgeber von „Vers la vérité“, über die Mitschuld der serbischen Regierung an dem Attentat von Serajewo.[5] ... Die Behauptung, daß die serbische Regierung gewußt haben muß, daß ein Attentat vorbereitet wurde und daß die Anstifter sich in Serbien befanden, wird bestätigt durch eine erst vor kurzem abgegebene, sehr bedeutsame Erklärung über die Frage der Verantwortlichkeit von seiten einer Gruppe serbischer Offiziere, die der Gesellschaft „Einheit oder Tod“, die sich auch Gesellschaft der „Schwarzen Hand“ nannte, angehörten und gegen die der berühmte Prozeß von Saloniki im Jahre 1917 geführt wurde wegen eines angeblichen Attentatsversuchs auf den

[1] Serbischer Major, der den Mördern 6 Bomben und 4 Brownings aus dem serbischen Armeemagazin von Kragujewoc übergab. [2] Patriotische Jugend.

[3] Sie wurden von serbischen Grenzbeamten über die Grenze geschmuggelt.

[4] Die Mörder waren der Buchdrucker Gavrilowicz, der die Bombe warf, und der Schüler Princip, der die beiden tödlichen Schüsse abgab. 1919 hat die serbische Regierung die Mörder am Schauplatze der Tat durch eine kirchliche Feier als Nationalhelden verherrlichen lassen und am 25. Juli 1920 ihre Überreste in Serajewo in einem „Ehrengrabe“ beisetzen lassen.

[5] Bei M. Morhardt, Les preuves, deutsche Ausgabe.

Prinzregenten von Serbien. . . . Der Leiter dieser Gesellschaft war einer der fähigsten Offiziere der serbischen Armee, der Oberst D. Dimitriewitsch, Chef des Nachrichtenbureaus des Großen Generalstabs, der damals wegen dieser Beschuldigung ungerechterweise erschossen wurde, der aber im Verlaufe dieses Prozesses gestanden hat, der Anstifter der Ermordung des österreichischen Thronfolgers gewesen zu sein[1]. . . die Offiziere haben sich am 28. Februar 1924 an die Skuptschina[2] gewandt, um aufs neue ihre Unschuld zu versichern und zu erklären, daß sie auf die Revision ihres Prozesses verzichteten aus dem einzigen Grunde, weil das gegenwärtige Regime in Serbien diese Revision niemals zulassen wird. Sie stellen dann in ihrer Erklärung fest — und das ist von großer Bedeutung für die Frage nach der Verantwortlichkeit am Kriege —, „daß die Gesellschaft ‚Einheit oder Tod' eine den zuständigen Behörden bekannte patriotische Gesellschaft war, und daß die Tätigkeit dieser Gesellschaft mit den Intentionen dieser Behörden übereinstimmte".

2. Die sogenannte Blankovollmacht Deutschlands an Österreich und die Legende vom Potsdamer Kronrat.

Graf Szoegyény an Graf Berchthold am 6. Juli 1914 über seine Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg aus Anlaß der Mission des Grafen Hoyos.[3] Hatte soeben in Begleitung des Grafen Hoyos mit Reichskanzler und Unterstaatssekretär[4] eine lange Unterredung. Er[5] sei von seinem kaiserlichen Herrn ermächtigt worden, mir Stellungnahme der deutschen Regierung zu dem Handschreiben und der Denkschrift wie folgt zu präzisieren, deutsche Regierung kenne die Gefahren, welche sich für Österreich-Ungarn und somit auch für den Dreibund aus den Balkanplänen Rußlands ergeben. . . . Unser Verhältnis zu Serbien betreffend stehe deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß wir beurteilen müßten, was zu geschehen hätte, um dieses Verhältnis zu klären. Wir könnten hierbei, wie auch immer unsere Entscheidung ausfallen möge, mit Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland als Bundesgenosse und Freund der Monarchie hinter ihr stehe. Im weiteren Verlauf der Konversation habe ich feststellen können, daß auch Reichskanzler ebenso wie sein kaiserlicher Herr ein sofortiges Einschreiten unsererseits gegen Serbien als radikalste und beste Lösung unserer Schwierigkeiten am Balkan ansieht. Vom internationalen Standpunkt hält er den jetzigen Augenblick für günstiger als einen späteren. . . .

---

[1] Der Prozeß von Saloniki beabsichtigte die Beseitigung des Obersten Dimitriewitsch, um dadurch möglicherweise die Wege für einen Frieden mit Österreich zu bahnen. [2] Das serbische Parlament.

[3] Österreichisches Rotbuch I. Graf Hoyos war mit einem Memorandum und einem Handschreiben des Kaisers Franz Joseph, in denen energische Schritte gegen Serbien angekündigt wurden, an Kaiser Wilhelm geschickt worden.

[4] Zimmermann. [5] Der Reichskanzler.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an den deutschen Botschafter in Wien, v. Tschirschky, am 6. Juli über die Mission Hoyos.[1] Der österreichische Botschafter hat Sr. Majestät gestern ein geheimes Handschreiben des Kaisers Franz Joseph überreicht, das die gegenwärtige Lage vom österreichischen Standpunkte darstellt und die seitens Wien ins Auge gefaßten Maßnahmen entwickelt. Ich habe heute Graf Szoegyény im Allerhöchsten Auftrag erwidert, daß Seine Majestät dem Kaiser Franz Joseph für das Schreiben danken lasse. Unverzüglich wolle Seine Majestät indes betonen, daß auch Er sich der Gefahr nicht verschließe, die Österreich-Ungarn und damit dem Dreibund aus der von den russischen und serbischen Panslawisten betriebenen Agitation drohe. . . . Was endlich Serbien anlange, so könne Seine Majestät zu den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen, da sie sich seiner Kompetenz entzögen. Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß Seine Majestät im Einklang mit seinen Bündnispflichten und seiner alten Freundschaft[2] treu an Seite Österreich-Ungarns stehen werde.

Poincaré über Deutschlands und Österreichs Haltung während der Julikrise 1914.[3] Ich behaupte nicht, daß Österreich oder Deutschland in diesem ersten Zeitabschnitt die bewußte wohlüberlegte Absicht hatten, einen allgemeinen Krieg herbeizuführen. Keine der vorhandenen Urkunden gibt uns ein Recht zu der Annahme, daß sie damals etwas so weit Angelegtes geplant hätten. Ihr oberster Leitsatz bestand in der Erklärung: Dies ist lediglich ein Streit zwischen Österreich und Serbien, der diese allein betrifft, und niemand hat das Recht, sich einzumischen.

Bethmann Hollweg über die Legende vom Potsdamer Kronrat am 5. Juli 1914.[4] Eine weitverbreitete Legende hat den Ursprung des Krieges in einen Kronrat verlegt, den der Kaiser am 5. Juli 1914 in Potsdam abgehalten haben soll. Auch Deutsche haben das Märchen geglaubt, obwohl unsere Gegner, die sich diesen Fund doch sicherlich nicht hätten entgehen lassen, in ihren amtlichen Publikationen nichts von einem derartigen Kronrat zu berichten wissen, und obwohl auch die leichteste Nachforschung ergeben haben würde, daß die Mehrzahl der als Teilnehmer des Kronrats bezeichneten Personen weder in Potsdam noch in Berlin überhaupt anwesend waren.[5]

---

[1] Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch, Bd. I.

[2] Im Entwurf des Telegramms standen hier noch die Worte „unter allen Umständen". Die Streichung dieser Worte kennzeichnet besonders deutlich, daß sich der Passus nur auf den österreichisch-serbischen Konflikt bezieht und keine Blankovollmacht enthält.

[3] In der amerikanischen Zeitschrift Foreign Affairs, Oktober 1925.

[4] Th. v. Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, Bd. I.

[5] Die Lüge vom Potsdamer Kronrat geht sehr wahrscheinlich auf den amerikanischen Botschafter in Konstantinopel, Morgenthau, zurück, dem der dortige deutsche Botschafter, Baron v. Wangenheim, erzählt haben soll, er sei nach Pots-

3. Die Entente hinter Serbien.

Der französische Ministerpräsident Viviani an den stellvertretenden französischen Außenminister am 24. Juli 1914 aus Reval.[1] Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie schleunigst Herrn Dumaine (französischer Botschafter in Wien) die folgenden Informationen und Instruktionen mitteilen möchten: Im Verlaufe meiner Gespräche mit dem russischen Außenminister betrachteten wir die Gefahren, die aus eventuellen österreichisch-ungarischen Schritten gegen Serbien in bezug auf das Attentat, dem der Erzherzog-Thronfolger zum Opfer fiel, entstehen könnten. Wir kamen in dem Gedanken überein, daß nichts versäumt werden dürfte, um einem Verlangen nach Erklärungen oder einer dringlichen Aufforderung zuvorzukommen, die einer Einmischung in die inneren Geschäfte Serbiens gleichkäme und die dieses als Angriff auf seine Souveränität und Unabhängigkeit auffassen könnte. Infolgedessen schien es uns geboten, in einer freundlichen Aussprache dem Grafen Berchthold Ratschläge zur Mäßigung zu erteilen, die ihm zu verstehen gäben, wie schlecht inspiriert eine Einmischung in Belgrad wäre, wo man darin eine Drohung des Wiener Kabinetts sehen könnte. Der englische Botschafter, den Herr Sasonow verständigte, sprach den Gedanken aus, daß seine Regierung sich zweifellos einem Schritte anschließen würde, der auf die Ausschaltung der Gefahr hinzielte, die den allgemeinen Frieden bedrohen kann, und hat in diesem Sinne an seine Regierung telegraphiert. Herr Sasonow hat zu diesem Zweck Herrn Schebeko (russischer Botschafter in Wien) Instruktionen erteilt. Ohne daß es sich hier um ein Kollektivvorgehen oder ein abgekartetes Vorgehen des Dreiverbandes in Wien handelt, bitte ich Sie, sich über die Frage mit den russischen und englischen Botschaftern zu unterhalten.[2]

Geheimtelegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London, Grafen Benckendorff, vom 25. Juli 1914.[3]

---

dam berufen, wo alle führenden Männer der Mittelmächte zusammenträten, um die Frage der Kriegsbereitschaft zu klären, und wo dann der Krieg beschlossen worden sein soll. Wangenheim selber war aber damals gar nicht in Potsdam. Die Legende vom Potsdamer Kronrat ist jetzt selbst von den Ententemächten aufgegeben.

[1] Französisches Gelbbuch Nr. 22, bei Morhardt, Les preuves, deutsche Ausgabe. Das Telegramm wurde während der Rückreise Poincarés und Vivianis aus Rußland abgesandt, wo, wie wir heute wissen, ein gemeinsames Vorgehen Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland und Österreich verabredet wurde. Vgl. Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, Berlin 1924.

[2] Alle Beteiligten an diesen politischen Gesprächen mußten sich darüber klar sein, daß nach Lage der Dinge energische Schritte Österreichs in Belgrad unvermeidlich waren. Sie waren auch selbstverständlich darüber informiert.

[3] Un livre noir (sowjet-russische Aktenpublikation durch den französischen Gelehrten René Marchand), B. II.

... Nach unseren Informationen glaubte Österreich am Vorabend seines Schrittes in Belgrad unglücklicherweise zu der Hoffnung berechtigt zu sein, daß seine Forderungen keinem Widerstand von seiten Englands begegnen würden, und bis zu einem gewissen Grade ist seine Entscheidung auf diese Berechnung gegründet worden. Deshalb wäre es unendlich wünschenswert, daß England klar und fest zu verstehen gäbe, daß es Österreichs Handlungsweise[1] mißbilligt, die nicht durch die Umstände gerechtfertigt ist und ganz gefährlich ist für den europäischen Frieden.... Im Falle weiterer Verschlimmerung der Lage, die geeignet ist, kompromittierende Handlungen von seiten der großen Mächte hervorzurufen, rechnen wir damit, daß England nicht zögern wird, sich auf die Seite Rußlands und Frankreichs zu stellen, um das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten....

Graf Benckendorff an Sasonow am 26. Juli 1914.[2]... Grey fährt fort, mir zu versichern, daß seine Sprache Berlin gegenüber Deutschland auf keine Weise gestattet, im Kriegsfalle mit der englischen Neutralität zu rechnen. Lichnowsky[3] war tatsächlich sehr niedergedrückt, aber deshalb, weil er den Krieg beklagt. Ich bin nicht ganz sicher, daß er Greys Worte verstanden hat, wie Grey sie verstanden wissen wollte. Das wiederhole ich Grey tagtäglich und auf jede mögliche Weise. Er verbarrikadiert sich hinter den Hoffnungen auf Verhandlungen.[4] Ich kann nicht weiter vorwärtskommen. Unglücklicherweise ist Cambon[5] abwesend.... Seit gestern beunruhigt sich die englische Öffentlichkeit. Aber daß England hineingezogen werden könnte, geht dem schwerfälligen Fassungsvermögen Englands noch nicht ein. Das ist bedauerlich, aber das ist so.... Ich beglückwünsche Sie von ganzem Herzen zu Ihrer Haltung, die mir das Blut aufpeitscht; ebenso zu der Mäßigung Ihrer Sprache und zu der Klugheit, die Sie für das staffelförmige Fortschreiten Ihrer künftigen Aktion (!) anwenden. Sehr notwendig, absolut notwendig, um Ihnen die Mitwirkung Englands zu sichern! Sie kommt, selbst wenn sie zu spät kommen sollte. Aber, ich wiederhole es, England ist noch nicht genügend aufgewacht. Es ist sehr wohl möglich, daß Grey ebensosehr darunter leidet wie wir....

Telegramm des Zaren Nikolaus II. an den Kronprinzen von Serbien am 27. Juli 1914.[6] Eure Kgl. Hoheit haben, als Sie sich in einer außerordentlich schweren Minute an Mich wandten, sich nicht in den Gefühlen getäuscht, die ich zu Ihnen hege, und auch nicht in meiner herzlichen

[1] Ultimatum an Serbien vom 23. Juli. [2] Un livre noir, Bd. II.
[3] Deutscher Botschafter in London.
[4] Während so Grey einerseits Rußland und Frankreich ermutigte und dadurch zum Kriege hetzte, spielte er andererseits in der Tat ein doppeltes Spiel, indem er mehrere Vermittlungsvorschläge machte, die dann von Deutschland aufgegriffen wurden. Vgl. darüber den folgenden Abschnitt.
[5] Französischer Botschafter in London. [6] Bei M. Boghitschewitsch, Kriegsursachen.

Zuneigung zu dem serbischen Volke. Die jetzige Lage lenkt meine ernsteste Aufmerksamkeit auf sich, und meine Regierung macht alle Anstrengungen, um die vorhandenen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Ich zweifle nicht, daß Eure Hoheit und die Kgl. Regierung von dem Wunsche durchdrungen sind, diese Aufgabe um jeden Preis zu erleichtern und zu einer Lösung zu kommen, die, unter Aufrechterhaltung der Würde Serbiens, die Schrecken eines neuen Krieges verhüten würde. . . . Sollten wir aber entgegen unseren aufrichtigsten Wünschen darin keinen Erfolg haben, so können Eure Hoheit dessen sicher sein, daß Rußland in keinem Falle dem Schicksal Serbiens gegenüber gleichgültig bleiben wird.

Bericht des russischen Geschäftsträgers in Belgrad, v. Hartwig, an den russischen Außenminister Sasonow vom 29. Juli 1914.[1] Ich teilte den Text des Allerhöchsten Antworttelegramms an den Kronprinzen Alexander Paschitsch[2] mit, der, nachdem er es durchgelesen, sich bekreuzigte und sagte: „Großer Gott, groß und gnädig ist der russische Zar." Darauf umarmte er mich, außerstande, seine Erregung zu meistern.

Geheimtelegramm Sasonows an den russischen Botschafter in Paris, Iswolski, vom 29. Juli 1914.[3] Der deutsche Botschafter hat mir heute den Entschluß seiner Regierung mitgeteilt, zu mobilisieren, wenn Rußland nicht seine militärischen Vorbereitungen einstelle. . . . Da wir dem Wunsche Deutschlands nicht Folge leisten können, bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere eigenen Rüstungen zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit des Krieges zu rechnen. Verständigen Sie die französische Regierung davon und danken Sie ihr gleichzeitig für die Erklärung, die der französische Botschafter in ihrem Namen abgab, daß wir vollständig auf die Unterstützung des uns verbündeten Frankreich rechnen können. Unter den gegenwärtigen Umständen ist uns diese Erklärung besonders wertvoll. Es wäre wünschenswert, daß auch England, ohne Zeit zu verlieren, sich Frankreich und Rußland anschlösse.

Der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, an Sasonow am 30. Juli 1914.[4] Cambon[5] fragte bei Grey an, ob er der Meinung sei, daß der Moment[6] eingetreten ist. Grey antwortete ihm, daß der Moment eintreten wird, sobald die Stellungnahme Deutschlands sich völlig klärt. Cambon bestand nicht weiter darauf, da von England ernste Maßnahmen nicht nur zur See, sondern auch auf dem Lande getroffen worden sind. Cambon sagte, daß nach seiner Meinung sich

---

[1] Bei M. Boghitschewitsch, abgedruckt auch im russischen Orangebuch. Paschitsch hatte also den Sinn des Zarentelegramms wohl verstanden!

[2] Serbischer Ministerpräsident.

[3] Bei G. v. Romberg, Die Fälschungen des russischen Orangebuches.

[4] Im deutschen Weißbuch von 1919. [5] Französischer Botschafter in London.

[6] Zum Eingreifen Englands.

die Lage in den Augen des Parlaments noch nicht genügend geklärt hat, damit Grey, ohne zu riskieren, noch heute offen auftreten könnte.[1]

Zar Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. am 29. Juli 1914 um 1 Uhr nachmittags.[2] In diesem so ernsten Augenblick bitte ich Dich inständig, mir zu helfen. Ein schmählicher Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden, die Entrüstung hierüber, die ich völlig teile, ist in Rußland ungeheuer. Ich sehe voraus, daß ich sehr bald dem Druck, der auf mich ausgeübt wird, nicht mehr werde widerstehen können und gezwungen sein werde, Maßregeln zu ergreifen, die zum Kriege führen werden. Um einem Unglück, wie es ein europäischer Krieg sein würde, vorzubeugen, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen.

Handschreiben des Zaren an Sasonow vom 27. Juli betr. Anrufung des Haager Schiedsgerichts.[3] Ich werde Sie morgen um 6 Uhr empfangen. Es ist mir ein Gedanke gekommen, und um keine Zeit zu verlieren, die Goldes wert ist, will ich Ihnen mitteilen: Warum sollten wir nicht nach Verständigung mit Frankreich und England und dann mit Deutschland und Italien versuchen, Österreich vorzuschlagen, seinen Konflikt mit Serbien der Prüfung des Haager Schiedsgerichts vorzulegen? Vielleicht ist die Zeit dafür noch nicht vorüber, bevor Ereignisse eintreten, die nicht wieder gut zu machen sind. Versuchen Sie, um Zeit zu gewinnen, heute noch vor Abfassung Ihres Berichts diesen Schritt zu tun.[4] In mir ist die Hoffnung auf Frieden noch immer nicht erloschen.

---

[1] In der Tat stellte sich England erst offen auf die Seite Frankreichs und Rußlands, als es am 2. August den Schutz der französischen Nordküste übernahm und am 3. August beschloß, von Deutschland die Zurücknahme des Ultimatums an Belgien vom 2. August zu fordern.

[2] Vorläufige Denkschrift und Aktenstücke der deutschen Regierung zum Kriegsausbruch Nr. 21. In Wirklichkeit hatte der Zar fast um die gleiche Zeit, als das obige Telegramm abgesandt wurde, bereits die allgemeine Mobilmachung befohlen, die er allerdings am Abend unter dem Eindruck eines späteren Telegramms des Kaisers dann wieder zurücknahm. Doch war dieser Zusammenhang in Berlin natürlich unbekannt. Über den Telegrammwechsel zwischen Kaiser und Zaren vgl. Heft I 16/17.

[3] Un livre noir, Bd. II. Am 27. Juli konnte der Schritt noch Erfolg haben, da an diesem Tage die österreichische Kriegserklärung an Serbien und die russische Gesamtmobilmachung noch nicht erfolgt waren.

[4] Sasonow hat den Befehl des Zaren nicht ausgeführt! Am 29. abends hat der Zar dann in einem Telegramm an Kaiser Wilhelm selbst den Vorschlag gemacht, ohne Sasonows Vorwissen. Die Ententepropaganda hat sich seit 1915 dieses mittlerweile bekannt gewordenen Zarentelegramms bedient, um Deutschland moralisch zu belasten. Am 29. war aber an eine Anrufung des Haager Schiedsgerichts nicht mehr zu denken. Da Rußland schon mobilisierte, war es viel zu spät dazu, und deutscherseits ist eine Antwort auf diesen Vorschlag nicht mehr erfolgt. Der wankelmütige Zar hat also den freilich viel zu spät unternommenen Versuch gemacht, die rollende Lawine aufzuhalten.

4. Die englisch-deutsche Vermittlung und der deutsche Druck auf Österreich.

Der russische Botschafter in Paris, Iswolski, an den russischen Außenminister Sasonow am 24. Juli 1914.[1] Die Abschrift der in Belgrad übergebenen Note wurde heute unter Hinzufügung ausführlicher Begründungen durch den österreichischen Botschafter der französischen Regierung offiziell zur Kenntnis gebracht. Später besuchte der deutsche Botschafter den Minister und las ihm eine Mitteilung vor, in der die österreichischen Argumente angeführt waren und darauf hingewiesen war, daß Österreich, wenn Serbien sich weigern oder eine herausfordernde Haltung annehmen sollte, gezwungen sein würde, einen Druck auszuüben und im Notfalle auch zu militärischen Maßnahmen zu greifen. Zum Schluß wurde gesagt, Deutschland sei der Ansicht, daß diese Frage der unmittelbaren Entscheidung zwischen Österreich und Serbien unterliege und daß es im Interesse der Mächte sei, die Angelegenheit den an ihr interessierten Mächten zu überlassen. Deutschland wünscht heiß die Lokalisierung des Konfliktes, da die Einmischung einer anderen Macht auf Grund der bestehenden Verträge unberechenbare Folgen nach sich ziehen müßte....

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an den deutschen Botschafter in London, Fürsten Lichnowsky, am 27. Juli 1914.[2] Von einem Vorschlage Sir Edward Greys, eine Konferenz in London zu Vieren abzuhalten, ist hier bisher nichts bekannt. Es ist für uns unmöglich, unsern Bundesgenossen, in seiner Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen. Unsere Vermittlungstätigkeit muß sich auf die Gefahr eines österreichisch-russischen Konfliktes beschränken.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an den deutschen Botschafter in Wien, v. Tschirschky, am 27. Juli 1914.[3] Nachdem wir bereits einen englischen Konferenzvorschlag[4] abgelehnt haben, ist es unmöglich, diese englische Anregung[5] a limine abzuweisen. Durch eine Ablehnung jeder Vermittlungsaktion würden wir von der ganzen Welt als die eigentlichen Treiber zum Kriege hingestellt werden. Das würde auch unsere eigene Stellung im Lande unmöglich machen. Unsere Situation ist um so schwieriger,

---

[1] Bei G. v. Romberg, Die Fälschungen des russischen Orangebuches. Die Veröffentlichung weist nach, daß das russische Orangebuch eine ungeheuerliche Fälschung ist, und stellt den wahren Text des Telegrammwechsels Paris—Petersburg wieder her.

[2] Vorläufige Denkschrift Nr. 12.

[3] Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 277. Man beachte den Unterschied zwischen diesem englischen Vermittlungsvorschlag und dem in dem vorhergehenden Aktenstück erwähnten. Mit dieser Note an Österreich hatte Deutschland den Standpunkt der Nichtintervention in dem österreichisch-serbischen Konflikt aufgegeben. [4] Vom 25., betraf Fristverlängerung des Ultimatums.

[5] Entweder die serbische Note als genügend oder als geeignete Grundlage von Verhandlungen anzusehen.

als Serbien scheinbar sehr weit nachgegeben hat. Wir können daher die Rolle des Vermittlers nicht abweisen und müssen den englischen Vorschlag dem Wiener Kabinett zur Erwägung unterbreiten.[1]

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an den deutschen Botschafter in London, Fürsten Lichnowsky, am 27. Juli 1914.[2] Wir haben die Vermittlungsaktion in Wien in dem von Sir Edward Grey gewünschten Sinne sofort eingeleitet. Überdies haben wir Graf Berchthold auch den Wunsch des Herrn Sasonow auf direkte Aussprache mit Wien (russische Anregung in Berlin) mitgeteilt.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an den deutschen Botschafter in Paris, Baron v. Schön, am 26. Juli 1914.[3] Nachdem Österreich-Ungarn Rußland offiziell erklärt hat, daß es keinen territorialen Gewinn beabsichtige, den Bestand des Königreiches nicht antasten wolle, liegt die Entscheidung, ob ein europäischer Krieg entstehen soll, nur bei Rußland, was die gesamte Verantwortung zu tragen hat. Wir vertrauen auf Frankreich, mit dem wir uns in dem Wunsche um die Erhaltung des europäischen Friedens eins wissen, daß es in Petersburg seinen Einfluß in beruhigendem Sinne geltend machen wird.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an den deutschen Botschafter in Wien, v. Tschirschky, am 29. Juli 1914.[4] Wir stehen, falls Österreich jede Vermittlung ablehnt, vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien allen Anzeichen nach nicht mit uns gehen würden und wir zwei gegen vier Großmächte ständen. Deutschland fiele durch die Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu. Österreichs politisches Prestige, die Waffenehre seiner Armee, sowie seine berechtigten Ansprüche Serbien gegenüber könnten durch Besetzung Belgrads und anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Unter diesen Umständen müssen wir der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich anheimgeben, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen[5] anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich und uns eine ungemein schwere.

Der deutsche Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an den deutschen

[1] Der von Deutschland auf diese Weise befürwortete englische Vermittlungsvorschlag kam jedoch zu spät, da Serbien mittlerweile die Feindseligkeiten eröffnet hatte.

[2] Vorläufige Denkschrift Nr. 15. [3] Vorläufige Denkschrift Nr. 10a.

[4] Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 395. Diese Anweisung an den deutschen Botschafter erfolgte, nachdem Grey Lichnowsky mitgeteilt hatte, daß England zwar in einem österreichisch-russischen Konflikt beiseite stehen könne, nicht aber, wenn Deutschland und Frankreich mit hineingezogen würden.

[5] Gemeint ist der Vorschlag des „Halt in Belgrad“, den Deutschland in Österreich zuerst am 28. angeregt hatte, und den England jetzt aufgenommen hatte. Österreich hatte die Antwort auf diesen Vorschlag bis jetzt hinausgezögert, was ein ganz schwerer politischer Fehler war und den Kriegstreibern im Ententelager direkt in die Hände arbeitete.

Botschafter in Wien, v. Tschirschky, am 29. Juli 1914.[1] ... Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist.[2] Die Verweigerung jedes Meinungsaustausches mit Petersburg aber würde ein schwerer Fehler sein, da er kriegerisches Eingreifen Rußlands geradezu provoziert, das zu vermeiden Österreich-Ungarn in erster Linie interessiert ist. Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Bitte sich gegen Graf Berchthold[3] sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst aussprechen.

Kaiser Wilhelm II. an den Zaren Nikolaus II. am 30. Juli 1914.[4] ... Graf Pourtalès[5] war angewiesen, Deine Regierung auf die Gefahr und die ernsten Folgen einer Mobilmachung aufmerksam zu machen. Das gleiche sagte ich in meinem Telegramm an Dich. Österreich hat nur gegen Serbien mobil gemacht und nur einen Teil seines Heeres. Wenn, wie es jetzt nach Deiner und Deiner Regierung Mitteilung der Fall ist, Rußland gegen Österreich mobil macht[6], so wird meine Vermittlerrolle, mit der Du mich gütigerweise betraut hast, und die ich auf Deine ausdrückliche Bitte übernommen habe, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Das ganze Gewicht der Entscheidung ruht jetzt ausschließlich auf Deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg oder Frieden zu tragen.

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Franz Joseph am 30. Juli 1914.[7] Die persönliche Bitte des Zaren, einen Vermittlungsversuch zur Abwendung eines Weltbrandes und Erhaltung des Weltfriedens zu unternehmen, habe ich nicht ablehnen zu können geglaubt und Deiner Regierung durch meinen Botschafter gestern und heute Vorschläge unterbreiten lassen. Sie gehen unter anderem darauf, daß Österreich nach Besetzung von Belgrad oder anderer Plätze seine Bedingungen kundgäbe. Ich wäre Dir zu aufrichtigem Dank verpflichtet, wenn Du mir Deine Entscheidung möglichst bald zugehen lassen wolltest.

Der russische Außenminister Sasonow an den russischen Botschafter in Paris, Iswolski, am 31. Juli 1914.[8] Im Auftrage seiner Regierung

---

[1] Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 396. Diese deutsche Drohung an Österreich erfolgte auf falsche Beschwerden des russischen Außenministers Sasonow, daß Österreich direkte Verhandlungen mit Rußland ablehnte. In Wahrheit waren die direkten österreichisch-russischen Verhandlungen niemals abgerissen.

[2] Seit dem 28. Juli.

[3] Österreichischer Außenminister.

[4] Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 420.

[5] Deutscher Botschafter in Petersburg.

[6] Am 29. bereits hatte der Zar die allgemeine Mobilmachung befohlen, jedoch, was in Berlin natürlich unbekannt war, den Befehl am Abend des 29. wieder zurückgenommen.

[7] Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 437.

[8] Bei v. Romberg, Die Fälschungen des russischen Orangebuches.

übermittelte mir der englische Botschafter den Wunsch des Londoner Kabinetts, einige Änderungen in der Formel vorzunehmen, die ich gestern dem deutschen Botschafter vorgeschlagen habe.[1] Ich antwortete, daß ich den englischen Vorschlag annehme, und übermittele Ihnen die dementsprechend abgeänderte Formel: „Wenn Österreich einwilligt, den Vormarsch seiner Heere auf serbischem Gebiet einzustellen[2], und wenn es anerkennt, daß der österreichisch-serbische Konflikt den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat und deshalb zuläßt, daß die Großmächte prüfen, welche Genugtuung Serbien der österreichisch-ungarischen Regierung gewähren könne, ohne seine Rechte als souveräner Staat und seine Unabhängigkeit antasten zu lassen, so verpflichtet sich Rußland, seine abwartende Haltung zu bewahren."[3]

Der russische Außenminister Sasonow an den russischen Botschafter in Paris, Iswolski, am 31. Juli 1914.[4] Der österreichische Botschafter suchte mich auf und teilte mir mit, seine Regierung sei bereit, in einen Meinungsaustausch betreffend des Inhalts des an Serbien überreichten Ultimatums zu treten. Ich drückte meine Befriedigung aus und bemerkte dem Botschafter, daß es vorzuziehen wäre, die diesbezüglichen Verhandlungen in London unter Beteiligung der Großmächte zu führen. Wir hoffen, daß die englische Regierung die Leitung dieser Beratungen übernimmt, wodurch sie ganz Europa zu Dank verpflichten wird. Damit diese Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen, ist es sehr wichtig, daß Österreich seine militärischen Operationen auf serbischem Gebiet einstellt.

Der russische Botschafter in Paris, Iswolski, an den russischen Außenminister Sasonow am 1. August 1914.[5] Der österreichische Botschafter war gestern abend zweimal bei Viviani[6] und teilte ihm mit, Österreich habe nicht nur nicht die Absicht, die territoriale Integrität Serbiens zu verletzen, sondern sei auch bereit, über seinen Konflikt mit Serbien in seinem ganzen Umfange

---

[1] Diese Formel hatte von Österreich einfach die Zurücknahme des Ultimatums an Serbien verlangt und war für Österreich natürlich unannehmbar.

[2] Hatte noch gar nicht begonnen!

[3] Hier tritt ganz charakteristisch das Doppelspiel der englischen Außenpolitik zutage, die zwar mit Deutschland zusammen vermittelte, aber nicht das geringste tat, um die Ententegenossen zurückzuhalten. Ebensowenig wie Sasonow konnte Grey die leiseste Hoffnung haben, daß diese Formel in allerletzter Stunde den Weltkrieg verhüten könnte, denn seit dem 30. Juli lief die Gesamtmobilmachung Rußlands, und nur ihre Einstellung, die hier abgelehnt wird, konnte den Frieden bewahren. Daß Grey nicht, wie er Deutschland zugesagt hatte, in Petersburg energisch auf Einstellung der militärischen Maßnahmen drängte, darin liegt Englands Schuld am Weltkriege begründet.

[4] Bei v. Romberg, Die Fälschungen des russischen Orangebuches. Diese wichtige Depesche ist im Orangebuche unterschlagen worden.

[5] Bei v. Romberg, Die Fälschungen des russischen Orangebuches: Auch hier ist wieder der größere Teil dieser verräterischen Depesche unterschlagen worden.

[6] Französischer Ministerpräsident.

mit den anderen Mächten zu verhandeln.[1] Heute hat der deutsche Botschafter ... Viviani besucht ... Auf die Erklärung des Botschafters, daß, infolge der augenscheinlich nicht nur gegen Österreich, sondern auch gegen Deutschland gerichteten allgemeinen Mobilisation der russischen Land- und Seestreitkräfte Deutschland gezwungen sei, energische Maßnahmen zu ergreifen, erwiderte Viviani, daß die Mobilisation der Seestreitkräfte (!) nicht erfolgt sei. Hierdurch war der Botschafter sichtlich betreten (!).

5. Die Mobilmachungen.

Der russische Generalstabschef Obrutschew, der französische Unterhändler General Boisdeffre und der Zar Alexander III. während der Verhandlungen über die französisch-russische Militärkonvention vom 17. August 1892 über die Bedeutung der Mobilmachung als Entscheidung über Krieg oder Frieden.[2] Obrutschew: Es versteht sich von selbst, daß der Mobilmachung Frankreichs und Rußlands unverzüglich wirksame Tatsachen, kriegerische Handlungen folgen, mit einem Worte, daß die Mobilmachung untrennbar von einem „Angriff“ ist.

Boisdeffre: Der Kaiser sprach mit mir darauf von der Mobilmachung, zum Art. 2 (der Konvention). Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß die Mobilmachung die Kriegserklärung wäre, daß man durch die Mobilmachung seinen Nachbarn zwänge, das gleiche zu tun, daß eine Mobilmachung die Ausführung strategischer Transporte und die Truppenzusammenziehung zur Folge hätte. Würde man an seiner Grenze die Mobilmachung von einer Million Menschen geschehen lassen, ohne gleichzeitig dasselbe zu tun, so bedeutete dies, sich selbst jeder Bewegungsfreiheit zu berauben und sich in die Lage eines Menschen zu bringen, der, obwohl er eine Pistole in der Tasche hat, seinem Nachbarn erlauben würde, ihm einen geladenen Revolver an die Stirn zu setzen, ohne seinen eigenen zu ziehen. „Genau so fasse ich es auf“, antwortete mir der Kaiser.

General Dobrorolski, Chef der Mobilmachungsabteilung des russischen Generalstabs, über die Bedeutung der Mobilmachung für den Kriegsbeginn.[3] ... Die Mobilmachung der Streitkräfte des Staates nimmt

[1] Die beiden Depeschen zeigen, daß Österreich, um den Weltkrieg zu verhüten, schließlich die alleräußersten Zugeständnisse machte und die russische Forderung bedingungslos annahm, während Rußland nicht daran dachte, die allgemeine Mobilmachung einzustellen. Während also Österreich sich bereit erklärte, Rußland bis zum äußersten nachzugeben, mußte Deutschland gleichzeitig wegen der furchtbaren Gefahr des russischen Truppenaufmarsches mit militärischen Maßnahmen drohen, was dem deutschen Botschafter in Paris den offenen Hohn des französischen Ministerpräsidenten eintrug. Eine ungeschicktere und zerfahrenere Politik auf seiten der Mittelmächte ist kaum denkbar.

[2] Französisches Gelbbuch L'alliance franco-russe, Paris 1918. Der Text der französisch-russischen Militärkonvention von 1892 findet sich in Heft I 16/17, S. 25.

[3] General S. Dobrorolski, Die Mobilmachung der russischen Armee 1914. Herausg. von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin 1922.

einen ganz anderen Platz in dem komplizierten Kriegswerk ein. Ihr Verlauf ist am allerwenigsten abhängig vom persönlichen Willen des Führers. Der ganze Plan der Mobilmachung ist bis zu Ende rechtzeitig in allen seinen Einzelheiten ausgearbeitet. Ist der Moment gewählt, so ist nur auf den Knopf zu drücken, und der ganze Staat beginnt automatisch mit der Genauigkeit eines Uhrmechanismus zu arbeiten, um in einigen Tagen seine Kaderarmee stehendes Heer in das Volk in Waffen zu verwandeln. Die Tat des obersten Führers beschränkt sich hierbei auf die Wahl des Anfangszeitpunktes. Sie ist schnell getan; auf die Wahl des Zeitpunktes wirkt ein Komplex mannigfaltiger politischer Ursachen ein. Ist dieser Zeitpunkt aber einmal festgelegt, so ist alles erledigt, es gibt kein Zurück mehr: er bestimmt mechanisch den Beginn des Krieges voraus. Zum Gebiet der Entscheidung an oberster Stelle gehört auch die Wahl der Art der Mobilmachung — wenn für die Armee verschiedene Arten der Mobilmachung vorgesehen sind. . . .

General Gurko, ehemals russischer Generalstabschef und Oberbefehlshaber der Westarmee, über den Zusammenhang zwischen der russischen Mobilmachung und der deutschen Kriegserklärung.[1] . . . Vom deutschen Gesichtspunkt aus gesehen, war der Beginn der russischen Mobilisierung gleichbedeutend mit der Notwendigkeit für Deutschland, unverzüglich die militärischen Operationen zu beginnen. Um das zu verstehen und zu billigen, müssen wir uns erinnern, daß die Hauptbedingung des Erfolges für Deutschland in der Möglichkeit lag, seine gesamte mobilisierte Armee in Feld zu führen und den Einfall in die feindlichen Länder sofort zu beginnen, bevor diese Zeit gehabt hatten, fertig zu werden, und im besondern, bevor die russische Mobilmachung hatte zu Ende gebracht werden können. Aber wenn Deutschland noch bei Beginn der russischen Mobilmachung auf eine Kriegserklärung von russischer Seite hätte warten wollen, in der Berechnung, daß Rußland sich auf eine bloße Mobilmachung ohne Kriegserklärung beschränken würde, so würde das Land diesen Vorteil, der dann Rußland zugute gekommen wäre, verloren haben. Auf dieses Wagnis konnte sich Deutschland nicht einlassen, weshalb die russische Mobilmachung sozusagen mechanisch eine deutsche Mobilmachung hervorrief. . . . Sein Heer zu mobilisieren und dann seine Feinde in aller Ruhe dasselbe tun zu lassen, um später Krieg zu erklären, würde dasselbe gewesen sein, wie seinen Haupttrumpf aufzugeben — seine Feinde, die noch nicht mit ihrer Mobilisierung fertig waren, anzufallen. Folglich bedeutete die russische Mobilisierung für Deutschland die Notwendigkeit, den Krieg zu erklären, ohne einen einzigen Tag zu vergeuden.

[1] General W. Gurko, Leben und leben lassen. Berlin 1919.

Kriegerische Maßnahmen

	von Seiten der Entente:	v. Seiten d. Zentralmächte:
24. Juli	Einstellung der Demobilmachung der englischen Flotte.[1])	
25. Juli	3 Uhr nachm.[2]) Mobilmachung Serbiens.	$9^1/_2$ Uhr abends Teilmobilmachung Österreichs g. Serbien.
26. Juli	Kriegsvorbereitungsperiode für das europäische Rußland.	
29. Juli	Gegen Mitternacht[3]) Teilmobilmachung Rußlands gegen Österreich.	
30. Juli	6 Uhr nachm. Allgemeine Mobilmachung Rußlands. Befehl zur Aufstellung des französischen Grenzschutzes.	
31. Juli	Aufstellung der 2. Linie des französischen Grenzschutzes.	$12^1/_2$ Uhr vorm. Allgemeine Mobilmachung Österreichs. 1 Uhr nachm. Verfügung des Zustandes drohender Kriegsgefahr in Deutschland, Aufstellung des Grenzschutzes.
1. August	4^{30} nachm. Allgemeine Mobilmachung Frankreichs.	5 Uhr nachm. Allgemeine Mobilmachung Deutschlands.
2. August	2^{25} vorm. Mobilmachung der gesamten englischen Flotte.	
3. August	12^{00} mittags Mobilmachung des englischen Landheeres.	

Mobile Kräfte während der kritischen Tage

	auf Seiten der Entente:	a. Seiten d. Zentralmächte:
24. Juli	Teile der englischen Flotte.	
25. Juli	15 serbische Divisionen, Teile der englischen Flotte.	24 österreich.-ungar. Divisionen.
29. Juli	39 russische Divisionen, 15 serbische Divisionen, Teile der englischen Flotte.	24 österreich.-ungar. Divisionen.

[1] Die englische Flotte hatte soeben ihre Probemobilmachung beendet. Am 28. Juli bereits besetzt die 1. englische Flotte ihre Kriegsstation in Scapa Flow, am 29. Juli erfolgt das offizielle Kriegswarnungstelegramm.

[2] Erst um 6 Uhr nachm. wurde die serbische Antwort auf das österreichisch-ungarische Ultimatum vom 23. Juli überreicht!

[3] Ursprünglich hatte der Zar den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung bereits am Morgen des 29. Juli unterzeichnet, nahm aber unter dem Eindruck eines Telegramms Kaiser Wilhelms II. diesen Befehl am Abend wieder zurück und ersetzte ihn durch den Befehl zur Teilmobilmachung gegen Österreich.

Mobile Kräfte während der kritischen Tage

	auf Seiten der Entente:	a. Seiten d. Zentralmächte:
30. Juli	111 russische[1]) / 15 serbische / 14 französische } Divisionen, Teile der englischen Flotte, die russische Flotte.	24 österreich.-ungar. Divisionen.
31. Juli	111 russische / 15 serbische / 18 französische } Divisionen, Teile der englischen Flotte, die russische Flotte.	51 österreich.-ungar. Divisionen, 18 deutsche Divisionen[2] als Grenzschutz, die österreichisch-ungar. Flotte.
1. August	111 russische / 15 serbische / 68 französische } Divisionen, Teile der englischen Flotte, die russische Flotte, die französische Flotte.	51 österreich.-ung. / 86 deutsche } Divisionen, die österreichisch-ungar. Flotte, die deutsche Flotte.

die Kriegserklärungen

	von Seiten der Entente:	v. Seiten d. Zentralmächte:
28. Juli		Österreich an Serbien.
1. August		7 Uhr abends Deutschland an Rußland
2. August		7 Uhr abends deutsches Ultimatum an Belgien.[3])
3. August		6^{45} abends Deutschland an Frankreich.
4. August	12 Uhr nachts England an Deutschland.	
5. August		Österreich-Ungarn an Rußland.
10. August	Frankreich an Österreich-Ungarn.	

Das Telegramm Kaiser Wilhelms II. an den Zaren Nikolaus II. vom 29. Juli 6.30 nachmittags, das den Zaren veranlaßte, den bereits am 29. Juli erlassenen Befehl zur allgemeinen Mobilmachung in den Befehl zur Teilmobilisierung gegen Österreich umzuwandeln.[4] Ich habe dein Telegramm (vom selben Tage 1.00 nachmittags) erhalten und teile Deinen Wunsch nach Erhaltung des Friedens. Jedoch kann ich Österreich-Ungarns Vorgehen nicht als „schmählichen Krieg" betrachten. Österreich-Ungarn weiß aus Erfahrung, daß Serbiens Versprechungen, wenn sie nur auf dem Papier stehen, gänzlich unzuverlässig sind. Meiner Ansicht nach ist Österreich-Ungarns Vorgehen als ein Versuch zu betrachten, volle Ga-

[1] Von den 111 russischen Divisionen kamen die Divisionen aus Sibirien, Kaukasien und Turkestan, etwa 30 insgesamt, zunächst für kriegerische Operationen nicht in Frage. [2] Auf Friedensfuß.
[3] Von Belgien am folgenden Tage abgelehnt.
[4] Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 359.

rantie dafür zu erhalten, daß Serbiens Versprechungen auch wirklich in die Tat umgesetzt werden. In dieser Ansicht werde ich bestärkt durch die Erklärungen des österreichischen Kabinetts, daß Österreich-Ungarn keine territorialen Eroberungen auf Kosten Serbiens beabsichtige. Ich meine daher, daß es für Rußland durchaus möglich ist, dem österreichisch-serbischen Krieg gegenüber in der Rolle des Zuschauers zu verharren, ohne Europa in den schrecklichsten Krieg hineinzuziehen, den es jemals erlebt hat. Ich glaube, daß eine direkte Verständigung zwischen Deiner Regierung und Wien möglich und wünschenswert ist, eine Verständigung, die meine Regierung mit allen Kräften zu fördern bemüht ist. Natürlich würden militärische Maßnahmen Rußlands, welche Österreich-Ungarn als Drohung auffassen könnte, ein Unglück beschleunigen, das wir beide zu vermeiden wünschen, und würden auch meine Stellung als Vermittler, die ich — auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Hilfe — bereitwillig angenommen habe, untergraben.

Nach den Erinnerungen des Generals Dobrorolski, des Chefs der Mobilmachungsabteilung im russischen Generalstab.[1] ... Der Krieg war bereits beschlossene Sache, und die ganze Flut von Telegrammen zwischen den Regierungen Rußlands und Deutschlands stellte nur eine mise en scène eines historischen Dramas dar. ... Am Abend des 28. Juli werden zwei allerhöchste Ukase zur Unterzeichnung angefertigt — einer für die allgemeine, der andere für die Teilmobilmachung. Am Morgen des 29. Juli übergab mir General Januschkewitsch[2] zur Ausführung den vom Herrn und Kaiser unterzeichneten Ukas über die allgemeine Mobilmachung. ... Jetzt mußte ich mich in das Haupttelegraphenamt begeben und das historische Telegramm hinaussenden. ... Aber in diesem Moment — um 9½ Uhr abends — ruft mich General Januschkewitsch ans Telephon und befiehlt mir, das Telegramm anzuhalten. ... Das Telegramm über die allgemeine Mobilmachung und alle Kopien des Telegramms wurden von mir sofort zurückgenommen. Diese Änderung erfolgte infolge eines Telegramms Kaiser Wilhelms an den Zaren.[3] Das Telegramm über die Teilmobilmachung an die Kommandierenden der Militärbezirke in Kiew, Odessa, Moskau und Kasan wurde von mir später gesandt, gegen Mitternacht vom 29. auf den 30. Juli. Ich kehrte in das Kabinett des Chefs des Generalstabes zurück und konnte den ganzen Schmerz über die stattgehabte Änderung nicht verbergen. Es war klar, daß die ganze Schwere der folgenden Mißverständnisse und des Wirrwarrs — denn es unterlag keinem Zweifel, daß die allgemeine Mobilmachung nach einigen Tagen erfolgen würde —, sich auf uns, den Generalstab, legen würde. Januschkewitsch übermittelte die Worte Seiner Majestät, daß er, der Kaiser, die ganze Verantwortung für die Anordnung der Teilmobilmachung auf sich nähme: die Vertreter des Militärressorts hätten von sich aus alles getan, damit es zur allgemeinen Mo-

[1] S. Dobrorolski, Die Mobilmachung der russischen Armee 1914.
[2] Russischer Generalstabschef. [3] Vom 29. Juli 6^{30} abends.

bilmachung komme, aber der Kaiser habe beschlossen, sie nicht vorzunehmen.... Gegen 1 Uhr mittags, am 30. Juli, wird Januschkewitsch telephonisch von Sasonow angerufen, der erklärt, daß der Kaiser es für richtig befunden hat, auf Grund der letzten Nachrichten aus Berlin die allgemeine Mobilmachung der gesamten Armee und Flotte zu verkünden. „Also fertigen Sie Ihre Befehle aus, Herr General, und dann — lassen Sie sich den ganzen Tag nicht mehr blicken!", ergänzte der Minister. Unmittelbar darauf rief mich Januschkewitsch zu sich und weihte mich in dieses Gespräch ein.... Um 6 Uhr abends waren die Apparate des Telegraphenamts zur Aufnahme des Mobilmachungstelegramms bereit. Ich trat in den Saal. Über den Telegraphisten und Telegraphistinnen lagerte ein feierliches Schweigen. Jeder saß bei seinem Apparat und wartete auf die Abschrift des Telegramms, um an alle Enden des russischen Landes die bedeutsame Kunde von der Erhebung des russischen Volkes zum großen Kampfe zu senden. Wenige Minuten nach sechs, während im Saale absolute Stille herrschte, fingen auf einmal alle Telegraphenapparate an zu klappern.... Das war der Anfangsmoment der großen Epoche.... Gegen 7 Uhr abends trafen ... die Antworten ein, daß das Mobilmachungstelegramm richtig aufgenommen worden war.... Die Sache hatte unweigerlich begonnen. Sie war bereits in allen größeren Städten unseres unermeßlichen Vaterlandes bekannt. Eine Abänderung war nicht möglich. Der Prolog des großen historischen Dramas hatte begonnen....

Der deutsche Reichskanzler v. Bethmann Hollweg über die Falschmeldung des „Berliner Lokalanzeigers" von der deutschen Mobilmachung in einem am 30. Juli 1914 gegen 1 Uhr nachmittags erschienenen Extrablatt.[1] Erst sehr viel später, während des Krieges[2] hat man sich in Petersburg auf ein Extrablatt des „Berliner Lokalanzeigers" vom 30. Juli nachmittags besonnen, das unwahr meldete, die deutsche Armee sei mobil gemacht. Soweit durch die sofort angestellte amtliche Untersuchung zu ermitteln war, hatten Angestellte des Blattes aus allerdings geradezu gewissenlosem, geschäftlichem Übereifer gehandelt. Der Staatssekretär[3] v. Jagow verständigte sofort[4] telephonisch den russischen Botschafter und seine französischen und englischen Kollegen davon, daß die Meldung falsch sei, und Herr Swerbejew[5] gab diese Berichtigung un-

[1] Th. v. Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, Bd. I.

[2] Der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Sir E. Grey, hat bereits im Dezember 1914 die russische Regierung zu der Erklärung veranlassen wollen, die russische Mobilmachung sei durch die Falschmeldung des Lokalanzeigers verursacht worden, und hat selber im Oktober 1916 behauptet, die deutsche Regierung habe den Widerruf dieser falschen Meldung durch den russischen Botschafter Swerbejew absichtlich zurückgehalten. Rußland hat sich nach dem Suchomlinowprozeß, der unwiderleglich zeigte, daß die russische allgemeine Mobilmachung fast 24 Stunden vor der österreichischen erfolgt war, diese Lüge im September 1917 zu eigen gemacht. [3] Des Auswärtigen. [4] Um 2 Uhr nachmittags.

[5] Russischer Botschafter in Berlin.

mittelbar nach Petersburg weiter.[1] Hätte die Falschmeldung des Lokalanzeigers auf die Entschlüsse der russischen Regierung eingewirkt, dann müßte sich in den Buntbüchern ... ein Wort finden. Aber mit keiner Silbe erwähnen diese letzteren den Vorfall.

6. Der wahre Sinn des französischen 10-Kilometerrückzuges.

Der französische Kriegsminister Messimy an den französischen Generalstabschef General Joffre am 1. August 1914.[2] Um uns die Mithilfe unserer englischen Nachbarn zu sichern, bleibt es nach wie vor unerläßlich, Patrouillen oder sonstige Detachements zu verhindern, die mit Telegramm vom 30. Juli[3] festgelegte allgemeine Linie[4] zu überschreiten, außer im Falle eines ausgesprochenen Angriffs.

General Joffre an die Kommandanten der Grenzabschnitte am 2. August 1914.[5] Das Verbot, die von der Grenze etwa 10 km entfernte Demarkationslinie zu überschreiten, wird aufgehoben. Indessen ist es aus nationalen Gründen, moralischen Erwägungen sowie aus zwingenden diplomatischen Gründen unerläßlich, den Deutschen die alleinige Verantwortung für die Eröffnung der Feindseligkeiten zu überlassen. Daher und bis auf neuen Befehl beschränkt sich der Grenzschutz darauf, angreifende Truppen über die Grenze zurückzuwerfen oder aber sie weiter zu verfolgen, ohne aber das feindliche Gebiet zu betreten.[6]

Der französische Kriegsminister Messimy vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die militärische Bedeutung des französischen 10-Kilometer-Rückzuges.[7] Ich habe dem Ministerrat diese Maßnahme vorgeschlagen zu dem Zwecke, jede Berührung zwischen den französischen und deutschen Truppen zu verhindern. Dies hatte nur die Wirkung

---

[1] Das Telegramm Swerbejews, das nach der falschen Lokalanzeigermeldung die deutsche Mobilmachung nach Petersburg meldete, ist vom Berliner Haupttelegraphenamt um 6 Uhr nach Petersburg weitergegeben worden. Um 1 Uhr nachmittags am selben Tage war aber in Petersburg der Beschluß zur allgemeinen russischen Mobilmachung bereits gefaßt worden und an die russischen Militärbezirke weitertelegraphiert worden, bevor das alarmierende Telegramm Swerbejews nach Petersburg gelangt sein konnte.

[2] Veröffentlicht von Gustave Hervé in der Zeitung La Victoire vom 7. Juli 1922. Das Telegramm erging noch vor der deutschen Mobilmachung!

[3] Bereits am 30. Juli war der französische Grenzschutz aufgestellt worden, während erst am folgenden Tage der deutsche Grenzschutz aufgestellt wurde. Jenseits der 10-Kilometerlinie standen an der Grenze militärisch organisierte und bewaffnete französische Forst- und Zollbeamte.

[4] Die von der Grenze 10 km entfernte Linie.

[5] In La Victoire vom 7. Juli 1922. Diese Aufhebung der 10-Kilometerlinie erfolgte einen Tag vor der deutschen Kriegserklärung. Nach der englischen Kriegserklärung am 4. August fielen auch die letzten Einschränkungen des obigen Befehls.

[6] Trotz dieses Befehls ist vor der deutschen Kriegserklärung an Frankreich am 3. August 1914 die Grenze von französischer Seite 56 mal, von deutscher Seite 40 mal verletzt worden.

[7] F. Engerand (Vorsitzender dieses Untersuchungsausschusses) in seinem Buche: La bataille de la frontière août 1914, Paris 1920. Durch diese Aussage ist der sogenannte 10-Kilometerrückzug als eine auf Täuschung berechnete Legende erwiesen.

unsere Vorpostenlinien einzubiegen. Die Stellung unseres Grenzschutzes wurde nicht berührt, und er ist auch genau da geblieben, wo er sich nach den Instruktionen des Planes 17[1] befinden sollte. Als ich übrigens dem General Joffre die Rückzugsentschließung mitteilte, antwortete er mir: „Dies hat keinerlei Bedeutung, vorausgesetzt, daß Sie von mir eine Ausführung dieses Befehls nicht im strengsten Sinne erwarten. Denn die Beschränkung von 10 km wäre an manchen Punkten der Vogesen äußerst hinderlich." Ich habe ihm geantwortet: „Vorausgesetzt, daß die Maßnahme in einer imperativen Form ihrem Geiste nach ausgeführt wird, und daß zwischen unseren und den deutschen Truppen ein Zwischenraum von 5—6 km vorhanden ist." Der große Generalstab hat also die Demarkationslinie nach eigenem Ermessen festlegen können.

VII. Zur belgischen Frage.[2]

Der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, an den deutschen Außenminister am 6. Dezember 1911.[3] ... Bis auf weiteres muß man demnach als feststehend ansehen, daß man sich in London mit dem Plan befaßt hat, Frankreich in einem Kriege mit Deutschland durch die Landung eines Korps von 150 000 Engländern zu Hilfe zu kommen. Hierin liegt nichts Überraschendes. Es ist nur die Fortsetzung der eigenartigen Vorschläge, die dem General Ducarne vor einigen Jahren von dem Obersten Barnadiston gemacht worden sind.[4]

Bericht des deutschen Militärattachés in Paris vom 29. August 1913 über ein Gespräch mit dem dortigen belgischen Militärattaché und früheren Kabinettschef des belgischen Kriegsministers, Major Collon.[5] Die

[1] Mobilmachungsplan Frankreichs.

[2] Die Frage der belgischen Neutralität gehört nur mittelbar zur politischen Vorgeschichte des Weltkrieges. Über die Respektierung oder Verletzung der belgischen Neutralität entschied ausschließlich die militärische Notwendigkeit. Daher ist die belgische Frage auch unwesentlich für die Beurteilung der Kriegsschuldfrage.

[3] Belgische Aktenstücke 1905—1914.

[4] Anfang 1906 hatte der englische Militärattaché in Brüssel, Oberst Barnadiston, mit dem damaligen belgischen Generalstabschef General Ducarne ganz geheime Abmachungen getroffen, die, wenn auch ohne politische Bindung, die Landung einer englischen Armee auf belgischem Boden im Falle eines deutschen Einmarsches in Belgien regelten. Dadurch verletzte Belgien einseitig zum Nachteile Deutschlands die Bestimmungen des Neutralitätsvertrages von 1831, durch den Belgien verpflichtet war, die gleiche Haltung allen fünf Garantiemächten gegenüber zu beachten. Daß im Kriegsfalle alle kriegführenden Mächte nötigenfalls die Neutralität Belgiens nicht respektieren würden, war selbstverständlich. Der deutsche Aufmarschplan für den Zweifrontenkrieg sah daher auch bereits seit dem Winter 1900/01, unbeschadet der friedlichen Politik Deutschlands, den Durchmarsch durch Belgien als eine zwingende militärische Notwendigkeit vor.

[5] Parlamentarischer Untersuchungsausschuß, 1. Unterausschuß, 2. Heft. In der Tat sah der gemeinsame Aufmarschplan des französischen und englischen Heeres einen Vormarsch auf belgisches Gebiet vor. Die entsprechende Variante des Aufmarschplans ist bereits am 2. August, also vor der Nachricht von der Überschreitung der belgischen Grenze durch die deutschen Truppen, durch General Joffre, in Kraft gesetzt worden.

Franzosen suchen vor der Öffentlichkeit immer den Anschein zu erwecken, als dächten sie nicht daran, im Kriegsfalle belgisches Gebiet zu betreten und als würden sie sich höchstens notgedrungen zu einer solchen Maßregel entschließen, nachdem vorher die belgische Neutralität durch eine andere Macht verletzt worden wäre. Wir Belgier sind aber keineswegs davon überzeugt, daß diese französische Behauptung zutrifft, sondern rechnen mit der Möglichkeit, daß beim Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges sofort französische Truppen bei uns einrücken könnten. Wir wissen, daß die französische Heeresleitung ernstlich den Plan ins Auge gefaßt hat, zunächst bis an den Semois vorzugehen. Bezeichnend für die französischen Absichten war auch im vergangenen Herbst die Erkundungsreise der französischen Generalstabsoffiziere auf belgischem Gebiet. Die Franzosen waren damals außer sich, daß diese Reise durch die Erkrankung des Oberstleutnants Picard in Namur bekannt geworden ist. Im übrigen waren wir über diese Erkundung bestens unterrichtet und haben die Fahrt der französischen Offiziere etappenweise genau verfolgen können.[1]

Bericht des deutschen Militärattachés in Brüssel vom 7. Mai 1914.[2]

Ich habe dem König der Belgier gesagt, daß in deutschen militärischen Kreisen leider mehr, als hoffentlich der Wahrheit entspräche, mit einer deutschfeindlichen Haltung Belgiens im Kriegsfalle gerechnet würde.... Der König sagte darauf sehr lebhaft: ... Es ist bestimmt richtig, daß die Franzosen früher einen Handstreich auf Namur im Moment des Kriegsbeginns geplant haben. Aber ich weiß auch sicher, daß dieser Plan vor kurzem geändert worden ist, wie ich vermute, infolge der belgischen Heeresreform.[3] Jetzt spionieren sie wieder mehr im Semoistal herum, wie wir sehr genau wissen. Ich habe sehr gut verstanden, was mir der General v. Moltke in Potsdam gesagt hat und was Sie mir wiederholen. Auch ich halte die französische Gefahr für die größte und mit mir der Adel und die große Mehrheit der klerikalen Partei....[4] *Wenn ich der Generalstabschef von Deutschland oder auch von Frankreich wäre und das strategische Interesse, das Wohl meines Vaterlandes erforderte es, so würde ich keinen Moment zögern, neutrales Gebiet zu betreten und mir den Durchmarsch zu erzwingen. Das ist so selbstverständlich, daß ich mich gegebenenfalls nur über das Gegenteil wundern würde.*

[1] Der Nachfolger des Generals Ducarne als belgischer Generalstabschef, General Jungbluth, hat anscheinend die belgische Neutralität gewissenhafter gewahrt als seine Vorgänger.

[2] Parlamentarischer Untersuchungsausschuß, 1. Unterausschuß, 2. Heft.

[3] Heeresvermehrung von 1913, von 180000 auf 340000 Mann, veranlaßt vor allem durch den Rat der englischen Regierung, von der auch hier wieder Belgien abhängig erscheint.

[4] Der Bericht zitiert dann folgende Äußerung des Ministerpräsidenten und Kriegsministers von Brocqueville.

Staatsanschauungen. Quellenstücke zur Geschichte des Staatsgedankens von der Antike bis zur Gegenwart. Zusammengestellt von Oberregierungsrat Prof. Dr. P. Rühlmann. 2. Aufl. Kart. RM 1.50

Staatsbürgerkunde. Auf Grund vergleichender geschichtlicher Übersichten. Von Prof. Dr. H. Kania. 4. Aufl. Kart. RM 1.80

Einführung in die Bürgerkunde. Von M. Treuge. 6. Aufl. Geb. RM 4.80

Die deutsche Volksgemeinschaft. Wirtschaft, Staat, soziales Leben. Eine Einführung. Von Dr. A. Salomon. 2. Aufl. Geb. RM 3.80

Deutsche Verfassungsgeschichte vom Anfange des 19. Jahrh. bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. M. Stimming. (ANuG Bd. 639.) Geb. RM 2.—

Die Reichsverfassung vom 11. August 1919. Mit Einleitung, Erläuterungen, Gesamtbeurteilung und einem Anhang, enthaltend den Wortlaut der Geschäftsordnung für den Reichstag und für die Reichsregierung. Von Prof. Dr. O. Bühler. 2. Auflage. (ANuG Bd. 1004.) Geb. RM 3.—

Die Darstellung hat die Form eines gemeinverständlichen Kommentars. Ein geschichtlicher Überblick, Erläuterung und Würdigung der im Wortlaut wiedergegebenen Artikel, sowie eine zusammenfassende sachliche Kritik, die politisch nicht Stellung nimmt, machen das Buch geeignet zur Einführung in das deutsche politische Leben überhaupt.

Grundzüge der deutschen Wirtschaftsgeschichte bis zum 17. Jahrh. Von Prof. Dr. R. Kötzschke. 2., umgearb. Aufl. Kart. RM 7.60

Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Geschichte, Theorie u. Politik. Von v. Prof. Dr. A. Sartorius Frhr. Waltershausen. Geh. RM 5.—, geb. RM 6.—

Allgemeine Wirtschafts- u. Verkehrsgeographie. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. K. Sapper. M. 70 kartogr. u. stat.-graph. Darstellungen. Geb. RM 12.—

„Hier ist wieder einmal ein Buch, das man restlos anerkennen und empfehlen muß. Ein Buch, das kein Berufenerer als Sapper hätte schreiben können, der selbst sowohl als Geograph wie auch praktisch als Pflanzer und Kaufmann in Übersee tätig war und so das Wirtschaftsleben der Welt wie kaum ein anderer Fachgenosse kennt." (Mitteilungen der Geogr. Gesellschaft München.)

Grundzüge der Länderkunde. Von Prof. Dr. A. Hettner. Bd. I: Europa. 4. Aufl. Mit Tafeln, zahlr. Kärtchen u. Fig. [U. d. Pr. 1927.] Bd. II: Die außereuropäischen Erdteile. 3. Aufl. Mit 197 Kärtchen u. Diagrammen im Text. Geh. RM 14.—, geb. RM 16.—

Einführung in das philosophische Denken. Für Anfänger und Alleinlernende. Von Prof. D. W. Bruhn. Geb. RM 4.—

Das Buch stellt sich die Aufgabe, nicht so sehr die Philosophie, sondern das Philosophieren zu lehren, den Leser hineinwachsen zu lassen in die philosophische Problemstellung, ihn anzuleiten, aus geschichtlichem Anschauungsstoff die daraus zu gewinnende Erkenntnis selbst zu erarbeiten.

Weltanschauung. Ein Führer für Suchende. Von Ministerialrat H. Richert. Geh. RM 3.20, geb. RM 4.80

Das Buch will der Jugend helfen in ihrer Weltanschauungsnot. Es will ihr keine Weltanschauung aufzwingen oder aufreden, nur ein Führer will es sein für den Aufstieg zu den erstrebten Höhen. Es zeigt darum, aus welchen Antrieben Weltanschauungen sich entwickeln, wie sie sich in Kunst, Wissenschaft und Religion äußern, mit welchen Methoden sie arbeiten und welche Typen philosophischer Weltanschauungen sich unterscheiden lassen.

Die Schönheit unserer Muttersprache. Von Dr. E. Kieseritzky. Geh. RM 8.—, in Leinwand geb. RM 10.—

Das Buch will den Deutschen dazu führen, seine Muttersprache nicht nur als überkommenes Erbgut zu schätzen, sondern wirklich zu lieben; und es wird besonders dem Deutschlehrer sagen können, wie man zu dieser Liebe erzieht.

Leben im Wort. Bilder aus der Sprachgeschichte und Wortkunde. Ein Volks- und Jugendbuch. Von Mittelschullehrer A. Hoschke und Mittelschullehrer W. Vogelpohl. Kart. RM 2.20

Das Büchlein will den Reichtum an bildhaften Vorstellungen zeigen, der in unserer deutschen Sprache verborgen liegt. Was uns heute kaum mehr zum Bewußtsein kommt, der konkrete Vorgang, der hinter Wort und Bild steht, wird in einer Folge reizvoller Plaudereien wieder lebendig gemacht. Die „selbstverständlichste" Alltagswendung erwächst unmittelbar aus Geschichte und Leben unseres Volkes und bekommt ihren bestimmten Sinn.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Quellensammlung
für den geschichtlichen Unterricht

Herausgegeben von

† Geh. Reg.-Rat G. Lambeck u. Oberreg.-Rat Prof. Dr. P. Rühlmann

Bisher erschienen * 2. bzw. 3. oder 4. Auflage):

I. Reihe:

*1. Griechische Geschichte bis 431 v. Chr.
*2. Griechische Geschichte von 431 bis 338 v. Chr.
*3. Alexander der Große und der Hellenismus.
*4. Römische Geschichte bis 133 v. Chr.
*5. Römische Geschichte von 133 bis Augustus.
*6. Die römische Kaiserzeit und die Germanen.
*7. Germanen, Völkerwanderung und Frankenreich.
*8. Von 911—1198.
*9. Von 1198 bis zum Ende des Mittelalters.
*10a. Reformation.
*10b. Gegenreformation u. 30jähriger Krieg.
*11a. Zeitalter des Absolutismus. I: Von 1648—1715.
*11b. II: Von 1700—1790.
*12. Von 1789—1807.
*13a. 1807—1815. I: Die Zeit der Erniedrigung und inneren Erneuerung.
*13b. 1807—1815. II: Der russische Feldzug und die Befreiungskriege.
*14. Von 1815—1861.
*15. Von 1861—1871.
*16/17. Das deutsche Kaiserreich in seinen außenpolitischen Beziehungen. 1871 bis 1914.
18/20. Die innerpolitische Entwicklung des deutschen Kaiserreichs.

II. Reihe:

*1. Perikles.
*2. Die Aufklärung im 5. Jahrhund. v. Chr.
*3. Die Blütezeit der griechischen Philosophie.
4. Demosthenes und Philipp.
5. Die Philosophie der Vorsokratiker.
*6. Die Ausbreitung der griechischen Kultur.
*7a. Griechisches Wesen im Wandel der Zeit. I. Frühzeit.
*7b. II. Athen. Hellenismus.
*9. Die Gracchische Bewegung.
*11. Die religiös-philosophische Bewegung des Hellenismus und der Kaiserzeit.
*13. Staat und Verwaltung in der römischen Kaiserzeit.
*31. Karl der Große.
*33. Der Streit zwischen Kaisertum und Papsttum.
*34. Die Mönchsorden.
*37. Die Hansa.
*38. Die deutsche Stadt im Mittelalter.
*42. Soziale Bewegungen im 16. Jahrh.
*45. Renaissance und Humanismus.
*46. Zustände während des 30jährigen Krieges und unmittelbar nachher.
58. Anfänge des modernen Staates im ausgehenden Mittelalter.
*61. Der Große Kurfürst.
*63. Friedrich der Große. I. Jugend, Kriege und äußere Politik.
*64. II. Allgemeine Regierungsgrundsätze. Innere Politik. Geistesleben.
*66. Das Zeitalter der Aufklärung.
*68. Weltbürgertum und Staatsgefühl in der Zeit von etwa 1750—1822.
69. Aus der Zeit der Erniedrigung.
*70. Die Stein-Hardenbergischen Reformen.
*73. Die nationale Bewegung von 1815 bis 1849.
75. Der Krieg von 1866 und der Norddeutsche Bund.
*76/78. Der Krieg von 1870. I. Der Kampf gegen das Kaiserreich. II. Der Kampf gegen die Republik. III. Die Gründung des Deutschen Reichs.
79. Bismarck.
80. Moltke und Roon.
84. Das deutsche Handwerk.
88. Das preußisch-deutsche Heer.
93. Die sittlich-geistige Wiedergeburt zu Anfang des 19. Jahrhunderts.
97. Preußische Kulturarbeit im Osten.
*98. Der Deutsche Ritterorden.
110/111. Schleswig-Holsteinische Geschichte I/II.
*131. Die britische Reichsbildung 1869 bis 1925.
135. Österreich-Ungarn. I. Teil. Das Mittelalter.
136. Österreich-Ungarn. II. Teil. Von 1526 bis 1790.
140. Die Ostseeprovinzen.
143. Die Kämpfe um die deutsch-italienischen Grenzgebiete.
144. Polen.
150. Die Kriegsschuldfrage.
*183/185. Staatsanschauungen I/III.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin